

Ost-Ministerpräsidenten-Treffen „Diktatursozialisiert“? Merkel widerspricht Wanderwitz

Die Kanzlerin will keinen einzigen Menschen im Osten aufgeben, der sich von der Demokratie abgewendet hat. Brandenburgs Ministerpräsident Woidke wehrt sich gegen einen Generalverdacht.

Das Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder hat Tradition. Am Vormittag tagen die sechs Regierungschefs in einem markanten Ort ihrer Bundesländer, am frühen Nachmittag stößt dann die Bundeskanzlerin hinzu. So ist es seit 2006 viele Jahre gewesen, und so war es auch fast am Mittwoch, nur, dass virtuell getagt wurde und das Treffen mit Angela Merkel ebenfalls nur online im Kanzleramt stattfand.

Doch dieses Treffen hatte etwas Besonderes. Denn es war das letzte Zusammenkommen der Kanzlerin aus Ostdeutschland mit den Ost-MPs. Denn im nächsten Jahr wird es einen anderen Bundeskanzler oder eine andere Bundeskanzlerin geben, und es ist klar, dass der oder die nicht in der DDR aufgewachsen sein wird. Der brandenburgische Regierungschef Dietmar Woidke bedankte sich denn auch bei der anschließenden Pressekonferenz im Kanzleramt bei „Frau Doktor Merkel“ dafür, dass sie den ostdeutschen Ländern besondere Bedeutung habe zukommen lassen, und überreichte einen kleinen Bildband, auf dem Fotos aller Jahresreffen versammelt waren. Und die Kanzlerin sagte, das Geschenk sei „eine echte Freude und Überraschung“.

Doch es war nicht der Abschied von Merkel, der das Treffen prägte. Es fand nämlich statt vor dem Hintergrund einer neuen Ost-Debatte. Die hatte der Ostbeauftragte der Bundesregierung, der sächsische CDU-Politiker Marco Wanderwitz gerade im Podcast der F.A.Z. losgetreten. Große Teile der ostdeutschen Bevölkerung wählten rechtsradikal und seien so „diktatursozialisiert“, dass sie auch 30 Jahre nach der deutschen Einheit nicht in der Demokratie angekommen, ja sogar für die Demokratie verloren seien, lautete seine These. Wanderwitz erregte damit heftigen Widerspruch aus vielen Parteien, fand aber auch Zustimmung. Die Debatte stieß er nicht von ungefähr zu einem Zeitpunkt an, zu dem die anderen Parteien mit Bangen auf das Ergebnis der AfD bei der Wahl in Sachsen-Anhalt am kommenden Sonntag schauen. Die Partei, die schon 2016 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 24,3 Prozent geholt hatte, liebäugelt nun damit, sogar stärkste Kraft zu werden, wenn auch jüngste Umfragen die CDU noch vorne sehen.

Ist es wirklich die Erfahrung einer Diktatur, die im Osten zu höheren Wahlergebnissen der AfD führt? Die sechs Ministerpräsidenten aus den ostdeutschen Ländern sehen parteiübergreifend von jeher Missverhältnisse und Ungerechtigkeiten zwischen Ost und West als einen wesentlichen Grund für Unzufriedenheit der Bürger zwischen Erzgebirge und Ostsee. Sie wiesen auch diesmal im Vorfeld auf „besondere Problemlagen“ (Ramelow) im Osten hin, auf immer noch nicht gleiche Löhne und Renten (Schwesig), darauf, dass das Thema der Angleichung der Lebensverhältnisse „noch lange nicht abgehakt“ sei (Haseloff). Denn bei den Treffen mit der Kanzlerin geht es von jeher nicht zuletzt um Geld, etwa aus dem Konjunkturprogramm des Bundes, um Strukturhilfen für die östlichen Kohleländer, um EU-Mittel für die ostdeutschen Regionen und ähnliches mehr. Sind es also die fehlenden Ärzte im entleerten ländlichen Raum, die stillgelegten Bahnstrecken, sind es die kaum vorhandenen Ostdeutschen in Führungspositionen selbst im Osten, die dazu führen, dass in Ostdeutschland zehn Prozent der Menschen ein manifestes rechtsextrêmes Weltbild haben, im Westen der Republik aber nur drei Prozent, wie die Autoritarismus-Studie der Universität Leipzig es beziffert?

„Ein Teil der Anwesenden teilen diese Ansicht nicht“

Die Thesen des Ostbeauftragten, der selbst an dem virtuellen Treffen teilnahm, wurden jedenfalls am Mittwoch von den Ministerpräsidenten und der Kanzlerin „sehr intensiv“ (so Woidke) diskutiert. Und Wanderwitz erntete dabei wohl ganz heftigen Widerspruch. Merkel selbst lobte zunächst ihren Ostbeauftragten, der „sehr gute Arbeit macht und den ich sehr schätze“. Um direkt danach seine Thesen in der ihr eigenen ruhigen Art in Bausch und Bogen abzulehnen. „In der Demokratie zählt nun einmal jede Bürgerin und jeder Bürger“, sagte sie, und es sei ein Verlust für alle, wenn sie sich von der Demokratie abwendeten. „Ich werde mich aber nie damit abfinden, dass das einfach gegeben ist“, sagte Merkel zu der These von Wanderwitz, dass man viele rechtsradikale Wähler im Osten nicht mehr für die Demokratie zurückgewinnen könne. Das müsse man immer wieder versuchen, auch wenn es mühsam sei und lange dauere, sagte die Kanzlerin.

Noch deutlicher wurde Woidke. „Ein Teil der Anwesenden, ich inklusive, teilen diese Ansicht nicht“, sagte er zur Wanderwitz‘ Haltung. Insbesondere störe ihn die These, dass Leute auch 30 Jahre nach der Einheit noch „diktatursozialisiert“ seien. Das bedeute, dass man diejenigen, die den friedlichen Wandel in der DDR herbeigeführt hätten, „unter Generalverdacht stelle“. Man könne nicht einfach Menschen abschreiben, „die andere Einstellungen haben“. Vor allem aber wandte sich der Brandenburger Regierungschef dagegen, im Rechtsextremismus ein Ostproblem zusehen. „Ich lehne es ab, dass immer mit dem Finger auf den Osten gezeigt wird, und so getan wird, als sei im Westen alles in Ordnung.“

Merkel wurde noch gefragt, ob es sie schmerze, dass viele Ostdeutsche sich immer noch als Bürger zweiter Klasse sähen. Sie antwortete, dass der Transformationsprozess nach dem Ende der DDR sich schwieriger gestaltet habe als erwartet, viele Ostdeutsche sähen ihre Lebensleistung nicht ausreichend gewürdigt sähen. Und das schmerze. Merkel wies auf das „Zukunftszentrum für europäische Transformation und Deutsche Einheit“ hin, dass gegründet werden soll und in dem die Leistung der Ostdeutschen in der Transformation „noch einmal angeschaut werden soll“. Es gehe darum: „Was können wir daraus lernen?“ Dass die Errichtung dieses Zentrums noch in dieser Legislaturperiode beschlossen wird, wollte Merkel allerdings nicht versprechen. Am 7. Juli werde das Kabinett darüber beraten, doch bei Fragen des Geldes bedürfe es eben auch des Bundestags. Man müsse deswegen sehen, „wie weit wir kommen“.

Markus Wehner: „Ost-Ministerpräsidenten-Treffen. ‘Diktatursozialisiert‘? Merkel widerspricht Wanderwitz“, *FAZ*, 02.06.2021

Hohenzollern-Debatte im Bundestag: Näher waren sich Union und Rechtspopulisten selten

Ein Hauch von Weimar in der Berliner Republik: Der Bundestag debattiert über die Forderungen der Hohenzollern. Es bilden sich bemerkenswerte Allianzen - und Die Linke bekommt es mit Erich Honecker zu tun.

Von Dirk Kurbjuweit

Dafür, dass Kaiser Wilhelm II. den Reichstag einst als "Reichsaffenhaus" geschmäht hatte, kam seine Familie heute an jenem Ort noch ganz gut davon. Der Bundestag debattierte über die Forderung seiner Nachkommen, der Familie Hohenzollern, unentgeltlich in alten Schlössern wohnen zu können, was schon skurril genug ist. Zudem lag über dieser Debatte manchmal ein Hauch von Weimar, und schließlich trat überraschend ein leibhaftiger Prinz auf, in merkwürdiger Kleidung.

Es war, mit einem Wort, eine recht unterhaltsame Stunde unter der Reichstagskuppel.

Sie begann um 13.44 Uhr, als der Abgeordnete Jan Korte einen Antrag seiner Fraktion Die Linke begründete: keine Entschädigung für die Hohenzollern, die über Jahrhunderte preußische Kurfürsten und Könige sowie drei deutsche Kaiser gestellt hatten. Er machte die Angelegenheit sofort ganz groß, zum Konflikt von Demokratie und Monarchie.

Die Hintergründe sind recht komplex. Nach der Revolution 1918 und der Flucht Wilhelms ins niederländische Exil durfte die Familie einen Großteil ihres Eigentums behalten. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen die sowjetischen Besatzer den Hohenzollern alles, was sie in Ostdeutschland besessen hatten, darunter vor allem Schlösser und wertvolle Kunst. Arm wurde die Familie dadurch nicht, weil ihre Güter im Westen unangetastet blieben.

Nach der Wiedervereinigung beschloss die Bundesregierung 1994, dass die sowjetischen Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949 entschädigt werden, allerdings nicht bei Leuten, die während der Weimarer Republik und danach "dem nationalsozialistischen System erheblichen Vorschub geleistet" hatten. Das aber wird dem ehemaligen Kronprinzen Wilhelm unterstellt, der sich, wie auch andere Familienmitglieder, gern mit den Nazis einließ. Ob das nun erheblicher Vorschub war, ist unter Historikern umstritten. Jedenfalls kämpfen die Hohenzollern seit Jahren um Entschädigung, die Rückgabe von Kunstgegenständen und das Wohnrecht. Es gibt einen Gerichtsprozess dazu sowie Verhandlungen mit der Bundesregierung.

Die Linke will diese Gespräche nun stoppen lassen. Allerdings ist sie selbst heftig mit der deutschen Geschichte verstrickt, weshalb der Redner Jan Korte recht bald unter Druck kommt. Kaum hat er gesagt, dass die Forderung nach einem Wohnrecht der Hohenzollern im Potsdamer Schloss Cecilienhof "dermaßen abgedreht" sei, meldet sich der Abgeordnete Florian Post zu Wort und trägt süffisant vor, dass im Jahr 1988 Erich Honecker, damals Staatsratsvorsitzender der DDR und Chef der Einheitspartei SED, ein Wohnrecht für die Hohenzollern in Cecilienhof gebilligt habe. Das ist durch einen Brief tatsächlich belegt. Die Linke gilt als Nachfolgepartei der SED.

Florian Post ist Abgeordneter der SPD, und nun haben sich beide Fraktionen während dieser Debatte für eine Weile heftig in den Haaren. So war es in der Weimarer Republik auch schon gewesen, zwischen SPD und KPD. Die Linken sind sich eben nie ganz einig, nicht mal in Sachen Monarchie.

Als dann die Abgeordnete Elisabeth Motschmann für die Union spricht, heimst sie ein paar mal Applaus von der AfD ein. Sie behauptet herzig, das Familienoberhaupt der Hohenzollern, Georg Friedrich Prinz von Preußen, sei "ein Bürger wie jeder andere", könne also durchaus Entschädigungen fordern. Die Gespräche mit der Bundesregierung seien gerechtfertigt, und auf jeden Fall müsse den Hohenzollern der Rechtsweg offen stehen.

Nach ihr formuliert Alexander Gauland, Fraktionschef der AfD, die Hohenzollern seien "eine fast normale bürgerliche Familie" und fordert: "Seien wir also gnädig." Näher waren sich Union und Rechtspopulisten selten. So bildet diese Debatte über das Verhalten der Hohenzollern in der Weimarer Republik die politischen Verhältnisse der Weimarer Republik ganz ab: eine zerstrittene Linke, eine Rechte, die sich weitgehend einig ist.

Und dann kommt der Prinz. Er kommt mit seiner Entourage und setzt sich auf die Besuchertribüne im Reichstag, ganz rechts, ungefähr auf Höhe der AfD-Fraktion. Er trägt rot-weiße Hosen und ein rot-weißes Wams. Sein Name ist Prinz Freddy I., seines Zeichens Anführer des karnevalistischen Dreigestirns von Köln-Porz. Ihn begleiten Jungfrau Jaci und Bauer Sven.

Will hier jemand die Debatte verhöhnen? Oder ist das Zufall?

Die Geschichtskeule ist inzwischen mehrmals geschwungen worden. Die Linke rückt die AfD in die Nähe der Nazis, die AfD hält der Linken vor, dass die KPD beim Berliner BVG-Streik 1932 mit den Nazis gemeinsame Sache gemacht habe. Da die Linke als Nachfolgepartei der SED gilt, die wiederum als Nachfolgepartei der KPD, hat das eine gewisse Logik, sagt aber gar nichts über die heutigen Abgeordneten. Und die Hohenzollern geraten in diesem Geplänkel fast ein wenig in Vergessenheit.

Es ist deshalb gut, dass Ende Januar die Leute reden können, die wirklich etwas von den Hohenzollern und ihrer Rolle verstehen: die Historiker. Der Kulturausschuss hat einige von ihnen eingeladen. Sie werden sich nicht einig sein. Aber es ist auch nicht entscheidend, wie viel Schuld die Hohenzollern genau auf sich geladen haben. Entscheidend ist, dass es seltsam wirkt, wenn eine Familie, deren Vorfahren auch für Ausbeutung, für Unterdrückung und für Kriege verantwortlich waren, nun eine Entschädigung fordert.

Recht ist das eine, Anstand etwas anderes.

Geschäfte von Abgeordneten der CDU und CSU

So will die Union den Maskenskandal loswerden

CDU und CSU gehen im Maskenskandal in die Vorwärtsverteidigung: Aber können sie den Makel damit tilgen? SPD und Opposition attackieren die Union, schauen aber auch in den eigenen Reihen genauer hin – eine SPIEGEL-Analyse.

Ist da noch mehr? Aus der Frage spricht Misstrauen gegenüber den eigenen Leuten, aber der Unionsfraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt müssen sich diese Frage in diesen Tagen stellen. Notgedrungen.

Es bleibt Brinkhaus und Dobrindt gar nichts anderes übrig, nachdem die Fälle des bisherigen CSU-Parlamentarier Georg Nüßlein und des Ex-CDU-Abgeordneten Nikolas Löbel bekannt geworden sind, die sich die Vermittlung von Masken-Aufträgen mit sechsstelligen Summen bezahlen ließen.

Plötzlich steht eine ganze Fraktion unter einer Art öffentlichem Generalverdacht – zumal es noch den Fall des CDU-Abgeordneten Axel Fischer gibt. Gegen den, so wurde ebenfalls vergangene Woche bekannt, wird ermittelt, weil er Geld aus Aserbaidschan genommen haben soll. Seine Parteifreundin und Fraktionskollegin Katrin Strenz musste in der Vergangenheit für ein entsprechendes Fehlverhalten bereits ein vom Bundestag verhängtes Ordnungsgeld bezahlen.

Insbesondere in der CDU herrscht pure Panik, denn das Timing könnte wenige Tage vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ungünstiger nicht sein. Lange rechnete man sich in beiden Ländern Chancen aus, die Staatskanzleien zu erobern. Zuletzt aber sanken die Umfragewerte der CDU bereits im Südwesten, die jüngsten Negativschlagzeilen dürften die Hoffnungen nun endgültig zunichtemachen.

Auch für den neuen CDU-Parteichef Armin Laschet kommt der Maskenskandal zur absoluten Unzeit: Er wollte in den kommenden Wochen mit CSU-Chef Markus Söder in Ruhe den Weg zur Kanzlerkandidatur klären – stattdessen ist er jetzt als Krisenmanager in eigener Sache gefragt. Dazu kommt die Sorge, dass die Affäre das Vertrauen der Bürger in die Union auch mit Blick auf die Bundestagswahl nachhaltig erschüttert.

Also lautet die Devise in der Union nun: Vorwärtsverteidigung durch Aufklärung und Transparenz. Reinen Tisch machen – das fordern plötzlich so gut wie alle Spitzenleute bei Christdemokraten und CSU. Aber wie glaubwürdig ist das, wenn die Unionsfraktion im Ringen um ein effektives Lobbyregister und eine transparente Regelung von Nebentätigkeiten in der Vergangenheit gebremst hat? Beim Koalitionspartner SPD und in den Oppositionsparteien ist das Misstrauen jedenfalls groß. Selbst von einem Untersuchungsausschuss war zuletzt die Rede.

Union bremste bei Lobbyregister

Für ein Lobbyregister hatten sich Grüne, FDP und Linke schon starkgemacht. Bei SPD und Union hatte es ein solches Register nicht in den Koalitionsvertrag geschafft, im Laufe der

Legislaturperiode setzten die Sozialdemokraten es gegen heftige Widerstände des Regierungspartners durch.

Monatelang wurde darum gerungen, ob Lobbyisten ihre Namen und Unternehmen veröffentlichen, wenn sie in Ministerien und bei Abgeordneten vorstellig werden. Erst in der vergangenen Woche – nach Bekanntwerden des Falls Nüßlein – lenkte die Union ein. SPD-Pläne für einen »exekutiven Fußabdruck«, bei dem sämtlicher Lobbyeinfluss auf ein Gesetz gesammelt werden sollte, scheiterten dagegen an der Union, genauso eine detailliertere Veröffentlichungspflicht für Nebentätigkeiten.

Fraktionsübergreifend geht inzwischen die Sorge um, dass nun alles in einen Topf geworfen wird: Dass Abgeordnete sich um Kontakte mit Unternehmen in ihren Wahlkreisen kümmern, sei ja völlig in Ordnung, heißt es aus den Fraktionen. Bei der Maskenbeschaffung hatte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) seinerzeit sogar ausdrücklich um Mithilfe der Parlamentarier geworben.

In den Fällen Nüßlein und Löbel geht es um etwas anderes: Der CDU-Abgeordnete Löbel hat nach eigenen Angaben 250.000 Euro Provision für seine Vermittlung erhalten, die Beratungsfirma des CSU-Kollegen Nüßlein soll 660.000 Euro an Provisionen eingestrichen haben. Der Gesundheitsminister hat inzwischen eine Liste derjenigen Parlamentarier zusammenstellen lassen, die sich in seinem Haus in Sachen Masken gemeldet hatten, über den Umgang mit den Namen soll das Parlament entscheiden.

Allerdings haben die problematischen Unionsfälle auch dazu geführt, dass auch die anderen Fraktionen bei den eigenen Leuten genauer hinschauen. In der SPD-Fraktion gab es zwar keine systematische Abfrage, ob sich auch sozialdemokratische Abgeordnete an Maskendeals verdient haben könnten – es habe aber viele interne Gespräche gegeben, heißt es aus der Fraktion.

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer Carsten Schneider reicht das aus, um vergleichbare Fälle bei der SPD zu verneinen. »Geschäftemacherei mit der Krise verbietet sich«, sagte Schneider dem SPIEGEL. »Für die SPD-Fraktion kann ich so etwas ausschließen.«

Die Sozialdemokraten fordern als Reaktion auf die Maskenaffäre gesetzliche Verschärfungen. »Die Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine unverbindliche Selbstverpflichtung reichen nicht aus«, sagte Schneider. »Wir werden kurzfristig konkrete Vorschläge für generelle, verbindliche und sanktionsbewährte Verschärfungen im Strafrecht, bei den bestehenden Transparenzregeln und für das Lobbyregister vorlegen und in Gespräche mit der Union einbringen.« In den Gesprächen müsse sich zeigen, »ob die wortgewaltigen Ankündigungen von Laschet und Söder belastbar« seien.

Auch FDP fragte in den eigenen Reihen nach

Auch der Parlamentarische FDP-Fraktionsgeschäftsführer Marco Buschmann fragte bei seinen Abgeordneten vorsichtshalber nach vergleichbaren Fällen. »Vergleichbar bedeutet, dass Geldbeträge oder andere Vorteile an Abgeordnete geflossen wären«, sagte Buschmann dem SPIEGEL. »Das gab es nach Auskunft der Kolleginnen und Kollegen bei uns nicht.«

Nur so viel ist bei der Anfrage an die 80-köpfige Fraktion herausgekommen: Ein FDP-Abgeordneter habe vier Krankenhäusern bei der Beschaffung von Masken geholfen. »Dafür hat er keinen Cent genommen, hat in großer Not geholfen und rein altruistisch gehandelt«, sagt Buschmann.

Sollte das Gesundheitsministerium eine Liste aller Kontakte von Abgeordneten zur Maskenvermittlung veröffentlichen wollen, müsse man »sauber differenzieren«, so der FDP-Politiker. Denn entscheidend sei nicht, ob jemand geholfen habe, Masken zu beschaffen. »Entscheidend ist, ob er oder sie als Abgeordnete an der Krise verdienen wollten«, stellt Buschmann klar.

Hohenzollern-Debatte im Bundestag: Näher waren sich Union und Rechtspopulisten selten

Ein Hauch von Weimar in der Berliner Republik: Der Bundestag debattiert über die Forderungen der Hohenzollern. Es bilden sich bemerkenswerte Allianzen - und Die Linke bekommt es mit Erich Honecker zu tun.

Von Dirk Kurbjuweit

Dafür, dass Kaiser Wilhelm II. den Reichstag einst als "Reichsaffenhaus" geschmäht hatte, kam seine Familie heute an jenem Ort noch ganz gut davon. Der Bundestag debattierte über die Forderung seiner Nachkommen, der Familie Hohenzollern, unentgeltlich in alten Schlössern wohnen zu können, was schon skurril genug ist. Zudem lag über dieser Debatte manchmal ein Hauch von Weimar, und schließlich trat überraschend ein leibhaftiger Prinz auf, in merkwürdiger Kleidung.

Es war, mit einem Wort, eine recht unterhaltsame Stunde unter der Reichstagskuppel.

Sie begann um 13.44 Uhr, als der Abgeordnete Jan Korte einen Antrag seiner Fraktion Die Linke begründete: keine Entschädigung für die Hohenzollern, die über Jahrhunderte preußische Kurfürsten und Könige sowie drei deutsche Kaiser gestellt hatten. Er machte die Angelegenheit sofort ganz groß, zum Konflikt von Demokratie und Monarchie.

Die Hintergründe sind recht komplex. Nach der Revolution 1918 und der Flucht Wilhelms ins niederländische Exil durfte die Familie einen Großteil ihres Eigentums behalten. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen die sowjetischen Besatzer den Hohenzollern alles, was sie in Ostdeutschland besessen hatten, darunter vor allem Schlösser und wertvolle Kunst. Arm wurde die Familie dadurch nicht, weil ihre Güter im Westen unangetastet blieben.

Nach der Wiedervereinigung beschloss die Bundesregierung 1994, dass die sowjetischen Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949 entschädigt werden, allerdings nicht bei Leuten, die während der Weimarer Republik und danach "dem nationalsozialistischen System erheblichen Vorschub geleistet" hatten. Das aber wird dem ehemaligen Kronprinzen Wilhelm unterstellt, der sich, wie auch andere Familienmitglieder, gern mit den Nazis einließ. Ob das nun erheblicher Vorschub war, ist unter Historikern umstritten. Jedenfalls kämpfen die Hohenzollern seit Jahren um Entschädigung, die Rückgabe von Kunstgegenständen und das Wohnrecht. Es gibt einen Gerichtsprozess dazu sowie Verhandlungen mit der Bundesregierung.

Die Linke will diese Gespräche nun stoppen lassen. Allerdings ist sie selbst heftig mit der deutschen Geschichte verstrickt, weshalb der Redner Jan Korte recht bald unter Druck kommt. Kaum hat er gesagt, dass die Forderung nach einem Wohnrecht der Hohenzollern im Potsdamer Schloss Cecilienhof "dermaßen abgedreht" sei, meldet sich der Abgeordnete Florian Post zu Wort und trägt süffisant vor, dass im Jahr 1988 Erich Honecker, damals Staatsratsvorsitzender der DDR und Chef der Einheitspartei SED, ein Wohnrecht für die Hohenzollern in Cecilienhof gebilligt habe. Das ist durch einen Brief tatsächlich belegt. Die Linke gilt als Nachfolgepartei der SED.

Florian Post ist Abgeordneter der SPD, und nun haben sich beide Fraktionen während dieser Debatte für eine Weile heftig in den Haaren. So war es in der Weimarer Republik auch schon gewesen, zwischen SPD und KPD. Die Linken sind sich eben nie ganz einig, nicht mal in Sachen Monarchie.

Als dann die Abgeordnete Elisabeth Motschmann für die Union spricht, heimst sie ein paarmal Applaus von der AfD ein. Sie behauptet herzig, das Familienoberhaupt der Hohenzollern, Georg Friedrich Prinz von Preußen, sei "ein Bürger wie jeder andere", könne also durchaus Entschädigungen fordern. Die Gespräche mit der Bundesregierung seien gerechtfertigt, und auf jeden Fall müsse den Hohenzollern der Rechtsweg offen stehen.

Nach ihr formuliert Alexander Gauland, Fraktionschef der AfD, die Hohenzollern seien "eine fast normale bürgerliche Familie" und fordert: "Seien wir also gnädig." Näher waren sich Union und Rechtspopulisten selten. So bildet diese Debatte über das Verhalten der Hohenzollern in der Weimarer Republik die politischen Verhältnisse der Weimarer Republik ganz ab: eine zerstrittene Linke, eine Rechte, die sich weitgehend einig ist.

Und dann kommt der Prinz. Er kommt mit seiner Entourage und setzt sich auf die Besuchertribüne im Reichstag, ganz rechts, ungefähr auf Höhe der AfD-Fraktion. Er trägt rot-weiße Hosen und ein rot-weißes Wams. Sein Name ist Prinz Freddy I., seines Zeichens Anführer des karnevalistischen Dreigestirns von Köln-Porz. Ihn begleiten Jungfrau Jaci und Bauer Sven.

Will hier jemand die Debatte verhöhnen? Oder ist das Zufall?

Die Geschichtskeule ist inzwischen mehrmals geschwungen worden. Die Linke rückt die AfD in die Nähe der Nazis, die AfD hält der Linken vor, dass die KPD beim Berliner BVG-Streik 1932 mit den Nazis gemeinsame Sache gemacht habe. Da die Linke als Nachfolgepartei der SED gilt, die wiederum als Nachfolgepartei der KPD, hat das eine gewisse Logik, sagt aber gar nichts über die heutigen Abgeordneten. Und die Hohenzollern geraten in diesem Geplänkel fast ein wenig in Vergessenheit.

Es ist deshalb gut, dass Ende Januar die Leute reden können, die wirklich etwas von den Hohenzollern und ihrer Rolle verstehen: die Historiker. Der Kulturausschuss hat einige von ihnen eingeladen. Sie werden sich nicht einig sein. Aber es ist auch nicht entscheidend, wie viel Schuld die Hohenzollern genau auf sich geladen haben. Entscheidend ist, dass es seltsam wirkt, wenn eine Familie, deren Vorfahren auch für Ausbeutung, für Unterdrückung und für Kriege verantwortlich waren, nun eine Entschädigung fordert.

Recht ist das eine, Anstand etwas anderes.

Süddeutsche Zeitung, 21. Dezember 2020

Urteil im Halle-Prozess: Fanal der Gerechtigkeit

Es war fast unerträglich, dem Täter im Halle-Prozess zuzuhören - und doch hat die Justiz ihre Aufgabe erfüllt. Wichtig ist das nicht zuletzt für die Angehörigen der Opfer des rechten Terrors.

Kommentar von Annette Ramelsberger

Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019, der Anschlag auf die Synagoge von Halle im Oktober 2019, im Februar 2020 dann der mörderische Überfall auf Shisha-Bars in Hanau: Innerhalb von neun Monaten wurde Deutschland dreimal von rechtem Terror erschüttert. Die Taten haben das Versagen von Polizei und Verfassungsschutz gezeigt, bei den Prozessen gegen die Täter sollte nicht auch noch die Justiz versagen.

Das erste Urteil ist nun gesprochen, es lautet: lebenslänglich plus Sicherungsverwahrung. Das Oberlandesgericht Naumburg verhängte damit die höchste in Deutschland mögliche Strafe gegen den Attentäter von Halle. Erst wenn Stephan B. nicht mehr gefährlich ist, erst wenn er seinen Hass auf Juden, Ausländer und Frauen abgelegt hat, erst dann hat er die Chance, wieder in Freiheit zu kommen.

Vielleicht wird der Attentäter nie bis zu diesem Punkt gelangen - denn die Überzeugung hat sich tief in ihn hineingefressen, dass nicht er, sondern eine herbeifantasierte jüdische Weltverschwörung daran schuld ist, dass er es im Leben zu nichts gebracht hat. Und dass er nur deswegen keine Frau bekommt, weil es zu viel Konkurrenz von Migranten gibt. Der Attentäter ging davon aus, dass ihm als weißem Mann eine Frau zusteht - als wären Frauen das Nutzvieh der Männer.

Den Hass des Angeklagten zu erleben, wirkt wie Gift

Solche Ideen zu hören, ist eine Zumutung. Den Hass des Angeklagten zu erleben, wirkt wie Gift. Selbst die Richterin sagte, sie habe die unerträglichsten Tage ihrer Laufbahn erlebt. Dennoch ist es unumgänglich, das zu ertragen: Man muss erst alles über Tat und Täter wissen, um sie dann bewerten zu können. Und, noch wichtiger: Man kann dem Angeklagten nicht einfach den Mund verbieten.

In jedem Strafprozess steht der Täter im Mittelpunkt, es geht um seine Taten, seine Motive, seine Schuld. Die Strafprozessordnung gibt ihm nicht nur das Recht zu schweigen, sondern auch das Recht, sich vor Gericht zu äußern - und wenn er noch so dumm, aggressiv oder unmenschlich daherredet. Ein Mindestniveau ist nicht vorgeschrieben. Aus den Worten des Angeklagten lassen sich Rückschlüsse ziehen, auch darauf, ob der Täter schuldig ist oder nicht. Der Attentäter von Halle ist voll schuldig.

Den Auftritt des Angeklagten zu ertragen ist für die Opfer, die Hinterbliebenen, die Davongekommenen eine der schwersten Prüfungen überhaupt. Man sieht das auch im Lübcke-Prozess in Frankfurt, wo die Familie die Angeklagten anfleht, die Wahrheit zu sagen. Vermutlich bekommen sie nur die halbe Wahrheit.

Die Richterin meisterte den juristischen Balanceakt

Gerade im Halle-Prozess hätte viel schiefgehen können, so wie davor so vieles falsch gelaufen war bei der Bewachung der Synagoge, bei der Einschätzung der Gefahr für die jüdische Gemeinde. Das Worst-Case-Szenario: Ein Angeklagter, der sich über Tage in seinem Hass ergeht, der die Opfer beleidigt und dem seine Internet-Gemeinde Beifall klatscht. Dass es nicht so schlimm gekommen ist, ist in erster Linie Richterin Ursula Mertens zu verdanken, die den Angeklagten zunächst aus der Reserve gelockt und dann mit mütterlicher Strenge in die Schranken gewiesen hat. Ein juristischer Balanceakt, eine psychologische Leistung.

Dennoch versuchte sich Stephan B. als Held der Finsternis zu stilisieren. Er provozierte, er zeigte sich demonstrativ den Kameras, er bat darum, seinen vollen Namen zu nennen - er wollte eingehen in die düstere "Hall of Fame" des Terrors. Auch aus diesem Grund nennt die SZ seinen vollen Namen nicht.

Seine eigentliche Kraft entfaltete der Prozess erst durch die Nebenkläger. Sie machten ihn zu einem Fanal des Widerstands gegen Antisemitismus, Fremden- und Frauenhass. Das Verfahren ähnelte darin fast dem Prozess gegen den norwegischen Rechtsterroristen Breivik. Jugendliche kamen da in den Gerichtssaal, gezeichnet von ihren Schusswunden. Sie sahen Breivik ins Gesicht und zeigten die Unbeugsamkeit einer ganzen Nation.

Sie bezeugten den Lebenswillen jüdischer Menschen in Deutschland

Auch vor dem Oberlandesgericht Naumburg boten die Menschen aus der Synagoge und dem danach angegriffenen Döner-Imbiss dem Attentäter die Stirn. Sie bezeugten den Lebenswillen und das Lebensrecht jüdischer Menschen in Deutschland genauso wie den Wunsch von Zuwanderern, hier Heimat zu finden. Für viele, das spürte man, war das unendlich schwer - und dann doch befreiend.

Auch wenn der Attentäter von Halle bei vielen Prozessbeteiligten Widerwillen auslöste, so besteht doch die Hoffnung, dass die Konfrontation den Nebenklägern hilft: Sie haben den Täter auf der Anklagebank gesehen, in Handschellen, er hatte keine Macht mehr über sie. Sie konnten erkennen, dass der Staat diesen Mann zur Verantwortung zieht. Mit dem Urteil ist das nun besiegelt.

Nur vier Monate nach dem Angriff von Halle erschoss ein rechtsradikaler Attentäter in Hanau neun Menschen, die er für Migranten hielt. Dann tötete er sich selbst. Toten aber wird kein Prozess gemacht. Den Angehörigen der Opfer von Hanau bleibt die Wahrheitsfindung wie in Halle verwehrt.

Die grundlegenden Fehler des Humboldt-Forums. Warum das Berliner Fake-Schloss in seiner jetzigen Form nicht zu retten ist

Das Humboldt-Forum sollte zu einem neuen Zentrum der Weltkultur werden. Doch an vielen der geraubten Kunstwerke klebt Blut. Kolonialverbrechen werden bis heute systematisch verharmlost.

Von Tobias Rapp
Spiegel.de, 17.05.2021

Dass ehemalige königliche Paläste in öffentliche Museen umgewandelt werden, gibt es überall auf der Welt. Der Louvre in Paris ist die ehemalige Residenz der französischen Könige, die Eremitage in Sankt Petersburg gehörte zu großen Teilen einmal zum Zarenpalast. Aber ein Land, das sich 100 Jahre nach dem Ende der Monarchie einen Königspalast baut, ohne einen König zu haben, und sich ausgerechnet in diesem Fake-Palast nun seiner Geschichte stellen will – das gibt es nur einmal: in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach sieben Jahren Bauzeit ist das Humboldt Forum Unter den Linden nun fertig, nur die Pandemie hat verhindert, dass es eröffnet wurde. Und das Beste, was sich über diesen Bau mit seinen falschen Barockfassaden, seinen Rolltreppen und seiner historisierenden Kuppel sagen lässt, ist, dass sein bauliches Volumen eine Lücke füllt. Das Gebäudeensemble zwischen der Museumsinsel und dem ehemaligen Zeughaus steht fast wieder, nur die Bauakademie fehlt noch. Was die Verwerfungen des 20. Jahrhunderts kaputt gemacht haben, ist wieder heile. Wie es die Befürworter des Wiederaufbaus wollten. Nur: Häuser lassen sich wieder aufbauen – die Geschichte kann dummerweise nicht repariert werden.

Das war aber einer der Wünsche, die den Planungen des Humboldt Forums zugrunde lagen, als 2002 eine Expertenkommission ihr Konzept für das vorlegte, was in dem neuen alten Schloss gezeigt werden sollte. Ein »Museum der Weltkulturen« könne entstehen. Alexander von Humboldt erfuhr damals gerade eine Wiederentdeckung. Nachdem die Bundesrepublik sich in den Jahren nach dem Mauerfall vor allem mit sich selbst beschäftigt hatte, war er eine Symbolfigur, mit der sich die Deutschen ein Bild für die Globalisierung und ihren Ort darin suchten. Friedlich, weltumarmend, dem Guten verpflichtet. Deutschland und Berlin als Zentrum einer Weltaneignung aus dem Geist der Aufklärung und der Wissenschaft. Die Berliner Mitte als Panorama der Weltkulturen – wer hätte da Nein sagen können?

Knapp 20 Jahre später ist davon nichts übriggeblieben.

Dass viele der Artefakte, die sich in den Lagern der Stiftung Preußischer Kulturbesitz befinden, mit Blut befleckt sind, hätte man damals schon wissen können. Wahrscheinlich wusste man es auch und nahm es einfach nicht ernst genug. Wie die Widerstände dagegen. Es ist ja nicht nur die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy, die 2017 aus dem wissenschaftlichen Beirat austrat, weil die Verantwortlichen des Humboldt Forums versuchten, die deutsche Kolonialgeschichte unter einer »Bleidecke« zu begraben, »wie Atommüll, damit bloß keine Strahlung nach außen dringt«. Auch Aktivistinnen und Aktivisten protestieren.

Noch wichtiger ist aber die internationale Dimension. In allen ehemaligen Kolonialnationen gibt es erbitterte Auseinandersetzungen darüber, was die Vernichtungsgeschichten dieser dunklen Zeit für die Identität der Länder bedeuten – auch in der ehemaligen Kolonialmacht Deutschland hat diese Debatte begonnen. Und in einigen afrikanischen Ländern entwickelte

sich eine selbstbewusste Zivilgesellschaft, die Museumsprojekte trägt und sich mit leeren Versprechen nicht mehr abspesen lassen will.

Reicht es, zu jedem Werk eine Info zu hängen, wie viel Tod und Leid mit seinem Erwerb einherging?

Erst waren es nur geraubte Kunstwerke aus Afrika, die im Fokus dieser Debatten standen, wie die berühmten Benin-Bronzen, von denen nun ein »substanzieller« Teil tatsächlich nach Nigeria zurückgegeben werden soll. Aber auch die vielen Tausend Gegenstände, die deutsche Kolonialisten aus der Südsee mitbrachten, waren Teil eines Raubzugs, bei dem zerstört und gemordet wurde. Das zeigt der Historiker Götz Aly in seinem neuen Buch »Das Prachtboot« beispielhaft – und es sollte ausreichen, noch einmal grundsätzlich nachzudenken.

Denn so wie es geplant war, wird das nichts mehr mit dem Humboldt Forum. Wenn sogar eines der wichtigsten Objekte der geplanten Ausstellung, das sogenannte Luf-Boot aus dem Westpazifik, im direkten Zusammenhang mit der Ermordung Hunderter Menschen steht, steht das ganze Projekt infrage.

Wie sollen denn in Zukunft die Ausstellungen aussehen, wenn jedes Artefakt unter Verdacht steht? Wie kann ein »Dialog der Weltkulturen« geführt werden, wenn klar ist, dass in den Museen bis in die jüngste Vergangenheit hinein gelogen und betrogen wurde, wenn es um die Provenienz der Bestände ging? Reicht es, zu jedem Kunstwerk einen Infozettel zu hängen, der erzählt, wann es geraubt wurde und wie viel Tod und Leid mit seinem Erwerb einherging? Und ansonsten endlich alles zu überprüfen – und in den kommenden Jahren Vitrinen zu präsentieren, die sich nach und nach leeren, bis alles zurückgegeben ist?

Aly warnt vor einfachen Antworten auf die komplexen Fragen, die sich stellen. Die Institutionen würden lernen, sagt er, darauf könne vertraut werden. Die Aufarbeitung werde viel Zeit brauchen, wahrscheinlich Jahrzehnte, dafür brauche es Geduld.

Damit hat er sicher recht. Doch was als Projekt begann, den kulturellen Reichtum der Welt zu zeigen, hat sich längst in eine Auseinandersetzung über den Kolonialismus verwandelt, über die Opfer, die er forderte, und die Folgen, die er für die Gegenwart hat. Für das Bild, das Europa von sich selbst hat. Ob das Fake-Schloss dafür der passende Ort ist und ob das Humboldt Forum dafür den richtigen Rahmen bietet, ist offen. Es gibt vieles, was dagegenspricht.

„Querdenken“-Bewegung : Eine neue Form des Extremismus

Führende „Querdenker“ zielen auf eine systematische Delegitimierung des Staates. Der Verfassungsschutz schafft dafür jetzt eigens eine neue Kategorie – und beobachtet Teile der Bewegung.

Dass Kritik gegen die Maßnahmen der Bundesregierung auch und gerade in der Pandemie möglich, ja wünschenswert sei, beteuern Politiker seit einem Jahr. Auch Horst Seehofer wiederholte am Mittwoch diesen Gemeinplatz der Demokratie: Friedfertige Menschen könnten auf die Straße gehen und ihre Position vertreten, „auch wenn sie diametral zu unserer Politik steht“, sagte der Bundesinnenminister. „Aber immer dann, wenn die Extremisten die Bühne betreten und versuchen, sich solcher Bewegungen zu bemächtigen, oder wenn Gewalt im Spiel ist, gilt unser Grundsatz: null Toleranz.“

Gemeint sind Personen und Gruppen innerhalb der „Querdenker“-Bewegung. Am Mittwoch teilte das Bundesinnenministerium mit, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz Teile der Bewegung beobachte. Die Beamten dürfen dabei auch nachrichtendienstliche Mittel einsetzen, etwa Telefone überwachen oder, sofern Gewalt droht, auch V-Leute ansprechen.

„Querdenker“-Szene sehr heterogen

Das ist durchaus möglich, schließlich hatte es jüngst bei Demonstrationen Angriffe auf Polizisten und Journalisten gegeben. Allerdings werden die Verfassungsschützer nicht jede Person, die zur „Querdenker“-Szene zugeordnet werden könnte, überwachen, sondern nur solche, bei denen es tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen gibt.

Bereits im Dezember hatte das Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg, wo die „Querdenker“-Bewegung ihren Ursprung hat, die Beobachtung der Bewegung eingeleitet, andere Landesämter folgten. Auch das Bundesamt prüfte, worüber die Behörde aus rechtlichen Gründen aber nicht sprechen durfte. Die „Querdenker“-Szene einzuschätzen ist schwierig, denn es ist keine abgeschlossene Gruppe, es gibt schon gar nicht so etwas wie Mitgliedschaft. Zudem sind die „Querdenker“ sehr heterogen: Hier finden Esoteriker und Impfgegner, aber auch antisemitische Verschwörungstheoretiker, Rechtsextremisten und „Reichsbürger“ zusammen.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes gehen von dieser Szene seit Beginn der Pandemie Angriffe auf die demokratische Grundordnung und staatliche Einrichtungen wie Parlamente und Mitglieder der Regierung aus. „Demokratische Entscheidungsprozesse und die entsprechenden Institutionen von Legislative, Exekutive und Judikative werden in sicherheitsgefährdender Art und Weise delegitimiert und verächtlich gemacht“, teilte das Bundesinnenministerium mit. Dafür würden Verschwörungsmymen wie „QAnon“ oder andere antisemitische Ressentiments bemüht. Verschwörungstheorien seien ein nahezu durchgängig festzustellendes Phänomen.

Tatsächlich gingen Teilnehmer bei „Querdenker“-Protesten schon mit Symbolen populärer Verschwörungserzählungen auf die Straße, etwa von „QAnon“. Die Anhänger glauben unter anderem an die Existenz einer weltweit agierenden, satanistischen Elite, die Kinder entführe, foltere und ermorde. Einzelne Teilnehmer von Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen gingen auch mit „Judensternen“ auf die Straße.

Aus Sicht der Sicherheitsbehörden werden legitime Proteste und Demonstrationen gegen die Corona-Politik instrumentalisiert und Eskalationen provoziert. Anmelder und Organisatoren von Demonstrationen – vor allem die Protagonisten der „Querdenker“-Bewegung – zeigten zum Teil deutlich, dass ihre Agenda über die reine Mobilisierung zu Protesten gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen hinausgehe.

Verbindungen zu „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Organisationen sowie Rechtsextremisten würden in Kauf genommen oder gesucht, das Ignorieren behördlicher Anordnungen propagiert und letztlich das staatliche Gewaltmonopol negiert, teilte das Bundesinnenministerium mit. Solches Vorgehen zielt darauf ab, das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und ihre Repräsentanten nachhaltig zu erschüttern.

Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“

Auch wenn sich Rechtsextremisten und „Reichsbürger“ unter die „Querdenker“ mischen, passt die Bewegung in keine der Kategorien von Extremismus, mit denen der Verfassungsschutz bislang arbeitet – neben Rechtsextremismus sind das der Linksextremismus, Ausländerextremismus und Islamismus sowie „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“. Vor einem Jahr bereits gab es Überlegungen in Sicherheitskreisen, ob sich in der „Querdenker“-Szene eine neue Form des Extremismus entwickelt, für den es noch keinen Namen gibt, der aber ähnlich gefährlich ist wie die anderen Formen.

Nun ist es so weit: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat einen neuen Phänomenbereich mit dem Namen „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ eingerichtet. Innerhalb dieses Bereichs gibt es als erstes Sammelbeobachtungsobjekt „Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates“, dem die relevanten Akteure aus der „Querdenker“-Szene zugeordnet werden. Wie viele Menschen in diese neue Kategorie fallen, ist noch unklar.

Lob für diesen Schritt kam von der FDP. Der Obmann im Innenausschuss, Benjamin Strasser sprach von einem „konsequenten und notwendigen Schritt“. „Wir erleben seit Monaten eine zunehmende Radikalisierung und steigende gewalttätige Übergriffe. Diese reichen von Angriffen auf Polizeibeamte und Journalisten am Rande von Demonstrationen bis zu Anschlägen auf das Robert-Koch-Institut im vergangenen Jahr.“

Auch Strasser sieht mit „Querdenken“ einen „Extremismus ganz neuer Art“, dessen Motto zu sein scheint: „Demokratieverächter aller Lager, vereinigt euch!“ Der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem der Demokratie müsse genau hinschauen und die zentralen Akteure auf dem Radar behalten, so Strasser.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 05. 2021

Prozess gegen Franco A. Ein erfundenes Leben

Am Oberlandesgericht Frankfurt erzählt Franco A., wie er sich eine Existenz als Flüchtling aufbaute und trotzdem weiter als Oberleutnant bei der Bundeswehr arbeitete. Und wie war das mit der Waffe?

Von Anna-Sophia Lang

Der Tag, an dessen Ende der Vorsitzende Richter enttäuscht und ein bisschen müde wirken wird, beginnt mit einer Reue-Bekundung. „Ich brach Recht“, sagt Franco A. und zählt auf, was er damit meint. Dass er einen Asylantrag stellte, obwohl er gar kein Flüchtling war. Dass er eine Waffe besaß, die er nicht hätte besitzen dürfen. Dass er Menschen etwas vorspielte. Es tue ihm leid, sagt A. „Es war nie meine Absicht, einem Menschen Leid zuzufügen.“

Die Bundesanwaltschaft, die dem 32 Jahre alten Oberleutnant der Bundeswehr aus Offenbach angeklagt hat, ist überzeugt, dass er genau das wollte: Menschen schaden. Vor allem denen, die er als Mitverantwortliche für die Flüchtlingspolitik ausgemacht hatte. Die Strafverfolger sind zu dem Schluss gekommen, dass er Attentate verüben wollte, getarnt als Flüchtling, um die Bundesrepublik in die Krise zu stürzen. Juristisch heißt das: die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

Entscheidendes verschweigt er

Zu diesem Vorwurf sagt A. am zweiten Tag des Prozesses gegen ihn am Oberlandesgericht Frankfurt nichts. Auch was die Waffen angeht, wird er nicht konkreter. Der Staatsschutzsenat hatte sich in dieser Hinsicht mehr erhofft. Als der Verhandlungstag zu Ende ist, sagt der Vorsitzende Richter: „Wir werden jetzt eine große Beweisaufnahme machen. Das wird eine lange Hauptverhandlung.“

In eines aber gibt Franco A. Einblicke, jedenfalls jene, die er geben möchte: in seine Gedankenwelt. Wie schon das „Opening Statement“ seiner Anwälte ist die Einlassung in großen Teilen eine politische Abhandlung. A. erzählt, wie er seit längerem mit politischen Entwicklungen unzufrieden gewesen sei, mit der Abschaffung der Wehrpflicht zum Beispiel, und dann im Herbst 2015 sein Vertrauen „erschüttert“ worden sei, als Hunderttausende Schutzsuchende in Deutschland um Asyl baten, in seinen Augen ein „offenkundiger“ Verstoß gegen die Interessen des Landes. „Und all das, obwohl kurz davor das Supergrundrecht auf Sicherheit beworben worden war.“

An einer späteren Stelle seiner Einlassung zitiert er den Satz, Multikulti sei gescheitert, und fängt an, aus dem Wahlprogramm der Union zur Bundestagswahl 2005 zu zitieren, die in hartem Ton Zuwanderung als Sicherheitsrisiko beschreibt. Ausgerechnet diese Leute, will A. damit sagen, waren im Herbst 2015 in der Verantwortung.

An dieser Stelle unterbricht ihn der Vorsitzende Richter. Er versucht ihm zu erklären, was der von zwei Verteidigern beratene Angeklagte eigentlich wissen müsste. Dass Sinn und Zweck einer Einlassung zunächst etwas anderes ist: Festzustellen, welche Vorwürfe ein Angeklagter einräumt, damit die Beweisaufnahme auf dieser Basis geführt werden kann. Über Motive könne man dann immer noch reden, sagt der Richter. Also beginnt Franco A. noch einmal von vorne.

Basteln an der Legende

Er erzählt, wie er in seinem Weihnachtsurlaub 2015 herumsaß, nichts vorhatte und zu dem Ergebnis kam, dass er sich nun selbst ein Bild machen wolle: „Wenn nicht jetzt, wann dann.“ Er beschreibt, dass er sich so anzog, „wie ich mir einen Flüchtling vorstellte“, sich das Gesicht verdunkelte und zur Unterkunft am Kaiserlei ging, um dort um Asyl zu bitten. Im Gespräch mit einem Sicherheitsmitarbeiter hatte er die Erkenntnis: Man muss nicht nur „Asyl“ sagen, damit das Verfahren beginnt.

Sein Weg führte über die Offenbacher Polizei, die ihn mit zur Wache nahm. „Als die Tür hinter mir zuging, wusste ich, jetzt ist die Sache scharf geschaltet.“ Im Gang, erzählt A., habe eine Weltkarte gehangen. „Ich entschied mich, in Damaskus geboren zu sein.“ Zurück daheim, begann er, sich eine „möglichst glaubwürdige Legende“ zurechtzulegen. Heraus kam die Lebensgeschichte des französischstämmigen Syers christlichen Glaubens, David Benjamin, mit den Eltern Pierre, Nura und dem Großvater Samuel, der dank des kleinen französischsprachigen Kosmos in Aleppo kein Arabisch brauchte und Landwirt war.

Eines Nachts, auch das gehört zu der Geschichte, die A. im November 2016 erfolgreich dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg auftrug, sei der Islamische Staat gekommen, habe seinen Vater erschossen und den Hof zerstört. Deshalb sei er, geplagt von schlechtem Gewissen, über den Landweg bis nach Bayern geflüchtet.

Doppelleben

Von der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen, wohin ihn die Offenbacher Polizei schickte, wurde A. nach Bayern gebracht. Erst in die Außenstelle des BAMF nach Zirndorf, wo er sich mit einem deutschen Satz beinahe verriet, dann nach Roth, wo er sich wunderte, dass es Bewegungsfreiheit statt eines Morgenappells gab. Mitte Januar 2016 kam er nach Kirchberg im Landkreis Erding. Von dort pendelte A., so erzählt er es, nach Offenbach und Illkirch im Elsass, wo er in einer deutsch-französischen Einheit stationiert war. Etwa einmal im Monat sei er in der Unterkunft gewesen, habe per SMS auf seinem eigens besorgten „Flüchtlingshandy“ Kontakt zu den Bewohnern gehalten, falls ein Termin per Brief kommen sollte. Einen Rucksack mit seinem „Flüchtlingsleben“ hatte er im Auto.

Er habe festgestellt, sagt A., dass Flüchtlinge gar nicht in Lumpen herumliefen, sondern ganz normal. Da habe er es anfangs wohl übertrieben. Als der Vorsitzende Richter ihn fragt, wie lange er vorhatte weiterzumachen, sagt A.: Das bestmögliche Szenario sei gewesen, irgendwann eine Wohnung zu bekommen, vielleicht in München, um als Übersetzer arbeiten zu können – und dass die Person David Benjamin schließlich in den Akten nicht mehr aufgetaucht wäre.

Am Ende des Verhandlungstages bleibt das Bild eines Mannes voller Widersprüche. Der bereit war, extreme Schritte zu unternehmen, weil er wegen des Zuzugs von Flüchtlingen die Existenz seines Landes bedroht sah, andererseits davon spricht, die Flüchtlinge seien „meine Brüder und Schwestern und nicht weniger ehrbar als meine Landsleute. Ich habe mit ihnen gelebt und an ihrem Leid teilgehabt.“ Der Prozess wird am Freitag fortgesetzt.

Schweigen an den Unis

Warum so passiv bei Rückkehr zur Präsenz?

Dirk VON PETERSDORFF - Der Verfasser lehrt Literaturwissenschaft in Jena.

Von Beginn der Corona-Pandemie an war es auffallend still um die Universitäten. Irgendwann tauchten sie in der Berichterstattung über Schließungen oder mögliche Öffnungen gar nicht mehr auf. Das kann man als Leistung ansehen: Die Vernunft erzwang die Einsicht in die Notwendigkeit des Lockdowns, der an so großen und kontaktreichen Einrichtungen wie den Universitäten besonders energisch zu vollziehen war. Warum also diskutieren oder gar lamentieren? Zudem gelang die Umstellung auf die Onlinelehre auch angesichts der rettenden Halbgottheit Zoom erstaunlich gut. Spitzenvertreter der deutschen Universitäten waren zufrieden mit sich und präsentierten sich der Politik als beste Schüler.

Damit haben sie nicht unrecht, und es stimmt: In digitalen Seminaren von überschaubarer Größe kann es lebendig und konzentriert zugehen. Aber bei dieser Bilanz blieb einiges auf der Strecke oder wurde beschwiegen. Da ist zuallererst die Situation der Studierenden. Denn gerade wer den Winter über die Zoom-Gesichter betrachtete, sah, wie sie sich von Woche zu Woche bei aller Tapferkeit der Resignation und Depression annäherten. Inzwischen hat man drei Semester, das ist die Hälfte eines Bachelor-Studiums, in kleinen Zimmern vor dem Bildschirm verbracht. Oder ist ins Elternhaus zurückgekehrt, im Bildhintergrund stehen die alten Stofftiere.

Neulich haben wir in einem Creative-Writing-Seminar das Ausprobieren von Versen mit einer Schilderung des Zeit-Empfindens während der Pandemie verbunden. Da kam ein Blankvers wie „Die Zeit geht schneller, und die Jugend stirbt“ heraus oder ironisch und freier: „Statt Jahreszeit spaziergeeignete Großwetterlagen: Witzeln, weinen, warten“. Auch vom Gefühl, sich auf einem Laufband zu bewegen, aber den Lebenslauf zu verpassen, war die Rede.

Aber es geht nicht nur um Stimmungslagen in einer Lebensphase, in der man eigentlich reichhaltige soziale und emotionale Erfahrungen macht, sondern auch um Verluste für die Gesellschaft. An einem Beispiel: Studierende lernen Differenz kennen. Von der Differenz des Wissens über die der Lebensformen, der Überzeugungen und Redeweisen bis hin zu Unterschieden bei Kleidung und Essverhalten. Die Universitäten sind der Ort, an dem diese ebenso bereichernde wie verunsichernde Differenz Erfahrung in Dialog und zivilisiertes

Nebeneinander überführt wird. Genau das lernt man aber nicht in Onlineseminaren, sondern bei direkten und ungeplanten Begegnungen auf Partys, beim Uni-Sport, beim Gang zwischen den Gebäuden oder in der Cafeteria, wo man vielleicht neben der chinesischen Kommilitonin zu sitzen und mit ihr ins Gespräch kommt.

Über Fragen dieser Art ist während der Pandemie an den Universitäten kaum einmal debattiert worden. Es wurde überhaupt ganz einsilbig kommuniziert. Corona ist für die Universitäten ein Verwaltungsproblem, Entscheidungen werden schwach begründet und in Mails mitgeteilt, die nicht nur sensible Menschen als kaltherzig empfinden müssen. Es ist erstaunlich: Jene Institution, die für den Zweifel, das Nachfragen, das Debattieren und Begründen von Entscheidungen zuständig ist, hat sich im letzten Jahr zu einem leeren und gespenstisch stillen Raum entwickelt.

Ob die Rechnung gegenüber der Politik aufgehen wird, ist auch die Frage, denn wer sich niemals zu Wort gemeldet, seine Ansprüche und seine Bedeutung vorgebracht hat (man vergleiche nur die Aktivität der Schulen!), steht auch bei den Öffnungen ganz hinten in der Schlange und gilt irgendwann als schwach. So schwach, dass man schon verkündet, auch das kommende Wintersemester wieder überwiegend in der digitalen Enklave zuzubringen.

Dass es anders und gleichzeitig umsichtig geht, zeigt die aktuelle Hochschulverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Dort bleibt das laufende Sommersemester zwar überwiegend ein Digitalsemester, aber für die letzten Wochen wird geöffnet: Erst- und Zweitsemester dürfen ihre Uni das erste Mal betreten, Seminare können ebenfalls wieder in Präsenz stattfinden. Das ist mehr als eine symbolische Geste, und selbst wenn es eine wäre: Auch sie wäre wichtig, um die Identifikation der Studierenden mit ihren Hochschulen wiederherzustellen.

Und da wir jetzt alle geimpft werden: Der Hochschulkörper könnte eine Zusatzinjektion von fröhlicher Wissenschaft, von Mut und Zukunftsfreude vertragen.

Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.06.21 (gekürzt)

„Soziales Miteinander haben wir ein wenig verlernt“

Interview von Simone Dohle, Sozialpsychologin an der Uni Köln, über die Rückkehr zur Normalität nach der Pandemie – Die Fragen stellte Julia Anton

Frau Dohle, nach monatelangem Lockdown können wir allmählich wieder zur Normalität zurückkehren: essen gehen, shoppen, teilweise sind auch Treffen in größeren Gruppen möglich. Schön, hört man von vielen – und: anstrengend. Warum empfinden wir unsere alten Gewohnheiten plötzlich als Stress?

Wir haben uns im vergangenen Jahr sehr an die Vorsorgemaßnahmen gewöhnt: Abstand halten, Maske tragen und Kontakte beschränken. Auch das war sehr mühevoll, wenn Sie sich zurückerinnern. Wenn jetzt plötzlich Schule und Sport wieder möglich werden, braucht man erst mal einen Moment, um das zu verarbeiten und sich wieder umzugewöhnen, wie bei allen Verhaltensänderungen.

Ist es leichter, wieder zu alten Gewohnheiten zurückzukehren, als ganz neue zu erlernen?

Das kommt natürlich immer auf die Gewohnheiten an. Bei den Corona-Maßnahmen dürfte das auf jeden Fall einen Unterschied machen. Zu Beginn der Pandemie mussten wir uns an Regeln gewöhnen, die eigentlich nicht der Natur des Menschen entsprechen: In Krisenzeiten tun wir uns eigentlich mit anderen zusammen. Entsprechend schwer fiel es uns, uns an Abstände zu gewöhnen, niemanden mehr zu umarmen und auf alles, was Spaß macht, wie Theater- oder Schwimmbadbesuche, zu verzichten. Umgekehrt dürfte uns die Umgewöhnung leichter fallen: Gerade bei dem schönen Wetter zieht es die Leute nach draußen in den Biergarten. Sich mit anderen zu treffen ist uns ein Grundbedürfnis. Zudem hat sich durch die Einschränkung unserer Freiheitsrechte viel angestaut, die Leute wollen vieles nachholen. Trotzdem gibt es zunächst eine Phase der Umgewöhnung.

Fällt das manchen Menschen leichter als anderen?

Ja, das ist sehr individuell. Speziell mit Blick auf die Corona-Regeln hat zum Beispiel jeder eine andere Risikowahrnehmung. Für manche ist die Pandemie schon vorbei, andere sind skeptisch und beobachten die Entwicklung der Inzidenzzahlen erst mal weiter. Wir wurden ja auch bis vor Kurzem von allen Seiten gewarnt, jetzt nicht leichtfertig zu werden.

Ist es denkbar, dass wir manche Gewohnheiten dauerhaft behalten, also zum Beispiel gar nicht mehr zum Händeschütteln zurückkehren?

Schwer zu sagen. Die Pandemie hat auf uns alle unterschiedlich gewirkt: Hat man kaum Einschnitte erlebt, oder sind Angehörige oder gar man selbst schwer erkrankt? Für manche war der Rückzug ins häusliche Umfeld ein Segen, während andere sehr unter der sozialen Isolation gelitten haben. Das hat alles Spuren hinterlassen, vor allem bei Kindern und

Jugendlichen, die die Entscheidungen der Erwachsenen mittragen mussten. Bei der jetzt anstehenden Umgewöhnung spielt aber auch das gesamtgesellschaftliche Verhalten eine Rolle.

Wie meinen Sie das?

In der Sozialpsychologie wird zwischen injunktiven und deskriptiven Normen unterschieden. Injunktive Normen sind etwa Ge- und Verbote, die meistens von außen vorgegeben werden, wie Ausgangssperren und die Maskenpflicht, die zuletzt unsere Gewohnheiten beeinflusst haben. In der nächsten Zeit gehe ich davon aus, dass deskriptive Normen eine größere Rolle spielen werden: Wenn wir jetzt zum Beispiel unsicher sind, ob man im Park noch eine Maske aufsetzen soll, dann schauen wir nach links und rechts: Was machen die anderen? Das bestimmt unser Verhalten mit. So findet die Umgewöhnung nicht nur auf das Individuum bezogen statt, sondern auch in Gruppen und der Gesellschaft als Ganzes.

Wie lange brauchen wir denn in etwa, um uns neue Gewohnheiten anzueignen?

Ganz unabhängig von Corona weiß man, dass wir schon von einem sehr langen Zeitraum sprechen, bis aus einer neuen Verhaltensform wirklich eine Gewohnheit wird. Es kommt natürlich darauf an, was man umstellt. In Bezug auf Sport und Ernährung weiß man, dass es mindestens ein halbes Jahr dauert, bis eine neue Routine zu einem echten Automatismus geworden ist. Beim Rauchen kann es sogar noch länger dauern, bis man kein Verlangen mehr nach einer Zigarette hat. Je komplexer, desto länger dauert die Umstellung. Nach der Pandemie aber wieder zu natürlichem Verhalten zurückzukehren, wie Freunde zu umarmen oder Kinder auf den Schoß zu nehmen, wird einfacher sein.

Wäre ein Vorgehen in kleinen Schritten auch im Corona-Kontext ratsam, um sich nicht direkt wieder in „Freizeitstress“ zu stürzen?

Ja, aber auch hier unterscheiden sich die Menschen natürlich: Manche wollen möglichst schnell alles nachholen, während andere schnell überfordert sind. Da denke ich vor allem an Kinder: Mit ihnen kann man vielleicht gemeinsam überlegen, was man wann in der nächsten Zeit nachholen könnte, ohne in Freizeitstress zu geraten. Und auch das soziale Miteinander haben wir ein wenig verlernt: Das fängt bei der Begrüßung an und geht bis dahin, wie wir zusammen Zeit verbringen. Das hat sich während der Pandemie sehr verändert, und das müssen wir jetzt wieder ein wenig neu lernen.

Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.06.21 (gekürzt)

Von der Partnerschaft zur Eiszeit

Von Hans-Christian Rößler, Madrid

Brahim Ghali ist weg, aber die Krise ist noch da. In der Nacht zum Mittwoch verließ der Chef der Westsahara-Befreiungsfront Polisario Spanien. Doch seine Rückkehr nach Algerien bedeutet keine Entspannung zwischen Marokko und Spanien – und auch nicht mit dem Rest der EU. Schon bevor Ghali das spanische Krankenhaus verließ, in dem er wegen einer Covid-Erkrankung behandelt wurde, hatte die Regierung in Rabat klargestellt, dass das Ermittlungsverfahren gegen Ghali für die Verstimmungen keine zentrale Rolle spielt. Es geht um die europäische Anerkennung der marokkanischen Ansprüche auf die Westsahara. Marokko habe seine Sicherheitskooperation mit Spanien eingestellt, heißt es in Rabat.

Deutschland hat es schon früher getroffen. „Die deutsch-marokkanische Sicherheitszusammenarbeit im polizeilichen Bereich ist vorübergehend ausgesetzt“, sagte in Berlin ein Sprecher des Bundesinnenministeriums gegenüber der F.A.Z. Marokkanische Sicherheitskräfte hatten sich in der Vergangenheit damit gebrüstet, dass sich mit ihren Informationen der Terroranschlag im Dezember 2016 auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz hätte verhindern lassen. Marokkaner und Tunesier stellten zuletzt in Europa die meisten Terroristen. Die Bundesregierung setzt sich nach eigenen Angaben für die „zeitnahe Wiederaufnahme der Zusammenarbeit ein“. Aber davon ist man weit entfernt, seit die marokkanische Regierung ihre Kontakte zur deutschen Botschaft in Rabat einstellte und die marokkanische Botschafterin Berlin verlassen hat. In Madrid erwartet man, dass die Blockade lange andauern wird, die für Deutschland im März begonnen hat und für beide Seiten langsam teuer wird.

Beide Staaten verbindet eigentlich eine langjährige und erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit. Im vergangenen Jahr erhielt das nordafrikanische Land deutsche Zusagen in Höhe von 420 Millionen Euro, zum größten Teil in Form von Krediten. Wegen der Corona-Krise kamen weitere Kredite von 717 Millionen Euro dazu, wie das Entwicklungsministerium (BMZ) mitteilt. „Aufgrund der von Marokko ausgelösten diplomatischen Krise mussten seit März 2021 Projektaktivitäten im Bereich der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit angehalten werden“, sagt ein Sprecher. Das betrifft besonders die deutsch-marokkanische Wasserstoffallianz, zu der der Bau der ersten „großtechnischen Referenzanlage“ für grünen Wasserstoff in Afrika gehört. In

Marokko bekommt die Eiszeit neben politischen Stiftungen die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) stark zu spüren. Seit 1975 ist sie in Marokko für die Bundesregierung aktiv. Doch marokkanische Ministerien und Behörden stellten im März auch ihren Kontakt zur GIZ ein.

Seit mehr als einem Vierteljahr entgehen Marokko umfangreiche staatliche und private Mittel aus Deutschland. Große Summen, die aus Steuergeldern stammen, können dort nicht einfach an staatliche Stellen überwiesen werden, die dann für eine Nachverfolgung nicht mehr erreichbar sind. Nach Südafrika ist Marokko in Afrika zugleich der zweitwichtigste Investitionsstandort. Bei fast 80 deutschen Unternehmen erzielen dort 30 000 Angestellte einen Umsatz von fast zwei Milliarden Euro. „Es trifft Unternehmen, die in Bereichen wie Gesundheit und Energie mit staatlichen Partnern zusammenarbeiten, die jetzt mit ihnen keinen Kontakt mehr unterhalten“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, Christoph Kannengießer. Das hat auch Folgen für neue Investoren. Ursprünglich wollte der Afrika-Verein in diesen Tagen mit deutschen Unternehmern nach Marokko reisen, um über Wasserstoff-Projekte zu informieren. Doch das nordafrikanische Land ist nicht auf Deutsche oder Spanier angewiesen. „Es gibt für beide Seiten immer Alternativen. China, Russland, die Türkei und die Golf-Staaten arbeiten daran, in Marokko und im Maghreb-Raum ihren Einfluss auszubauen“, sagt Christoph Kannengießer.

Auch Marokko selbst hat im Norden Afrikas politische Ambitionen. Das gilt vor allem für eine Lösung im Libyen-Konflikt, bei der sich die Regierung in Rabat durch Deutschland ausgeschlossen und behindert sieht. So lautet zumindest einer der Gründe für die diplomatische Kontaktsperre, die man jedoch im Auswärtigen Amt nicht verstehen kann: Nur zwei Wochen vor der Abberufung der marokkanischen Botschafterin und der Veröffentlichung des entsprechenden Kommuniqués am 6. Mai hatte Marokko an einem Libyen-Treffen unter Vorsitz von Außenminister Heiko Maas teilgenommen. Kurz davor war Marokko zur zweiten Berliner LibyenKonferenz Ende Juni eingeladen worden. Der marokkanische Vorwurf, Deutschland wolle, dass Marokko keine Rolle bei den Friedensbemühungen spiele, entbehre jeder Grundlage, heißt es aus dem deutschen Außenministerium. Er sei als Begründung für das Aussetzen der Zusammenarbeit ebenso wenig nachvollziehbar wie für eine Eskalation der Krise durch die Abberufung der Botschafterin.

Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.06.21 (gekürzt)

«Ich habe den Journalismus missbraucht»

Der Reporter Claas Relotius hatte immer wieder mit seinen Texten betrogen – in einem Interview erklärt er sich

(dpa) Der frühere «Spiegel»-Reporter Claas Relotius hat zweieinhalb Jahre nach Bekanntwerden des Betrugsskandals bei dem Nachrichtenmagazin erstmals ausführlich in einem Interview über seine gefälschten Texte gesprochen. Der Zeitschrift «Reportagen» aus der Schweiz sagte er auf die Frage, wie viele seiner insgesamt 120 verfassten Texte in seiner Journalistenzeit korrekt gewesen seien: «Nach allem, was ich heute über mich weiss, wahrscheinlich die allerwenigsten.» Er habe «in der unverrückbaren Überzeugung geschrieben, es würde bei der Erzählform Reportage keinen Unterschied machen, ob alles 1:1 der Realität entspricht oder nicht».

Relotius drückte sein Bedauern aus: «Ich habe offensichtlich sehr viel Verantwortungsgefühl ausgeschaltet, am meisten gegenüber Kollegen, aber auch gegenüber realen Menschen, über die ich geschrieben habe. Ich hatte beim Schreiben nie niederträchtige Absichten, und ich wollte auch niemanden verletzen, indem ich etwas Falsches schreibe. Dass ich das getan habe, bereue ich am meisten.»

Das Magazin «Reportagen» veröffentlichte am Dienstag auf seiner Webseite ein ungewöhnlich langes Interview mit mehr als 90 Fragen an den früheren «Spiegel»-Reporter, der Ende 2018 die Medienbranche schwer erschüttert hatte. Relotius hatte für den «Spiegel» Reportagen geschrieben, die fehlerhaft waren und zum Teil erfundene Szenen, Gespräche und Ereignisse enthielten. Er war als Journalist mit Preisen überhäuft worden und genoss hohes Ansehen. Der «Spiegel» machte den Betrugsfall selbst öffentlich und arbeitete diesen akribisch auf. Relotius, damals Anfang seiner Dreissiger und für das Gesellschaftsressort tätig, hatte die Fehler laut «Spiegel» eingeräumt. Seine Karriere bei dem Nachrichtenmagazin war vorbei. Es folgten weitere personelle Konsequenzen im Haus, das Magazin überarbeitete zudem seine redaktionellen Standards. Viele andere deutsche Redaktionen steuerten bei ihren Quellenchecks nach.

Es gibt eine offensichtliche Verbindung zwischen Relotius und dem Magazin «Reportagen», das das Interview veröffentlichte: Er schrieb zeitweise auch freischaffend für diese Redaktion. Mit einem Text für «Reportagen» gewann er 2013 den Deutschen Reporterpreis, das brachte ihm Aufmerksamkeit. Relotius war in seiner Journalistenzeit für mehrere Häuser tätig.

Das Interview mit Relotius entstand laut den Angaben der Zeitschrift in den vergangenen Wochen. Der Ex-Reporter spricht darin detailliert über ganz konkrete Fälschungsfälle. Es geht in weiten Strecken auch um sein Leben nach dem grossen Knall. Er berichtet ausführlich von seiner Therapie – das Magazin bekam nach eigenen Angaben Einblick in Dokumente wie einen Klinikbericht und erhielt auch psychiatrische Informationen. Er geht auch auf das Buch seines damaligen Kollegen Juan Moreno ein. Dieser hatte den Skandal gegen viele Widerstände aufgedeckt, als er Fakten zu einer Relotius-Reportage nachrecherchierte und ihn damit schliesslich enttarnte. Moreno veröffentlichte im Jahr darauf das Buch «Tausend Zeilen Lüge – Das System Relotius und der deutsche Journalismus». Die Produktionsfirma Ufa Fiction will einen Film drehen. Nur wenige Wochen nach Erscheinen des Buchs von Moreno im Herbst 2019 war über einen Bericht der Wochenzeitung «Zeit» bekanntgeworden, dass Relotius mit einem Anwaltsschreiben gegen den Autor vorging. Bisher blieb offen, ob es auch zu einer Klage kommen wird. Im jetzigen Interview sagte Relotius auf die Frage, warum bis heute die Klage nicht eingereicht sei: «Ich habe mich nicht in der Position gesehen, jemanden zu verklagen, ohne mich selbst meiner viel grösseren Schuld zu stellen.»

Relotius spricht auch über sein Leben, bevor er Journalist wurde. Im Interview sagte er auf die Frage, wie die Zukunft aussehe, er habe sich zweieinhalb Jahre lang vor allem damit beschäftigt, die Vergangenheit zu verstehen. Ein grosser Interviewteil dreht sich um die Umstände des Fälschens und die damalige psychische Verfassung des jungen Autors. Beispiele: «Das hemmungslose Schreiben hatte für mich eine ganz egoistische Funktion. Es hat mir geholfen, Zustände, in denen ich den Bezug zur Realität verloren habe, zu bewältigen, zu kontrollieren und von mir fernzuhalten. Schon lange vor dem Journalismus.» Er habe diesen Beruf auf eine Art von Anfang an «missbraucht». An anderer Stelle: «Ich kann das nicht erklären, aber ich hatte jahrelang nie Angst, nie Zweifel, auch nie ein schlechtes Gewissen.» Relotius betonte: «Je grösser meine Verunsicherung war, desto perfekter wurden die Texte.» Mehrmals machte er deutlich, nicht aus karrieristischem Kalkül gehandelt zu haben. Auf die Frage des Magazins mit Blick auf die Journalistenpreise und dem Vorwurf, auf «Effekt» geschrieben zu haben, antwortete er: «Natürlich wollte ich gute Texte schreiben. Ich habe beim Schreiben aber nicht daran gedacht, was wie irgendwo ankommt. Ich war immer nur mit dem jeweiligen Thema und mit mir beschäftigt.»

„Weltklasse und viel Luft nach oben“

Von Alice Senarclens de Grancy

Aus der Spitzenforschung an die Spitze des Wissenschaftsfonds FWF: Der Physiker Christof Gatttringer über Perspektiven im Wissenschaftsbetrieb, die neue Exzellenzinitiative und wie es ist, Erwartungen enttäuschen zu müssen.

Interview

Die Presse: Sie waren zu Beginn Ihrer Forschungskarriere als Schrödinger-Stipendiat des FWF in Kanada. Wie hat sich die Wissenschaftswelt seither verändert?

Christof Gatttringer: Es ist faszinierend, wie sehr die Vernetzung gewachsen ist. Als ich 1992 meinen Magister gemacht habe, begann man, E-Mails zu schreiben. In den rund 30 Jahren danach ist wissenschaftliche Kooperation völlig international geworden. Man arbeitet heute mit Kolleginnen und Kollegen zusammen, die am anderen Ende der Welt sitzen. Nur das mit der Zeitverschiebung haben wir noch nicht ganz im Griff (schmunzelt). Man hat die Termine immer nachmittags: weil die Amerikaner da erst aufstehen und die Chinesen noch nicht schlafen.

Was ist heute anders für hoch qualifizierte junge Forscherinnen und Forscher?

Interessant ist: Die Anzahl der Professoren ist seit 1980 leicht gewachsen, die Anzahl der Doktoranden hat sich verdoppelt und die der Post-Docs hat sich vervierfacht. Es ist zunehmend Last auf diese Gruppe gelegt worden, die noch keine permanente Stelle hat, aber wahnsinnig motiviert ist, auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft. Dort kommen die neuen Ideen her, das ist die nächste Generation für leitende Stellen im Wissenschaftsbetrieb. Aber hier gibt es noch relativ wenig Unterstützungsmaßnahmen. Das nehme ich mit in meine neue Position.

Wie geht es der Wissenschaftslandschaft in Österreich sonst? Was läuft gut, wo hakt es?

Wir haben viele Bereiche, wo wir wirklich Weltklasse sind. Wir haben aber auch viele Bereiche, wo viel Luft nach oben ist. Ich will über den FWF gezielt unterstützen; konkrete Akzente müssen die Universitäten setzen. Die Exzellenzinitiative bietet hier interessante Instrumente und Schwerpunkte.

Die Kommunikationsagenda von Forschungs- und Fördereinrichtungen klingt seit Jahren ähnlich: Man wünscht sich mehr Geld, um damit mehr Exzellenz finanzieren zu können. Haben Sie jetzt, was Sie wollen – oder was fordern Sie?

Die Exzellenzinitiative ist ein ganz wichtiger Schritt. Mit dem großen Format Exzellenzcluster bieten wir ein Instrument, mit dem man Forschungsfragen in einer ganz anderen Dimension angehen kann: Moderne Forschungsfragen brauchen oft große Teams. Die Exzellenzinitiative kann aber vieles andere nicht ersetzen.

Zum Beispiel?

Etwa die Doc.funds (Unterstützungsprogramm für die Doktoratsausbildung, Anm.), die wir momentan ausgesetzt haben. Hier trifft uns der Wegfall der Nationalstiftung. Die Bundesregierung hat versprochen, eine Nachfolgekombi aufzusetzen, das ist noch nicht passiert.

Damit fehlen pro Jahr fast 40 Millionen Euro in Ihrem Budget.

Genau. Ein weiteres großes Thema ist, dass wir viele exzellente begutachtete, absolut förderungswürdige Projekte haben, aber nicht genug Budgetmittel, um sie zu finanzieren. Es ist für mich neu, mit dieser Enttäuschung umzugehen. Die Antragsteller bekommen die Gutachten, darin steht: „Super Projekt, fantastische Idee, unbedingt fördern!“ – und am Ende fehlt das Geld. Das ist auch für die Positionierung Österreichs im internationalen Umfeld schlecht.

Warum muss man bei uns immer wieder an die Bedeutung von Wissenschaft erinnern?

In den USA springen Leute vor Begeisterung, wenn man sagt: „Ich bin Post-Doc am MIT.“ Das passiert mir in Österreich nicht, wenn ich erwähne, dass ich Professor für Theoretische Physik bin. Woran das liegt? Ich weiß es nicht.

Wie könnte man das ändern?

Viele sind erstaunt, wenn man aufzeigt, wie viel Grundlagenforschung leistet. Vor einem Jahr hatten wir durch Covid große Sorgen um unsere Großeltern und Eltern, das Problem ist jetzt mit dem Impfstoff gelöst. Wenn Sie aus einem Handy alles herausnehmen, was an Grundlagenforschung drinsteckt – die ganze Halbleitertechnologie, Transistoren, Mikrochips usw. – ist es ein Briefbeschwerer. Aber den würden Sie auch brauchen: weil wir ohne Grundlagenforschung auch kein Internet hätten und nur Briefe schreiben könnten. Oft braucht man einen langen Atem – aber der zahlt sich aus.

Seit April steht Gattringer an der Spitze des Wissenschaftsfonds FWF.

Aus: Die Presse, 05.06.21 (gekürzt)

Warum Chats in der Politik so gefährlich sind

Von Thomas KRAMAR

Kommunikation. Darf man Chats veröffentlichen? Sind sie nicht privat? Ja, aber zugleich politisch. Genau darin liegt das Problem. Verstärkt wird es durch das Zwitterwesen dieses Mediums: Es ist schriftlich, hat aber mündlichen Charakter.

Den Chat – also eine Folge von Nachrichten via SMS oder ähnlichen Kanälen (z. B. Signal, WhatsApp) – kann man als Tratsch übersetzen. Er ist zwar kein Twitter-, aber ein Zwitterwesen. Er ist offensichtlich eine Form schriftlicher Kommunikation, hat aber etliche Züge mündlicher Unterhaltung. Ein SMS ist etwas formloser als ein E-Mail, das wiederum viel formloser als ein papierener Brief ist. Das liegt am schnellen, unmittelbaren Transport der Nachricht, die nicht verhüllt, kuvertiert wird. Sie liegt nicht ab, sie wird instantan geschickt. Dazu kommt, dass sie über das Gerät geschickt wird, das eigentlich zur mündlichen Kommunikation erfunden worden ist: das Telefon. Man spricht sozusagen mit den tippenden Fingern. Die Nähe zum mündlichen Gespräch wird auch durch die schon standardmäßig eingesetzten Emoticons illustriert, die die Gestik und Mimik nachahmen, mit der Menschen gesprochene Rede begleiten. Sie sind ja auch direkt von der Mimik abgeleitet, man denke nur an das wunderbare Zwinker-Emoticon.

Freilich: Ein Chat kann viel relevanter sein als eine Plauderei, das weiß jeder, der schon per SMS oder WhatsApp Termine fixiert hat. Eine solche Botschaft kann man im Gegensatz zum gesprochenen Wort – es sei denn, dieses ist aufgenommen und dadurch fixiert worden – nicht leugnen, man kann sie nicht ungeschehen machen, sie liegt vor, steht fest. Ältere Politikredakteure erzählen gern, dass einst in Sozialpartnerkreisen der Spruch „Jedes Schriftl ist ein Giftl“ kursierte. Auch ein Chat ist potenziell toxisch.

Mündlich offenbarte Geheimnisse bleiben zwar nicht immer unterm Tisch, aber wer sie weitererzählt, zerstört erstens seine Vertrauenswürdigkeit – nach dem Schema: Wenn er mir weitererzählt, was ihm ein anderer anvertraut hat, warum soll er nicht einem anderen weitererzählen, was ich ihm anvertraue? –, zweitens aber hat er keinen Beweis in der Hand. Er könnte genauso gut lügen. Eine mündliche und nur mündlich überlieferte Beleidigung ist immer eine halbe Sache.

Bei einem Chat ist das ganz anders. Die Intimität und Formlosigkeit, die diese Form ausstrahlt, täuscht. Wir sind unwillkürlich davon überzeugt: Was jemand geschrieben hat, und sei es betrunken um zwei Uhr früh, das wiegt mehr als das gesprochene Wort. Es bleibt auch

nicht zuverlässig „unter uns“, im Freundeskreis oder in der Familie. Es kann gegen einen verwendet werden, diese Erfahrung machen derzeit ÖVP-Politiker und Menschen aus ihrem Umfeld, die in ihren Chats offenbar nicht nur die Formalitäten, sondern auch einiges an Anstand vergessen haben. Man möchte gern darauf vertrauen, dass auch in noch so geselliger parteinaher Runde einer, der von Beamten als „Tieren“ und von nicht privilegierten Menschen als „Pöbel“ spricht, mindestens ein Kopfschütteln in der Runde auslöst. Dass es auf harsche Gegenrede stößt, wenn er über einen Betriebsrat knapp „Weg damit“ sagt. Dieses Vertrauen ist zumindest erschüttert.

Oder ist der pseudomündliche Chat vielleicht sogar anfälliger für solche Exzesse als die echte mündliche Kommunikation? Immerhin fehlt ihm dieses direkte mimische und gestische Feedback, der Signal-Emittent ist physisch und psychisch allein, isoliert an seinem Gerät, schickt seine knappen Botschaften in die Welt hinaus, zwanglos wie der einstige US-Präsident Donald Trump, der nächtens ohne Rücksicht auf Rechtschreibung und Interpunktion zu twittern gepflegt hat, was ihm durch den Kopf gegangen ist und was zugleich Politik, im ärgsten Fall Weltpolitik bedeutet hat. Der Unterschied ist offensichtlich – der Tweet geht an alle, das SMS nur an einen intimen Kreis –, doch der emotionale Kontext ist ähnlich: Enthemmung, Verzicht auf Selbstkontrolle. Aus diesem Grund reagierten Diplomaten besonders verstört auf die Trumpsche Kommunikation. Sie wissen gut, dass Politik der Kontrolle und Selbstkontrolle bedarf, und damit der Formalitäten, der geordneten Bahnen. Enthemmung in der Form fördert Enthemmung im Inhalt; der Gestus des einsamen In-die-Welthinaus-Postens fördert Allmachtsfantasien. Die zutage gekommenen Chats im ÖVP-Umfeld legen die Interpretation nah, dass sich solche Enthemmung auch auf eine traute Runde von Chattern übertragen kann, die sozusagen Politik auf private Weise zu betreiben wähnt, im kleinen Kreis, unter Freunden, in der „Familie“.

Das soll keinesfalls bedeuten, dass Politik nur durch die Kommunikationsform bestimmt wird, aber sie wird dadurch geprägt. Gewiss, das Öffentlichmachen von halb privaten, halb politischen Chats ist eine heikle Sache. Aber vielleicht trägt es dazu bei, Politiker davon zu überzeugen, dass sie gut daran tun, die Grenze zwischen Privatem und Politischem möglichst scharf zu ziehen. Auch in ihrer Kommunikation.

Aus: Die Presse, 07.06.21 (gekürzt)

Ruiniert Korruption die Konvergenz in der EU?

Von Anders ASLUND

Die EU-Beitrittsländer holen wirtschaftlich auf. Länder wie die Ukraine stecken in einem Niemandsland zwischen der EU und Russland.

Der große französische Historiker Fernand Braudel lehrte uns, nach den von ihm als „longue duree“ bezeichneten langfristigen Entwicklungen in der Geschichte Ausschau zu halten. Im Kontext der vergangenen 30 Jahre lässt sich eine derartige Entwicklung an der wachsenden wirtschaftlichen Kluft zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern, die der EU beitraten, und jenen, die das nicht taten, ablesen. Mit fast doppelt so hohen Wachstumsraten wie ihre östlichen Nachbarn holen die Beitrittsländer allmählich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten auf; Länder, die der EU nicht beitraten, stecken in einem Niemandsland zwischen EU und Russland fest.

Und die Ukraine ist nicht das einzige Beispiel. Die belarussische und die russische Wirtschaft stagnieren seit 2012. Russlands Misere auf den fallenden Ölpreis zu schieben ist keine Erklärung, warum die Ukraine und Weißrussland einem ähnlichen Muster folgen. Freilich geriet Russland auch durch die Sanktionen des Westens nach der illegalen Annexion der Krim im Jahr 2014 unter Druck. Die Ukraine büßte aufgrund der militärischen Aggression Russlands 17 Prozent des BIPs ein, und das, obwohl sie zwischen 2016 und 2019 ein bescheidenes jährliches Wachstum von drei Prozent aufgewiesen hatte. Unterdessen haben ost- und mitteleuropäische EU-Länder dank einheimischen Unternehmergeists und ausländischer Direktinvestitionen einen Aufschwung erlebt.

Ein Grund, warum es den ehemaligen Sowjetstaaten so schlecht geht, während die mittel- und osteuropäischen Länder florieren, besteht darin, dass die mittel- und osteuropäischen Länder Anfang der 1990er-Jahre erfolgreich Assoziierungsabkommen mit der EU abgeschlossen haben. Angesichts ihres guten Zugangs zum EU-Markt hatten sie bis Mitte der 1990er-Jahre zwei Drittel ihres Handelsvolumens von der ehemaligen Sowjetunion in die EU verlagert. Durch den Einstieg in europäische Lieferketten gelang es ihnen, zu den wichtigsten europäischen Autoherstellern aufzusteigen. Der Schlüsselfaktor für den Erfolg dieser Länder war die verbesserte Qualität der wirtschaftlichen Governance. Um für eine EU-Mitgliedschaft infrage zu kommen, waren ost- und mitteleuropäische Länder gezwungen, EU-Recht zu übernehmen. Nach einem langen bürokratischen Prozess führten diese Länder die für das

Funktionieren einer offenen Marktwirtschaft notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen ein. Das Geheimnis ist jedoch, dass drei bis vier Prozent des jährlichen BIPs der mittel- und osteuropäischen Länder aus EU-Zuschüssen stammen, bei denen es sich um ein zweischneidiges Schwert handelt. Einerseits sind die EU-Strukturfonds der Grund, warum alle Hauptstädte der neueren Mitgliedstaaten über schöne neue Flughäfen und Autobahnen verfügen. Andererseits sind solche Projekte anfälliger für Korruption – daher auch der fragwürdig erworbene Reichtum vieler ungarischer Geschäftsleute aus dem engeren Kreis um Viktor Orban.

Es stellt sich also die Frage, ob die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften ihre Fortschritte beibehalten können. Vor deren EU-Beitritt befürchteten EU-Aufsichtsinstitutionen, dass diese Länder ihre Governance nur bis zum Datum ihres EU-Beitritts verbessern würden, doch die Realität präsentiert sich komplizierter. Alle neuen EU-Mitglieder haben ihre Governance tatsächlich über viele Jahre gestärkt und so dafür gesorgt, dass immer mehr ausländische Direktinvestitionen in die jeweiligen Länder flossen. Und ein paar Länder verbessern sich weiter. Mittlerweile sind Estland und Litauen die am wenigsten korrupten ehemaligen kommunistischen Länder.

Laut Transparency International ist allerdings in einigen der ehemals führenden Transformationsländer mittlerweile eine drastische Verschlechterung im Bereich Governance eingetreten. Für die EU könnte dieser Rückzug aus der guten Governance zu einer existenziellen Frage werden, denn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören zusammen. Obwohl Ungarn und Polen wesentliche EU-Demokratiekriterien verletzt haben, profitieren sie weiterhin von massiven EU-Fördermitteln. Und obwohl die EU Rumänien und Bulgarien besondere Bedingungen auferlegte, gehen diese Maßnahmen nicht weit genug. Laut Freedom House befindet sich die Demokratie seit 2005 weltweit auf dem Rückzug. Weniger als je zuvor darf die EU jetzt einen Rückschritt in der Frage der Governance zulassen. Glücklicherweise ist die Union entschlossener geworden, wenn es darum geht, härtere Bedingungen durchzusetzen, insbesondere im Rahmen des 750 Milliarden Euro schweren Aufbauplans für Europa unter dem Titel „Next Generation EU“. Der Kurs der ehemaligen Sowjetstaaten ist eine traurige Mahnung, warum sich die EU sowohl auf eigenem Terrain als auch in anderen Ländern für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen muss.

Aus : Die Presse, 04.06.21 (gekürzt)

Geopolitik? Klingt wie Truppenbewegung!

Warum Millennials das strategische Denken in der Außenpolitik so schwer fällt

Von Ulrike Franke

Die Welt, in der meine Freunde und ich lebten, war im Vergleich zu dem, was ich in Geschichte lernte, wenig aufregend. Geschichte war weit weg, die ideologischen Schlachten waren Querelen aus einer Zeit, als man das richtige politische System noch nicht gefunden hatte. Die aktuelle Situation war gemütlich, aber auch ziemlich langweilig. Von dieser Gemütlichkeit ist wenig geblieben. Wenn in der kommenden Woche der amerikanische Präsident Joe Biden zum ersten Mal nach Europa reist, um am Nato-Gipfel, am G7-Gipfel und an einem Treffen mit den Staats- und Regierungschefs der EU teilzunehmen sowie Wladimir Putin zu treffen, wird es um große geopolitische Fragen gehen, die die Welt auf den Kopf stellen könnten: um den Umgang mit China, um Russlands Aggressionen, um die politischen Folgen des Klimawandels und um das transatlantische Bündnis selbst.

Wir befinden uns in einer Welt des geopolitischen Umbruchs. In dieser Welt ist die Fähigkeit, strategisch zu denken und geopolitische Machtspiele zu verstehen, von besonderer Bedeutung. Doch die Generation, die dieser Tage beginnt, (außen-)politische Entscheidungspositionen in Deutschland einzunehmen – meine Generation – tut sich mit genau mit dieser Art des Denkens schwer. Die deutschen Millennials – die Generation der in den mittleren 80er bis späten 90er Jahren Geborenen – haben aufgrund ihrer Kindheitserfahrung wenig Übung mit Geopolitik.

Der bulgarische Autor Ivan Krastev bemerkte einmal: „Das Ende der Geschichte war eine amerikanische Idee, aber eine deutsche Realität.“ (Um genau zu sein: Thomas Bagger, ein deutscher Diplomat und Berater des Bundespräsidenten, schreibt dieses Zitat Krastev zu, während Krastev sagt, Bagger sei der Urheber). Er bezog sich damit auf den Titel eines Aufsatzes des amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama, der die These vertrat, nach dem Fall der Sowjetunion werde sich die liberale Demokratie überall auf der Welt endgültig durchsetzen. Ich würde Krastevs Urteil hinzufügen: Das Ende der Geschichte war nicht nur eine deutsche Realität – heute ist es ein Millennial-Problem.

Denn Krastev hat recht: Das „Ende der Geschichte“ – sowohl im Sinne des Endes der ideologischen Kämpfe, wie Francis Fukuyama es eigentlich meinte, als auch einfach im Sinne von „Es passiert nichts mehr“ – war in den Jahrzehnten nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 deutsche Realität. Nach der Wiedervereinigung geborene Deutsche sind zwar mit dem

11. September 2001, den Kriegen gegen den Terror und der Finanzkrise groß geworden. Deutschland erschien allerdings oft wie die Insel der Glückseligen. Selbst als die Bundeswehr nach Afghanistan ging, änderte sich für die Gesellschaft zu Hause wenig. Auch innenpolitisch erlebten wir eine außerordentliche Kontinuität: Ich bin 33 Jahre alt und habe unter drei Kanzlern gelebt. Ein gleichaltriger Amerikaner kommt auf sechs Präsidentschaften. Italien hatte in derselben Zeit fast 20 Premierminister. Für meine Generation war Kontinuität die Norm.

Diejenigen, die in dieser Zeit groß geworden sind, stehen nun vor einer Herausforderung: Die Wahrheiten, die wir internalisiert haben, passen nicht mehr. Unsere Erfahrungen haben dazu geführt, dass wir geopolitischen Machtkämpfen mit Unverständnis begegnen, uns Interessenpolitik fremd ist, die Idee des Militärischen als geopolitischer Machtfaktor abschreckt – und wir nie wirklich gelernt haben, strategisch zu denken. Ein deutscher Vertreter meiner Generation sagte einmal zu mir: „Geopolitik klingt irgendwie nach Truppenbewegung“ – und damit ist das Problem eigentlich perfekt auf den Punkt gebracht.

Deutsche Millennials denken außenpolitisch eher in den Kategorien Werte und Gefühle, weniger in Interessen. Meine Generation hat eine romantische Vorstellung von internationalen Beziehungen. Wir verstehen Allianzen als Freundschaften, und Meinungsverschiedenheiten als Unterschiede im Werteverständnis. Außerdem tun sich deutsche Millennials schwer mit der Vorstellung, dass militärische Mittel ein Teil geopolitischer Macht sind.

Es reicht aber nicht, zu hoffen, dass die liberale Weltordnung sich von alleine einrenken wird. Um Herausforderungen wie der Klimakrise oder dem Aufstieg Chinas zu begegnen, werden wir lernen müssen, neu zu denken und zu handeln – strategisch. Das bedeutet, die eigenen Interessen zu definieren, Strategien zu formulieren, unsere Fähigkeiten zu evaluieren und sie aufzustocken, wo nötig. So können wir dafür sorgen, dass Deutschland und Europa sicher und wohlhabend bleiben, die liberale Weltordnung aufrechterhalten wird und wir gerüstet sind für die nächsten Herausforderungen. Es ist unsere Aufgabe, Deutschland für sie stark zu machen – und für all diejenigen, die jetzt gerade in ihren Kinderzimmern sitzen und Songs hören.

Aus: Der Tagesspiegel, 06.06.21 (gekürzt)

Verschwörungstheorien den Nährboden entziehen

Gastkommentar von Astrid Rossegger, Thomas Noll, Jérôme Endrass

Coronavirus hat unsere Gesellschaft in eine Krise geführt. Und die Geschichte lehrt uns, dass gesellschaftliche Krisen den Glauben an Verschwörungstheorien fördern. Die Ungewissheit, wie sich die Pandemie in Zukunft entwickeln wird, ein empfundener Kontrollverlust, löst bei vielen Unsicherheit und Angst aus. Verschwörungstheorien geben in unsicheren Zeiten ein gewisses Gefühl der Kontrolle und somit auch der Sicherheit. Die Geschichte lehrt uns auch, dass sich viele Verschwörungstheorien antisemitischen Gedankenguts bedienen. Zu Zeiten der Pest-Pandemien wurde der jüdischen Bevölkerung unterstellt, das Wasser in den Brunnen verunreinigt zu haben, nach der Spanischen Grippe wurde die Theorie der jüdischen Weltverschwörung populär.

Wie sieht es heute aus? Die antisemitischen Verschwörungstheorien haben unter dem Einfluss der Corona-Epidemie an Beachtung gewonnen. So wird Juden unterstellt, dass sie das Virus absichtlich in die Welt gesetzt haben. Oder es wird behauptet, dass es das Coronavirus gar nicht gebe und die Pandemie eine von einflussreichen jüdischen Familien orchestrierte Krise sei – um mittels Impfung Menschen zu sterilisieren oder umzubringen.

Besonders aktiv beim Verbreiten von Verschwörungstheorien ist die QAnon-Bewegung, die so viele unterschiedliche Verschwörungstheorien zusammenführt, dass der Kern der Bewegung im Folgen von Verschwörungstheorien besteht – egal, welcher Provenienz. Der Slogan der QAnon-Bewegung «Do your own research» ist eine Absage an alle etablierten Medien- und Wissenschaftskanäle und legt die Grundlagen für die Rezeption von sogenannten Theorien (besser: Lügen), die sich im Ausmass der Absurdität gegenseitig toppen. Dabei wird stark auf etablierte Verschwörungstheorien zurückgegriffen, und zu diesen gehören insbesondere die antisemitischen. Besonders perfide – wenn in dem Kontext ein inhaltlicher Komparativ überhaupt noch zulässig ist – ist dabei die Verschwörungstheorie der «Protokolle der Weisen von Zion»: Diese aus dem Zarenreich stammende Unterstellung besagt, dass sich Juden weltweit im Untergrund organisieren, um die Weltherrschaft zu erlangen. Es erübrigt sich, hier weiter auszuführen, wie absurd diese Behauptung ist. Interessanterweise hat sich die Schweiz – repräsentiert über die Berner Gerichte – in den 1930er Jahren die Mühe gemacht, diese destruktive Theorie als das zu entlarven, was sie war bzw. immer noch ist: ein skrupelloses politisches Verleumdungswerk. Das hat die Nazis freilich nicht davon abgehalten, sich auf diese Theorie abzustützen, genauso wenig wie später kommunistische Regime oder nationalistische Bewegungen in arabischen Ländern.

Der grosse Bereich einer Überlappung von Verschwörungstheorien und politischem Extremismus rückt das Phänomen in den Fokus der forensischen Wissenschaften. Verschwörungstheorien dienen nicht nur für politische Agitation, sondern auch für schwere Straftaten als Legitimation – von Attentaten bis hin zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ein Zusammenhang zwischen dem Rückgriff auf Verschwörungstheorien und der Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, konnte sowohl für Rechtsradikale als auch für Salafisten aufgezeigt werden. Verschwörungstheorien haben somit eine Relevanz als rassistisch motivierte und extremistische Gewalt – auch wenn die grosse Mehrheit der Anhänger von Verschwörungstheorien keine Attentate verübt. Aus forensischer Perspektive zeigt sich derzeit eine weitere problematische Entwicklung: Das Feindbild «Jude» oder «Israel» wird zu einem Bindeglied von Gruppierungen, die auf den ersten Blick wenig gemeinsam haben – ein Beispiel ist die Allianz zwischen Rechtsradikalen, Querdenkern und muslimischen Antisemiten. «Jews will not replace us», skandierten rechtsradikale Verschwörungstheoretiker, und «Kill Jews» grölten linksextreme Fanatiker.

Was können wir tun? Zum einen muss Verschwörungstheorien der Nährboden entzogen werden, indem kritische Dialoge gefördert werden. Es ist falsch, wenn Menschen, die Corona-Massnahmen kritisieren, als Spinner und Verschwörungstheoretiker abgestempelt werden. Tut man das, werden sie sich früher oder später tatsächlich im Lager der Verschwörungstheoretiker einfinden. Weiter weiss man, dass schlechte Information und vor allem eine hohe psychosoziale Belastung die Ansprechbarkeit für Verschwörungstheorien erhöhen. Auch dagegen kann man etwas tun, indem in einer Pandemie auf eine Vermittlung der kritischen Inhalte besonders viel Wert gelegt wird und psychosoziale Hilfe grossgeschrieben wird.

Das sind alles Punkte, deren Umsetzung in der Schweiz gar nicht schlecht geglückt ist; im Gegensatz zu Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und den USA hat hier die Anzahl der antisemitischen Übergriffe bisher keine Zunahme erfahren. Das ist ein gutes Zeichen und kann auch für andere Länder einen Weg weisen. Gleichzeitig soll es aber eine Mahnung sein, wachsam zu bleiben und Verschwörungstheorien und Feindseligkeiten rasch und entschlossen entgegenzutreten.

Astrid Rossegger, Thomas Noll und Jérôme Endrass, Forschung und Entwicklung des JuWe (Justizvollzug und Wiedereingliederung) Zürich.

Aus: Neue Zürcher Zeitung, 02.06.21

Pflegereform: Die Pflege verdient mehr

Die Politik will Tariflöhne in der Altenpflege erzwingen. Das ist gut, doch zu wenig, um den Pflegenotstand zu bekämpfen. Es braucht mehr als etwas bessere Löhne.

Ein Kommentar von David Gutensohn

In diesen Tagen bereitet die große Koalition ein Gesetz vor, mit dem sie sagen will: Wir haben verstanden. Ein Gesetz, das Gesundheitsminister Jens Spahn und Arbeitsminister Hubertus Heil "Pflegereform" nennen. Doch weder gilt das Gesetz für die gesamte Pflege, noch ist es eine grundlegende Reform. Vielmehr soll es dafür sorgen, dass die Fachkräfte in der Altenpflege mehr verdienen. Doch ein Blick in den Entwurf zeigt: Sie hätten mehr verdient.

Ab September 2022 sollen demnach Pflegeheime und Pflegedienste nur noch dann eine Zulassung erhalten, wenn sie Tariflöhne zahlen. Das soll auch für bereits bestehende Betriebe gelten und dafür sorgen, dass Tarifverträge anerkannt oder neu verhandelt werden. Nachdem der bundesweit einheitliche Tarifvertrag ausgerechnet am Votum der Caritas gescheitert ist, ist das nun angekündigte Gesetz immerhin der zweitbeste Weg, um höhere Löhne zu erreichen. Denn: Rund die Hälfte der 1,2 Millionen Pflegefachkräfte in der deutschen Altenpflege wird nicht nach Tarif bezahlt.

Doch was heißt das? Wie viel mehr bleibt den Pflegefachkräften nach dem neuen Gesetz? Der Bundesarbeitsminister geht davon aus, dass dadurch der Lohn für eine Vollzeitkraft um bis zu 300 Euro im Monat steigen kann. Klingt gut. Nur: Die wenigsten Menschen in der Altenpflege arbeiten in Vollzeit. Genauer: 28 Prozent der Angestellten in der ambulanten und 29 Prozent in der stationären Pflege. Der Rest ist in Teilzeit beschäftigt oder noch in der Ausbildung. Die Lohnerhöhung der meisten Pflegekräfte fällt also deutlich niedriger aus, vor allem, wenn man bedenkt, dass darauf auch noch Steuern und Abgaben gezahlt werden müssen. Ein kleiner Zuschlag ab dem Herbst des kommenden Jahres, das soll jetzt die Lösung für die Pflegekrise sein?

Zur Erinnerung: In der Bundesrepublik fehlen laut dem Deutschen Institut der Wirtschaft bis 2035 mehr als 300.000 Pflegefachpersonen. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, seit Jahren stark zu und wird weiter steigen. Ein Gesetz, das pflegende Angehörige und Beschäftigte in Krankenhäusern ausklammert und für die

Altenpflege nur eine geringe Lohnsteigerung erzwingt, ist ein Anfang, aber keine Reform der Pflege, die es so dringend bräuchte.

Schon der Zeitpunkt des Gesetzes zeigt, dass man nicht viel davon erwarten darf. Hubertus Heil hat sich mit seiner Forderung durchgesetzt und will damit punkten, sein Kollege Jens Spahn wollte die Reform unbedingt vor dem Wahlkampf verabschieden. Dann können die Minister auf jeder Bühne und in allen Talkshows davon sprechen, dass sie doch gehandelt hätten. Die Regierung selbst will erst im Jahr 2025 prüfen, ob die Löhne in der Branche dadurch signifikant gestiegen sind, so steht es im Gesetzesentwurf. So lange kann die Lösung des Pflegenotstandes aber nicht warten. Das jetzt Beschlossene ist so effektiv wie einen Eimer Wasser in einen Hausbrand zu kippen und nach Stunden zu schauen, ob das ausgereicht hat.

Gleichzeitig ist die Finanzierung der sogenannten Pflegereform zu Recht umstritten: Die Eigenanteile der Pflegebedürftigen werden schrittweise gesenkt, was schon seit Langem gefordert wird, damit nicht noch mehr von ihnen und ihren Angehörigen auf Sozialhilfe angewiesen sind. Ein Fortschritt. Gleichzeitig soll die Reform aber neben einem Zuschuss aus Steuermitteln dadurch finanziert werden, indem der Beitrag für kinderlose Versicherte um 0,1 Prozent auf 3,4 Prozent des Bruttogehalts steigt, während Eltern weiterhin 3,05 Prozent einzahlen. Letztendlich zahlen also vor allem die Jungen die Reform – und diejenigen, die sich nicht dem klassischen Familienmodell mit Kindern unterordnen.

Ausgerechnet im gesamtgesellschaftlich so wichtigen Thema der Pflegefinanzierung verstärkt die große Koalition also die eine Spaltung zwischen den Generationen. Ein fatales Zeichen, denn für mehr Pflegekräfte und deutlich bessere Löhne braucht es mehr als nur einen Zuschuss und den kleinen Beitrag einer einzelnen gesellschaftlichen Gruppe. Es braucht endlich eine gesetzliche Pflegevollversicherung, eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen – auch Beamtinnen, Beamte und Selbstständige. Nur dann wäre es möglich, der Forderung des Deutschen Pflegerats nach einem Einstiegsgehalt von 4.000 Euro brutto für Pflegefachkräfte möglichst nahezukommen und einen Anreiz zu bieten, den Beruf zu erlernen und Arbeitszeiten aufzustocken. Ein solches Gesetz hätte dann auch den Namen Pflegereform verdient.

David Gutensohn schreibt über Arbeit und Soziales und ist Sohn von zwei Pflegekräften.

Aus: Die Zeit, 31.05.2021 (gekürzt)

<https://www.zeit.de/arbeit/2021-05/pflegereform-tarifloehne-pflegenotstand-arbeitsbedingungen-gehalt-jens-spahn-gesundheitssystem>

Versöhnungsabkommen mit Namibia: Es geht nicht um Zugeständnisse, sondern ums Ganze

Eine Kolumne von Michael Thumann

Wie sühnt man den Völkermord an den Herero und Nama? Die Dimension des Unrechts hat auch die Erwartungen an seine Wiedergutmachung in Namibia übergroß werden lassen.

Die gemeinsame Erklärung von Deutschland und Namibia über die Aufarbeitung deutscher Verbrechen vor knapp 100 Jahren sollte ein Meilenstein Berliner Aussöhnungspolitik sein. Doch einige Nachfahren der Betroffenen empören sich nun über die Erklärung. Sprechen von "Beleidigung", "schlechten Absichten", von Arroganz und Herabsetzung. Das "genügt nicht für das Blut unserer Ahnen!", sagt Vekuii Rukoro, der Paramount Chief einer Herero-Gemeinschaft. Und fordert Reparationen statt Erklärungen.

Wie sühnt man den Völkermord an den Herero und Nama? Es geht um die Vertreibung und systematische Ermordung von Herero und Nama durch deutsche Truppen ab 1904, das größte Verbrechen der kurzen Berliner Kolonialgeschichte. Die Dimension des Unrechts hat auch die Erwartungen an seine Wiedergutmachung übergroß werden lassen – und das steht nun einer Aussöhnung entgegen.

Dabei hatten die Delegationen Namibias und Deutschlands im Mai eine Erklärung paraphiert, die sich durchaus sehen ließ. Deutschland wird offiziell seine Schuld am Völkermord anerkennen, der Bundespräsident soll nach Namibia reisen, Deutschland bittet um Vergebung und wird Namibia über 30 Jahre insgesamt 1,1 Milliarden Euro zahlen. Das Geld soll fast in Gänze jenen Gemeinschaften zugutekommen, die damals unter den deutschen Truppen zu leiden hatten. In den Regionen der Herero und Nama sollten Landwirtschaft und Berufsbildung gefördert, die Wasserversorgung und Infrastruktur ausgebaut werden. Das haben die Namibier unter Einschluss von namhaften Herero-Vertretern und die Deutschen unter Leitung des CDU-Politikers und ehemaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag Ruprecht Polenz ausgehandelt.

Die Regierung Namibias führte die Verhandlungen seit September 2015, um mit den Deutschen zu einer Übereinkunft zu finden. In der Regierung sitzen viele Vertreter der Owambo, Namibias größter Volksgruppe, denen manche Herero vorwerfen, ihre Anliegen zu ignorieren. Doch standen auch namhafte Herero-Vertreter ausdrücklich hinter dem "Dialog mit Deutschland" und beteiligten sich aktiv daran. Manche der Verhandler schweigen jedoch

heute nach der Erklärung, manche Regierungsvertreter distanzieren sich. Das ist symptomatisch für die zerstrittene Szene in Namibia.

Charismatischen Vertretern der Herero ist es wichtiger, ihre Forderungen durchzusetzen, als in Verhandlungen Federn lassen zu müssen. Während die Verhandlungen liefen, klagten sie in New York gegen Deutschland. Erwartungen und deutsch-namibische Realität klafften weit auseinander. Rukoro und andere fordern "Reparationen" und individuelle Entschädigungen für die Nachfahren.

Zwei Missverständnisse liegen dem zugrunde. Erstens zahlen aller historischen Erfahrung nach nur besiegte Staaten "Reparationen", eine Leistung unter Zwang. Deshalb läuft heute alles auf freiwillige Berliner Ausgleichszahlungen, aber nicht auf "Reparationen" im engen Wortsinn hinaus. Zweitens ist nach 100 Jahren bei sehr dünner oder nicht mehr vorhandener Aktenlage schwer zu klären, wessen Ururgroßeltern was genau verloren haben und welcher individuelle Anspruch daraus heute erwächst. Was ist der Vergleichsmaßstab, was bekommen die Ururenkel, was die Nachbarn? Statt Versöhnung dürfte ein Riesenstreit um persönliche Entschädigungen die Folge sein.

In den sechs Jahren der Verhandlungen wuchsen die Hoffnungen auf Reparationen immer weiter. Im Umlauf sind Forderungen bis zu dreistelligen Milliardenhöhen. Wer so steil einsteigt, kann die von Deutschland angebotene Summe von 1,1 Milliarden nur als knauserig und womöglich beleidigend empfinden. Aus dieser Sicht würde es auch kaum helfen, wenn man in Berlin noch etwas nachlegen würde. Es geht nicht um Zugeständnisse, sondern ums Ganze.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist derzeit schwer vorstellbar. Es ist wahrscheinlich, dass die deutsch-namibische Erklärung, wenn sie denn von den Außenministern gemeinsam verabschiedet und mit dem Besuch des Bundespräsidenten dekoriert wird, nur mehr ein Schritt in einer langen, schwierigen Aussöhnung sein wird. Einen Unterschied würde es machen, wenn die deutschen Ausgleichszahlungen in den Zielregionen zügig ankämen und wenn sie dort spürbar die Lebensverhältnisse verbesserten. Dann könnten die Menschen der neuen Realität mehr glauben als den Erwartungen ihrer politischen Führer.

Aus: Die Zeit, 04.06.2021 (gekürzt)

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-06/namibia-versoehnungsabkommen-ablehnung-voelkermord-deutschland-kolonialverbrechen-herero-nama-5vor8>

Das Beben von München: Kardinal Marx bietet Papst Franziskus seinen Rücktritt an

Von Alexander Kissler

Der Erzbischof von München und Freising sieht im sexuellen Missbrauch und bei dessen Aufarbeitung ein «institutionelles Versagen» der katholischen Kirche. Diese steht nun vor gewaltigen inneren Verschiebungen – in machtpolitischer wie in theologischer Hinsicht.

Einen Tag nach dem katholischen Feiertag Fronleichnam gab der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx, an diesem Freitag bekannt, dass er dem Papst seinen Rücktritt angeboten habe. Ob Franziskus das Angebot annimmt, ist ungewiss. Priester und Kardinal wird Marx ohnehin bleiben. Dennoch bedeutet dieser Tag nach dem «Hochfest des Leibes und des Blutes Jesu Christi» ein Beben in der katholischen Kirche von Deutschland, wie es lange keines gab. Das Rücktrittsangebot ist dreierlei: ein kirchenpolitisches Signal, eine theologische Wegmarke und ein persönliches Drama.

In seinem Schreiben an den Papst, das zu veröffentlichen Marx von Franziskus autorisiert wurde, schreibt der 67-jährige Westfale, er wolle «Mitverantwortung tragen für die Katastrophe des sexuellen Missbrauchs durch Amtsträger der Kirche in den vergangenen Jahrzehnten». Neben persönlicher Verantwortung gebe es auch eine «Mitschuld der Institution». Dieses «institutionelle Versagen» fordere zu «Veränderungen und zur Reform der Kirche heraus».

Konkret plädiert Marx für den auch von ihm angestossenen «synodalen Weg», einen mehrjährigen Gesprächsprozess von Laien und Priestern, mit dem die katholische Kirche über strukturelle wie theologische Konsequenzen aus den Missbrauchsskandalen berät. Als Franziskus unlängst einen synodalen Prozess für die Gesamtkirche ausrief, schrieb Marx sich das Copyright zugute. Er sei «dankbar, dass der Papst diesen synodalen Weg jetzt auf die Kirche weltweit ausgeweitet hat». Die Kirche insgesamt, so Marx Ende Mai, stehe vor Zerreißproben.

Nun teilt der Kardinal in einer persönlichen Note mit, es bedürfe einer «umfassenderen Erneuerung», die über «mögliche konkrete Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit, einschliesslich der Frage nach den jeweiligen Verantwortlichkeiten», hinausgehe. Er sehe mit Sorge, «dass sich in den letzten Monaten eine Tendenz bemerkbar macht, die systemischen Ursachen und Gefährdungen, oder sagen wir ruhig die grundsätzlichen theologischen Fragen, auszuklammern und die Aufarbeitung auf eine Verbesserung der Verwaltung zu reduzieren».

Mit dieser Deutung wie durch den Hinweis, er wolle «um eines notwendigen Neuanfangs willen» zurücktreten, wendet sich Marx einmal mehr gegen seinen grossen Gegenspieler im deutschen Episkopat, den Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki. Diesem steht eine Untersuchung durch den Vatikan ins Haus. Der Kardinal von Stockholm und der Bischof von Rotterdam sollen in einer Apostolischen Visitation klären, ob die Missbrauchsfälle im Erzbistum Köln angemessen aufgearbeitet worden sind. Die zwei bis jetzt vorliegenden Gutachten lassen demnach Fragen offen.

Damit ist die kirchenpolitische Dimension nicht erschöpft. In den 27 katholischen Diözesen in Deutschland gibt es mit Marx und Woelki genau zwei Kardinäle. Der eine bietet seinen Rücktritt an, der andere sieht sich einer Bugwelle des Misstrauens ausgesetzt. Gemeinden rebellieren gegen Woelki, Priester lehnen sich auf, die Austritte nehmen zu.

Theologisch stellt das Rücktrittsangebot eine Wegmarke dar, weil Marx von einer «Mitschuld der Institution» spricht. Schuld ist – anders als Verantwortung – eine theologische Kategorie. Wenn die Kirche und nicht nur der einzelne Täter Schuld auf sich geladen hat, muss die Kirche als Ganzes, abermals theologisch gesprochen, zur Beichte. Marx sieht die Kirche reif für ein Schuldbekenntnis und für neue theologische Wege – möglicherweise hin zum Diakonat der Frau und zur gemeinsamen Eucharistie von Katholiken und Protestanten, weg vom Zölibat. Vor der Presse bekräftigte Marx am Freitagnachmittag, es brauche eine «Erneuerung und Reform der Kirche insgesamt». Amtsmüde sei er nicht, er glaube an eine neue Epoche des Christentums.

Dennoch ist das Rücktrittsangebot wohl auch Ausdruck einer Glaubenskrise. In den letzten Monaten und Jahren hatte Marx verstärkt als Sozialethiker und Politiker auf sich aufmerksam gemacht. Zum urkatholischen Fronleichnamfest erinnerte er an den Völkermord deutscher Kolonialtruppen an den Herero. Er unterstützt die zivile Seenotrettung im Mittelmeer finanziell. Insofern verknoten sich in dem dramatischen Rücktrittsangebot des Kardinals fast alle gegenwärtigen Probleme und Herausforderungen der katholischen Kirche.

Aus: Neue Zürcher Zeitung, 04.06.2021 (gekürzt)

<https://www.nzz.ch/international/deutschland/kardinal-marx-bietet-papst-franziskus-seinen-ruecktritt-an-id.1628737>

Demokratie in Sachsen-Anhalt: Ein Land und seine Klimamacher

Von Cornelius Pollmer, Magdeburg

Seit fünf Jahren spricht die AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt, zuweilen schreit sie auch. Wie wirkt sich ihre dauerhafte Präsenz auf Politik und Zivilgesellschaft aus? Ein Mann aus Magdeburg hat ganz genau zugeschaut und hingehört.

Schon 2016 hatte es schließlich lauter geknallt als sonst zu Silvester. Mit fast einem Viertel der Stimmen war die AfD in den Landtag eingezogen, seit Sonntag steht fest, dass sie dort stark bleiben wird, wenn auch nicht so stark, wie sie gehofft hatte. Jedenfalls, fünf Jahre hat sie dort nun gesessen, gesprochen, geschrien. Mit welchen Folgen, auf lange Sicht gesehen?

Der Mann, der darüber besser Auskunft geben kann als andere, heißt David Begrich und sitzt auf einer Bank im Magdeburger Stadtteil Stadtfeld. Begrich gehört dem Verein "Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit" an, und wenn man ihn nun bittet, am Wahltag Bilanz zu ziehen von fünf Jahren AfD im Landtag, dann tut er dies in zwei Teilen. Im ersten Teil der Legislatur, sagt Begrich, habe die Partei vor allem "das fröhliche Wechselspiel von Provokation und Tabubruch gespielt". Und die politischen Gegner hätten sich oft genug auf diese Weise vorführen lassen.

Schon dieses Spiel wirkte sich über den Landtag hinaus auf die Gesellschaft aus. Bereits im Frühjahr 2018 beklagten Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Einzelpersonen in einer gemeinsamen Erklärung eine Atmosphäre "der Angst und der Denunziation". Seit der Landtagswahl verfüge "der Angriff auf die demokratische Zivilgesellschaft mit der AfD-Fraktion über ein parlamentarisches Podium". Hinzu kam, dass die CDU im Landtag in dieser Phase immer wieder damit auffiel, sich von dieser AfD entweder nur ungelenkt abzugrenzen oder sogar deren Nähe zu suchen. So hatte etwa beide Parteien versucht, sich mit Kritik an einem geplanten Konzert der linken Punkband Feine Sahne Fischfilet zu profilieren.

Im zweiten Teil der Legislatur wiederum, sagt Begrich, hätten "die anderen Parteien begriffen, dass es zwar wichtig ist, sich mit der AfD sachpolitisch auseinanderzusetzen, aber ohne diese Zwangsfixierung." Die Kunst sei es, zu unterscheiden: Eine Provokation lässt sich mit etwas Gelassenheit auch mal unkommentiert aushalten, ein Tabubruch hingegen muss markiert werden. Für die AfD hatte dieser Lernschritt zur Folge, dass sie ihre Strategie ändern musste. Wo anfangs nicht nur Begrich "in jeder Landtagssitzung irgendeine NS-Invektive"

beobachtete, versuche die AfD inzwischen viel häufiger, auf andere Weise zu eskalieren. Jetzt kämen vor allem "ganz klare Kulturkampfansagen".

Außerhalb des Landtages lassen sich Effekte der AfD-Präsenz natürlich weniger genau beobachten. Begrich sagt aber, die Polarisierung gesellschaftlicher Debatten sei in Sachsen-Anhalt noch größer als im Bund, er macht "eine Entgrenzung von rassistischen und nationalistischen Beschimpfungen" aus. Wenn aber das Klima rauer werde, müsse man das qualifizieren. Wer sind die Klimamacher? "Da hat jemand wie Hans-Thomas Tillschneider großen Anteil, der für die AfD im Landtag schärfste Reden gehalten hat, mit Tabubrüchen, die man vorher nicht für möglich gehalten hatte."

So wie die Partei Tillschneiders auf Gegner im Landtag erheblichen Druck aufgebaut hat, gilt dies auch für größere Teile der Zivilgesellschaft. Begrich sagt, ein Effekt davon sei, "dass in der Auseinandersetzung mit der AfD viele Akteure an Kontur gewonnen haben". Man könne bei der Berichterstattung von außen manchmal "den Eindruck erhalten, es gibt in Sachsen-Anhalt die AfD, und es gibt sonst nur großes Schweigen, das stimmt aber nicht. Wir haben hier eine lebendige Zivilgesellschaft, nur funktioniert sie anders als in den alten Bundesländern, und das hat zeithistorische Gründe". Statt großer Akteure und Institutionen gebe es in Sachsen-Anhalt Netzwerke und Einzelpersonen, "die eine unendlich zähe und kleinteilige Arbeit auch im ländlichen Raum leisten; die Ausstrahlung haben, Charisma und Ideen".

Andererseits weckte die AfD nicht nur Kräfte, sondern verschliss sie auch. "Was ich gleichzeitig wahrnehme, ist, dass es so eine Erschöpfung gibt, sich permanent mit denen auseinandersetzen zu müssen", sagt Begrich, und da kann er gleich bei sich selbst beginnen. Immer wieder Eskalation, immer wieder Gegenarbeit – wer wird den längeren Atem haben?

Und dennoch, auch das habe er in den vergangenen fünf Jahren gelernt: Die Menschen, "die Demokratie und Zukunft gestalten wollen, die Ideen haben, die dabei vielleicht auch mal Fehler machen", müsse man noch mehr stärken. Demokratie, sagt Begrich "ist ein Wert an sich und dieser Wert ist nicht selbstverständlich, auch wenn sich das jetzt – Verzeihung – anhört wie aus irgendeinem Lehrbuch".

Aus: Süddeutsche Zeitung, 06.06.2021 (gekürzt)
<https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-sachsen-anhalt-1.5314120>

Kirche kritisiert Islam-Landkarte, Muslimische Jugend fordert Polizeischutz

Der Verein hat angekündigt, Beschwerde bei der Datenschutzbehörde einlegen zu wollen

Wien (APA) – Die Muslimische Jugend Österreich (MJÖ) fordert Polizeischutz für Betroffene, deren Adressen in der von der Dokumentationsstelle Politischer Islam vorgelegten "Islam-Landkarte" veröffentlicht wurden. Außerdem pochte die Organisation am Dienstag auf die Löschung der Webseite und kündigte eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde sowie ein Auskunftsbegehren an. Kritik an der Landkarte kam erstmals auch von der katholischen Bischofskonferenz, die vor "Bespitzelung" warnte.

Die von Ednan Aslan, Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Wien, initiierte Karte stelle Muslime "unter Generalverdacht", sagte Sabir Ansari, Vorsitzender der Bundesjugendvertretung der MJÖ. Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) hatte das zuvor bestritten und erklärt, die "Islam-Landkarte", die Informationen über mehr als 600 muslimische Vereine enthält und auch deren Stellung zum politischen Islam auslotet, könne auch für Muslime selbst von Nutzen sein.

Für MJÖ-Pressesprecherin Hager Abouwarda ausschlaggebend ist der Kontext der Präsentation der Karte unter dem Dach der Dokumentationsstelle Politischer Islam: "Das tut Musliminnen und Muslimen keinen Service und setzt sie Gefahren aus", sagte sie. Angriffe gegen Muslime sowie die Schändung einer Moschee in Graz seien seit der Veröffentlichung der Karte publik geworden.

Die MJÖ kündigte deshalb in einer Pressekonferenz mehrere Schritte an: In einem Auskunftsbegehren an die Verantwortlichen möchte sie erfragen, woher die gesammelten Daten stammen und wie mit ihnen umgegangen wird. Aufgrund des "massiven Sicherheitsrisikos", das nun auf Muslime zukomme, fordert der Verein die Löschung der Karte und will Beschwerde bei der Datenschutzbehörde einlegen. "Wir fordern umgehend Polizeischutz für alle Einrichtungen, Moscheen und Personen, die von der Veröffentlichung der Adressen betroffen sind", so Ansari. Privatadressen von Vereinen, die keinen festen Bürositz haben, seien veröffentlicht worden. Die zuvor in den Raum gestellte Klage werde laut MJÖ derzeit von einer Anwältin geprüft.

Raab verteidigte am Dienstag am Rande einer Pressekonferenz das Projekt erneut. Die Landkarte sei ein Forschungsprojekt: Dementsprechend müsse man auch die Freiheit der Wissenschaft sehen. Auch inhaltlich hält sie die Karte für den "absolut richtigen Weg": Es sei

wichtig, eine Trennlinie zwischen dem Islam als Religion und dem politischen Islam zu ziehen. Es gehe bei dem Projekt um österreichische Vereine, die ihre Daten bekanntgeben, in Österreich um Mitglieder werben und eventuell Fördergelder beantragen wollen. Wie groß die Gefahr aus dem islamistischen Eck sei, würden nicht zuletzt die Morddrohungen gegen beteiligte Wissenschaftler zeigen.

Am Dienstag äußerte sich auch erstmals die katholische Kirche kritisch zur Landkarte. Es erscheine "fragwürdig, warum staatliche Behörden nun einseitig eine Landkarte mit flächendeckenden Informationen und Bewertungen zu allen Institutionen einer einzelnen Religionsgemeinschaft erstellen", sagte der geschäftsführende Vorsitzende der Kommission Weltreligionen der Österreichischen Bischofskonferenz, Markus Ladstätter. Der Religionswissenschaftler an der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule (KPH) Graz kritisierte im Gespräch mit Kathpress mögliche "Bespitzelung" und hinterfragte den von der Regierung behaupteten "Service"-Charakter.

Österreich habe ein bewährtes System der Beziehungen zwischen Staat und Religion, hielt Ladstätter fest. Es sehe eine grundsätzliche Trennung bei gleichzeitiger Kooperation vor – und weise in seiner Ausgestaltung in vielem international vorbildliche Qualitäten auf. Mit der Landkarte liege eine Ungleichbehandlung vor, kritisiert er. Die Karte sei offensichtlich als "Instrument im Kampf gegen einen 'politischen Islam'" zu verstehen. Genau darin liegt laut Ladstätter das Problem: Durch die gemeinsame Präsentation von "Islam" und "Islamismus" bzw. "politischem Islam" entstehe – "ungewollt oder gewollt" – eine Vermischung dieser beiden Inhalte. Dies werde zur Belastung für alle friedlichen, gläubigen Muslime.

Auch von anderen Seiten war bereits zuvor Kritik an der "Islam-Landkarte" gekommen, darunter etwa von Grünen, Neos und SPÖ sowie dem evangelisch-lutherischen Bischof Michael Chalupka und einem Beauftragten des Europarats. Die Universität Wien verbot die Verwendung ihres Logos. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hatte sich hinter die Karte gestellt, die FPÖ sah sich in ihren Warnungen zur Migration aus muslimischen Ländern bestätigt.

Aus: Der Standard, 01.06.2021 (gekürzt)

<https://www.derstandard.at/story/2000127087655/kirche-kritisiert-islam-landkarte-muslimische-jugend-fordert-polizeischutz>

Kritische Erinnerung. Der Geist von Erwin Rommel in Aalen

Von Rüdiger Soldt

Achtzig Jahre nach Erwin Rommels Panzerschlachten in Nordafrika ist in der badenwürttembergischen Stadt Aalen plötzlich wieder häufiger von dem Generalfeldmarschall die Rede. „Enkelin des Wüstenfuchses will Oberbürgermeisterin werden“, schrieb die Lokalzeitung vor ein paar Wochen und griff bereitwillig den propagandistischen Begriff auf, mit dem die Nationalsozialisten die militärischen Erfolge des Generals in den Wochenschauen gefeiert hatten. Erwin Rommel ging in Aalen zur Schule, seine Familie stammte von dort.

Am 4. Juli sind Oberbürgermeisterwahlen in der Stadt auf der Ostalb. Und die 56 Jahre alte Unternehmensberaterin Catherine Rommel, die vom Sohn des Militärs, dem früheren Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU), adoptiert worden war, tritt ebenfalls an. Die Ankündigung ihrer Kandidatur war eine von mehreren Überraschungen in einem ungewöhnlichen Wahlkampf in der 68 000-Einwohner-Stadt.

Catherine Rommel will Wirtschaft und Vereinsleben nach der Corona-Krise wieder ankurbeln, sie wirbt mit einer „Kultur des Zuhörens“ und ihrer Familientradition für sich: „Mein Urgroßvater war Rektor am Schubart-Gymnasium, seine Kinder Helene, Erwin, Karl und Gerhard sind hier aufgewachsen, und meine Mutter begann ihre Arbeit als junge Lehrerin ebenso am Schubart-Gymnasium“, schreibt sie in einem Flyer. Mehr sagt sie zu Erwin Rommel nicht.

Ob ihr Name der CDU im Wahlkampf hilft, lässt sich schwer einschätzen. Catherine Rommel versucht natürlich, vom großen Nachruhm ihres verstorbenen Adoptivvaters zu profitieren, der von 1974 bis 1996 im Stuttgarter Rathaus saß – aus heutiger Sicht unvorstellbar lang. „Kein Mensch hat mich mehr geprägt als mein Vater“, sagt sie. „Sein klarer Verstand, der Humor, die Ruhe, die Gelassenheit, die Betonung des Verbindenden – das hat mich geprägt und das habe ich von ihm gelernt.“ Die Altersgruppe der unter Vierzigjährigen könne mit ihrem Vater nicht mehr viel anfangen. Tatsächlich dürften die jüngeren Wähler kaum noch eine Vorstellung von der Politik oder der Person Manfred Rommels haben.

Die Erinnerung an Erwin Rommel, Hitlers „Lieblingsgeneral“, ist in Ostwürttemberg immer noch für eine geschichtspolitische Kontroverse gut. Das Bild vom „schwäbischen Widerstandskämpfer“ ist von der historischen Forschung mittlerweile allerdings widerlegt

worden. Der Militärhistoriker Peter Lieb beurteilt Rommels Rolle ambivalent: Er sei von den Elementen der nationalsozialistischen Ideologie zeitweise sehr angetan gewesen, aber kein Antisemit, kein Kriegsverbrecher, kein Durchhaltefanatiker und auch kein Schreibtischtäter gewesen. Gleichzeitig habe er dem „Führer“ stets loyal gedient, die „Führerbefehle“ zur Exekution von Partisanen habe er gekannt. Zum engsten Kreis der Männer des 20. Juli habe er nicht gehört, die Nähe zum Widerstand erst spät gesucht. Auch wenn er an den operativen Vorbereitungen des Anschlags auf Hitler nicht beteiligt gewesen sei, müsse man ihm „einen festen Platz im militärischen Widerstand“ einräumen.

Deshalb wird die Erinnerung an Rommel nun neuerdings auch in Aalen, ähnlich wie in Heidenheim, in einen breiteren historischen Kontext gerückt: Im Umfeld der 1955 nach ihm benannten Straße sind Ende April vier Stelen und ein Erinnerungspult aufgestellt worden. Die Stelen erinnern nicht nur an Rommel, sondern auch an den von Nazis ermordeten württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz, den 1934 aus dem Amt gedrängten ehemaligen Oberbürgermeister Friedrich Schwarz sowie den Gewerkschafter und Sozialdemokraten Karl Mikeler, der im Konzentrationslager auf dem Ulmer Heuberg interniert worden war.

„Nichts wäre ungeschickter gewesen, als die Erinnerung an Rommel pauschal auszuradieren und die Straße kommentarlos umzubenennen“, sagt Georg Wendt, der Leiter des Aalener Stadtarchivs. „Dann würde keine Auseinandersetzung stattfinden. So stellen wir den historischen Kontext her und zeigen, dass Rommel Opfer und Täter zugleich war.“ Wendt hat das Stelen-Modell und eine Unterrichtseinheit für die Aalener Schüler über Rommel mit einigen Fachhistorikern maßgeblich entwickelt. Die historische Kontextualisierung wurde im Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen. Die Grünen plädierten mehrheitlich für die Umbenennung der Straße und den Entzug der Ehrenbürgerschaft. Catherine Rommel wurde zu dem Projekt auch befragt. Sie sprach sich für die Aufstellung der Stelen aus.

Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, FAZ.NET, 07.06.2021 (gekürzt)
<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/erwin-rommel-in-aalen-enkelin-will-bei-ob-wahl-antreten-17375622.html>

Sprachwandel Ist Österreichisch eine eigene Sprache?

Von Alois Pumhösel

Die Frage, ob es eine österreichische Hochsprache braucht, entzweit die Sprachwissenschaft. Ein neues Buch sagt: ja, unbedingt.

Rezension

Warum sprechen die Österreicher nicht ihr eigenes Deutsch? Warum müssen sie, wenn sie "schön sprechen" sollen, eine Hochsprache verwenden, die nicht voll und ganz die ihre ist? Warum wird den Menschen eingepflegt, dass ein deutsches Deutsch besser ist als das österreichische? Warum muss man mit diesem linguistischen Minderwertigkeitskomplex leben?

Das sind Fragen, die den Anglisten und Germanisten Stefan Dollinger umtreiben. In seinem vor kurzem erschienenen Buch "Österreichisches Deutsch oder Deutsch in Österreich?" erklärt er in einer Vielzahl von Argumentationslinien, warum es eine "österreichische Varietät der Standardsprache", also eine – bewusst großgeschriebene – Österreichische Hochsprache braucht, die sich abgekoppelt von Duden und Co eigenständig entwickeln kann. Dass viele der vermeintlichen österreichischen Standardformen in der Germanistik lediglich als Dialektausdrücke betrachtet werden, findet er von Grund auf falsch.

Viele Menschen in diesem Land können Anklänge an diesen Gedanken in ihrer eigenen Biografie finden: typischerweise in der Schule, wo Dialekt vielleicht verpönt war und wo mit der Forderung des "Schönsprechens" ein deutscher Sprachimport gemeint war. Dollinger selbst erinnert sich in seinem leicht lesbaren Buch, das neben seinen wissenschaftlichen Perspektiven viele Exkurse und persönliche Anekdoten bereithält, an einen seiner Lehrer, der den Duden für einen Porsche hielt, das Österreichische Wörterbuch aber lediglich für einen VW-Käfer.

Ein zentrales Argument Dollingers ist, dass die Etablierung einer eigenen Standardvarietät nicht nur eine linguistische, sondern vor allem eine soziopolitische Angelegenheit ist. Dafür gebe es viele historische Beispiele – etwa die Abspaltung des Niederländischen oder des Luxemburgischen vom Deutschen oder die Herausbildung der verschiedenen Landesvarietäten, die das Englische in den vergangenen Jahrzehnten durchgemacht hat, vom

Amerikanischen über das Kanadische bis zum Jamaikanischen Englisch – ein Bereich, in dem der Anglist viel geforscht hat.

Es braucht hier den nationalen Rahmen, sowohl den identitätsstiftenden Charakter als auch die Macht, per Schulbildung und Amtssprache Einfluss zu nehmen. Man müsse Meister im eigenen Haus sein, um das Selbstbewusstsein zu entwickeln, sich kosmopolitisch gegenüber der Welt zu öffnen, schwingt hier mit.

Auf den Punkt gebracht werden die Zusammenhänge von einem Satz, den der Linguist Max Weinreich verbreitet hat und der Dollinger besonders wichtig ist: "Eine Sprache ist ein Dialekt mit einem Heer und einer Kriegsflotte." Standardsprachen seien immer künstlich geschaffene Sprachen, und sie bilden Machtverhältnisse ab.

Dollingers Argumentation fußt zudem auf der Theorie der Plurizentrik, für die die Herausbildung mehrerer Standards – wie im Englischen – eine ganz natürliche Sache ist. Auch im Deutschen gebe es laut Dollinger also keine monolithische Einheitssprache mit ihren regionalen Dialekten, sondern auch hier mehrere Standards, deren Formen und Dialekte sich zum Teil auch überschneiden.

Die Österreicher sollen ihr "Gewand", ihren "Fleckerlteppich", ihren "Topfen" und ihren "Jänner" also nicht geringschätzen. Sie sollen sogar selbstbewusst "der Virus" sagen dürfen, selbst in wissenschaftlichen Kontexten. Auch ein herzhaftes "Eh!" oder "Das geht sich aus" seien keine minderen Formen, sondern haben durchaus Standardsprachen-Potenzial.

Dass Dollinger in seinem Buch frei von der Leber weg – und auch durchaus konfrontativ gegenüber der österreichischen Germanistik – argumentieren kann, hat wohl auch damit zu tun, dass er nicht in Österreich forscht. Er ist Professor an der University of British Columbia in Vancouver in Kanada.

Geprägt von den Entwicklungen in den englischen Sprachräumen, attestiert er zumindest einem Teil der einschlägigen Forschung in Österreich Konservatismus, Ignoranz – und bundesdeutsche Einflussnahme. Es gehe nicht nur um das Quantifizieren von Unterschieden zwischen verschiedenen Sprachräumen, sondern die österreichische Standardsprache habe mit Identität, kulturellem Selbstverständnis und Emanzipation zu tun.

Aus: Der Standard, 11.05.2021

<https://www.derstandard.at/story/2000126376002/ist-oesterreichisch-eine-eigene-sprache>

Stolz und Irritation

Volkan Agar

11.11.2020, TAZ

Özlem Türeci und Uğur Şahin haben einen Impfstoff gegen das Coronavirus entwickelt. Jetzt interessieren sich viele für ihre Herkunft. Warum?

5 Stolz. Das war das erste Gefühl, das ich empfunden habe, als diese Nachricht kam: Özlem Türeci und Uğur Şahin haben in ihrem Mainzer Pharmaunternehmen Biontech einen Impfstoff gegen das Coronavirus entwickelt. Am Montag gaben sie bekannt, dass eine Zwischenanalyse eine Wirksamkeit von 90 Prozent ergeben habe.

10 Auf diesen Stolz folgte schnell Irritation. Denn stolz auf etwas zu sein, das jemand anderes getan hat, ist mindestens merkwürdig. Gefährlich wird dieser Stolz, wenn ihn Menschen mit Bezug auf eine imaginierte Gemeinschaft empfinden: Nationalstolz oder religiöser Stolz. Mein Stolz hatte auch etwas mit Gemeinschaft zu tun, war aber kein aggressiver, narzisstischer oder feindseliger, wie ihn Menschen empfinden, wenn sie sich bei Fußballweltmeisterschaften im Krieg gegen andere Nationen wähnen.

Pipi-in-den-Augen¹-Stolz

15 Er war ein gerührter, erleichterter Pipi-in-den-Augen-Stolz, den ich nicht als Teil einer Nationalgemeinschaft, vielleicht aber einer Leidensgemeinschaft empfand: Türeci und Şahin sind Kinder von türkischen Migrant:innen, Şahin ist zudem Sohn eines Arbeiters, der in den Kölner Ford-Werken arbeitete. Und ausgerechnet die beiden lassen die Welt nach Monaten einer globalen existenziellen Krise auf bessere Zeiten hoffen. Viele Menschen mit ähnlichen Biografien freuten sich in den sozialen Medien, und waren auch stolz.

20 Meine Irritation blieb. Denn die Herkunft der beiden Forscher:innen interessierte auch andere sehr. „Vom Gastarbeiterkind zum Weltretter“, überschrieb die *Rheinische Post*, und der *Tagesspiegel* tat dies mit der Zeile „Von Einwandererkindern zu Multi-Milliardären“. Andere Zeitungen erzählten spätestens nach den ersten Absätzen eine erfolgreiche Migrationsgeschichte. Auch die taz stieg mit der Herkunft der beiden in einen Text ein, um daraufhin zu sagen, dass Herkunft eigentlich keine Rolle spielen sollte. Und türkische Medien waren so richtig aus dem Häuschen: „Die Welt spricht über die zwei Türken, die die Menschheit gerettet haben“, lautete die Überschrift des regierungsnahen Mediums *A Haber*.

30 Erregt-schillernde Wortmeldungen in den sozialen Medien ergänzten die Berichterstattung: Die einen sahen in der Nachricht den Beweis dafür, dass Multikulti doch nicht gescheitert war; andere twitterten sie als Spitze gegen die AfD, weil es einen Impfstoff nicht geben würde, wenn man Stimmen aus deren Reihen gefolgt wäre und Deutschtürk:innen in Anatolien entsorgt hätte; Konservative in der Türkei waren stolz auf Menschen, für die sie sich normalerweise nur vor türkischen Wahlen interessieren; ein FDP-Bundestagsabgeordneter sah sogar Globalisierungs- und Kapitalismuskritik widerlegt.

35 Die einen freuten sich, weil Menschen mit ähnlichen Biografien wie sie, die viel zu lange abgewertet wurden, nun die Welt veränderten; die anderen trafen sich auf dem Jahrmarkt der Projektionen und lasen aus der Nachricht über Türeci und Şahin das heraus, was sie herauslesen wollten.

Noch vergangene Woche gab es andere Helden zu feiern: Beim islamistischen Terroranschlag in Wien hatten drei junge Männer mit türkischen und palästinensischen Wurzeln einer Frau und einem

¹ Pipi in den Augen haben = Tränen in den Augen haben

40 Polizisten geholfen. Die österreichische und internationale Presse feierte sie. Der Schriftsteller Richard Schuberth kritisierte den „hysterischen Enthusiasmus“ darüber, dass auch Muslime hilfsbereit sind. „Die rechte Totalidentifikation dieser Menschen als Muslime wird von links projektiv übernommen“, schrieb er.

Handarbeit? Kopfarbeit!

45 Der besondere Fokus auf die Herkunft der Held:innen zeigt, dass die Euphorischen ihnen ihre Heldentaten eigentlich nicht zugetraut hätten – im Fall der Wissenschaftler:innen Türeci und insbesondere des Arbeitersohns Şahin geht es auch um die Kopfarbeit, die man Menschen nicht zutraut, deren Eltern einst für lästige Handarbeit nach Deutschland gekommen sind. Zugleich zeigt sich, dass die Anerkennung dieser Menschen in Deutschland an Bedingungen geknüpft ist: Nur ein Migrant, der viel leistet, ist ein guter Migrant. Und vielleicht irgendwann auch einmal unhinterfragter Teil dieser Gesellschaft.

50 Ich bin immer noch stolz. Aber ich weiß auch: Solange wir uns nicht primär über die gute Tat selbst, sondern darüber freuen, dass sie von Menschen mit Migrationshintergrund und aus Arbeiterfamilien begangen wurde, so lange gibt es noch viel zu tun in diesem Land.

Quelle : Deutsche Welle (www.dw.com), 20. April 2021

Söder versus Laschet – Aufbruch sieht anders aus

Die CDU zweifelt an sich selbst - anders ist das unwürdige Vorgehen bei der Auswahl des Kanzlerkandidaten nicht zu erklären. Da hilft auf Dauer nur ein einziger Ausweg, meint Christoph Strack.

von CHRISTOPH STRACK

Es gibt für Unionspolitiker Ereignisse im Leid und Leben ihrer Partei, die unvergessen bleiben, und die immer auch mit der Gegenwart verglichen werden. Der CSU-Putsch von Kreuth zum Beispiel, als die Bayern 1976 die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag aufkündigten. Oder die bleierne Zeit der letzten Jahre unter Kanzler Kohl bis 1998. Der FAZ-Artikel, mit dem Ende 1999 die damalige Generalsekretärin Angela Merkel das politische Ende von Helmut Kohl einläutete. Unionsvertreter können davon immer noch mit Spannung erzählen.

Der lange Abend im CDU-Bundesvorstand an diesem 19. April gehört ab sofort dazu. Da rudern Spitzenpolitiker durch stürmische See, der eine nach hier, die andere nach dort. Orientierung suchend. Nervös. Und klar ist: Irgendwie werden diese Stunden der Entscheidung auch die Partei verändern. Eigentlich gilt die CDU doch als Kanzlerpartei oder, seit Merkel, als Kanzlerinnenpartei.

Eine gespaltene und zweifelnde CDU

Seit gut 90 Tagen ist Armin Laschet Vorsitzender der CDU. Er hat lange gekämpft für dieses Amt. Als CDU-Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslandes war er für die Führung der Bundespartei prädestiniert. Ist die CDU in Nordrhein-Westfalen stark, ist sie im Bund stark - das galt lange. Nicht erst seit diesem Parteitag, aber erst recht bei diesem Parteitag, auf dem Laschet sich als Vorsitzender durchsetzte, wurde mit Wucht deutlich, wie sehr die CDU gespalten ist. Gelegentlich wirkt sie wie viele kleine CDU-en. Je nach Land, je nach Interessengruppe, nach Generation. Und deswegen trauen viele dem eigenen Front-Mann nicht, schauen auf den Mitbewerber der CSU, auf Markus Söder.

Seit vielen Wochen war klar: Wenn der CDU-Vorsitzende Armin Laschet Spitzenkandidat der Union werden möchte, dann wird er das auch. Dann schwächelte diese Gewissheit - stürzte geradezu ab. Und doch stützt der Bundesvorstand der Partei, die wahrlich nicht revolutionär agiert, sondern für Kontinuität und Behäbigkeit¹ steht, ihren Vorsitzenden. Denn würde der 60-jährige Laschet nicht Spitzenkandidat, könnte er sich auch als Parteichef nur schwer halten. Dabei hat die Partei Laschets Vorgängerin Annegret Kramp-Karrenbauer schon so behandelt, dass sie nach nur gut einem Jahr die Brocken hinwarf².

Eine Partei in Selbstzweifeln und auf der Suche nach Vergewisserung. Die es nicht mehr schafft, in ihren bewährten Zirkeln der Macht - sei es die kleine Runde der beiden Parteivorsitzenden oder der Bundesvorstand - offene Worte zu sprechen, ohne dass Details nach außen dringen. Eine Partei,

1 die Behäbigkeit : le calme, la sérénité

2 die Brocken hinwerfen = aufgeben

deren langjährige Vorsitzende und amtierende Bundeskanzlerin zu all dem schweigt wie eine Sphinx.

Keine gute Voraussetzung für den Wahlkampf

Sie glauben sich selbst nicht - so wirken manche Äußerungen von führenden CDU-Leuten vor und nach der nächtlichen Entscheidung für Armin Laschet. Das ist keine gute Voraussetzung für den Wahlkampf. Dabei gilt Laschet parteiintern als "Kämpfer".

Die Kanzlerschaft steht für das wichtigste politische Amt in Deutschland. Das ist es wert und würdig, um die Kandidatur für dieses Amt zu kämpfen und zu streiten. Unwürdig sollte dieser Streit nie werden. Doch wie sich die Union derzeit zeigt in diesem Ringen, das hat mit der Bürde dieser Würde wenig zu tun.

Dabei steht so viel auf dem Spiel. Es gibt politische Partner der CDU in Europa, die in den vergangenen Jahrzehnten einfach verschwunden sind. Bei aller Schwierigkeit dieses Vergleichs: Auch die *Democrazia Cristiana*, lange Jahre die wichtigste Partei Italiens und bewährter Partner der CDU, hat es über Grundfragen der politischen Orientierung zerrissen. Und über massive Korruption.

Zeit für Erneuerung

Armin Laschet soll und will also Ende September die CDU erneut ins Kanzleramt führen. Er will seine Partei zusammenhalten und erneuern. Aber ein Aufbruch sieht wahrlich anders aus als dieses parteiinterne Zweifeln und Streiten. Das zeigte am Montag die Präsentation der Grünen-Kandidatin Annalena Baerbock.

Nach 16 Jahren Helmut Kohl schickten die Wähler die CDU zur Erneuerung in die Opposition. Nach 16 Jahren Angela Merkel führt nun ein geschwächter Armin Laschet eine schwächelnde Partei. Sie braucht Zeit für Erneuerung.

Kurz vor Blödland

Dietmar Hipp, Wolfgang Höbel, Ulrike Knöfel, Nils Minkmar, Carola Padtberg, Celine Wegert
07.11.2020, *Der Spiegel*

Kaum Auftritte, kaum Einnahmen: Die Pandemie stürzt viele Künstlerinnen und Künstler in die Krise. Die zugesagten Hilfen kommen nur langsam an. Dabei könnte die Branche den Umbruch nutzen – und so das Land verändern.

Eigentlich sind sich alle einig: Deutschland ist eine Kulturnation. Die kulturelle Identität des Landes, die sich in der frühen Neuzeit herausbildete, die gemeinsame Sprache, Schrift und Musik, ging seiner politischen Einheit lange voraus – die kam erst 1871. In diesem Sinne erwähnt auch das Grundgesetz die damals gängigen Kultursparten schon im fünften Artikel: Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Zusammen mit Presse, Schulbildung, Religion und den Familien sind diese Bereiche die Basis der aufgeklärten deutschen Nachkriegsgesellschaft. Gebildet und irgendwie auch kultiviert zu sein, das gehört zum kollektiven deutschen Selbstbild dazu. Die Kulturlandschaft wird gehegt und gepflegt. Sie ist ein entscheidender Teil der deutschen Identität: Autos bauen und Fußball spielen können auch andere, aber Museen, Konzerthäuser und Theater abseits der Metropolen, die auch auf dem Land für viele gut erreichbar sind, das gibt es auf der Welt selten. Dem Föderalismus sei Dank. Darauf ist das Land der Dichter und Denker stolz. Oder doch nicht? Gilt das nur bei guter Laune und nicht, wenn es für alle eng wird?

Zu dieser Einschätzung könnte man kommen, betrachtet man die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, ihre Ausgestaltung und die Formulierungen der Politik. In der Krise rangiert die Kultur nicht mehr, wie das Grundgesetz es vorsieht, bei Wissenschaft und Bildung, deren Betrieb weitgehend aufrechterhalten wird, sondern bei Freizeitaktivitäten, also Kneipen, Nagelstudios und Bordellen. Eine Entscheidung nach dem Motto: Wenn Bewegung und Kontakte irgendwo einzuschränken sind, dann bitte dort, wo es keinen Menschen ernsthaft juckt. Plötzlich entsteht das Bild einer gespaltenen Gesellschaft: hier die erwachsenen Entscheider, die morgens zur Arbeit gehen und am Abend mit den Kindern Hausaufgaben machen, dort die lustigen Animatoren einer verwöhnten Spaßgesellschaft, denen man schon mal den Stecker ziehen kann. Es ist ein epidemiologisch nur schwer zu begründender Rückfall in eine spießige Zeit, eine kollektive Regression in ein Deutschland, das von Autos, Fleisch und Fußball lebt. Dabei handelt es sich bei Künstlerinnen und Künstlern nicht um randständige Exoten, um bunte Vögel, sondern um wesentliche Stützen der Gesellschaft. Eigentlich. Das Corona-Jahr hat gezeigt, dass die Politik auf diese Stützen nicht mehr baut. [...]

1. hegen = schützen, pflegen

65 Die symbolische Abwertung wäre w
möglich besser zu ertragen, wenn die
Hilfsgelder wenigstens rasch und effektiv
kämen. Denn auch darum geht es den
Kulturschaffenden: um einen materiellen
Trost – doch davon kann bislang keine
Rede sein. Was es gibt, sind wohlklingende
Versprechen und die Möglichkeit, Anträge
zu stellen.

70
75 Kulturstaatsministerin Monika Grütters
verweist gern auf ihr Förderprogramm
»Neustart Kultur«. Etwa eine Milliarde
Euro werde es umfassen, so wurde es im
Juni verkündet; diese »Kulturmilliarde«
ist ein feststehender Begriff geworden,
eine Art Zauberformel, die von den proble
matischeren Aspekten der Kulturpolitik
ablenken soll. [...]

80 Ob und wann dann Geld fließt,
steht in den Sternen.

85 Zumindest bis zuletzt ist von diesem
Geld wenig angekommen. Ganze 50 Mil
lionen Euro sind bis Mitte Oktober geflos
sen, verteilt auf 20 000 Anträge. [...]

90 In einer Kulturnation sind auch die
Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich
um Kultur zu kümmern, die Szene zu un
terstützen und zu beleben. Kultur muss
unüberseh- und unüberhörbar dazu bei
tragen, eine postpandemische Gesellschaft
zu erfinden und zu gestalten. Dazu müssen
die Branchen und Akteure sichtbarer wer
den, müssen sich engagieren und politisie
ren, sich selbst organisieren. Zusätzlich
können, im Sinne der Forderung von Her
bert Grönemeyer nach einer Sonderabga
be von vermögenden Deutschen für die
Kulturbranche, auch Mäzene Geld zur Ver
fügung stellen.

100 Das wäre ganz im Sinne des großen Udo
Lindenberg,² der vor einigen Tagen ein
Statement in eigenwilliger »Udo-Ortho
grafie« auf seinem Facebook-Account ver
öffentlichte: »Wenn da jetzt nicht bald der
wohlverdiente Finanzregen kommt, dann
haben wir hier bald Ödland und danach
kommt dann das Blödland... Ohne knallige
innovative Kultur können wir dann
gleich in Deutschland der zum Teil ver
pennten Autoindustrie hinterhertaumeln
Richtung Abgrund.«

115 Die Krise stellt das Land und seine
Künstlerinnen und Künstler vor eine Iden
titätsfrage: nicht nur, ob Deutschland noch
eine Kulturnation sein möchte, sondern
auch, was für eine. Vielleicht ist jetzt
der Moment für etwas Neues.³

2. Herbert Grönemeyer ist ein
deutscher Sänger.

3. Udo Lindenberg ist ein deutscher
Sänger.

Quelle : Die Süddeutsche Zeitung (www.sueddeutsche.de), 23. April 2021

Alle nicht ganz dicht ?

50 Prominente verbreiten unter dem Hashtag #allesdichtmachen Häme⁵ über die Corona-Politik der Bundesregierung. Die Narrative: Alles Panikmache, die Maßnahmen sind übertrieben, die Medien gleichgeschaltet. Die AfD klatscht Beifall, andere Prominente sind entsetzt.

Von NADESCHDA SCHARFENBERGER

Das Video von Richy Müller zum Beispiel: Der Schauspieler, bekannt vor allem aus dem Stuttgarter "Tatort"⁶, atmet abwechselnd in einen blauen und in einen gelben Müllsack und sagt: "Auf diese Weise komme ich nicht mit der Raumluft in Kontakt und atme auch nicht in die Raumluft aus. Wenn jeder die Zwei-Tüten-Atmung benutzen würde, hätten wir schon längst keinen Lockdown mehr."

Oder sein Kollege Ulrich Tukur, der in seinem Clip mit versteinerner Miene erst ein Gedicht über den Tod vorträgt ("Der Tod ist groß, wir sind die Seinen") und dann "unsere erhabene Regierung" auffordert: "Schließen Sie ausnahmslos jede menschliche Wirkungsstätte und jeden Handelsplatz - nicht nur Theater, Cafés, Schulen, Fabriken, Buchhandlungen, Knopfläden, nein, auch alle Lebensmittelläden, Wochenmärkte und vor allem auch all die Supermärkte." Quintessenz: Wenn wir alle verhungert und mausetot seien, stürbe auch das Virus mit all seinen lästigen Mutanten.[...]

Etwa 50 prominente deutsche Film- und Fernsehschauspieler und -schauspielerinnen [...] kippten unter dem Hashtag #allesdichtmachen auf Instagram und Youtube Häme über die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie aus, am Donnerstagabend luden sie nahezu gleichzeitig ihre Filmbeiträge mit persönlichen Statements hoch. Die Hashtags #allesdichtmachen, #niewiederaufmachen und #lockdownfürimmer wurden am Abend binnen kurzer Zeit zu den am meisten verwendeten bei Twitter in Deutschland.

Die Filme folgen demselben Strickmuster: Es klingt kurz so, als unterstützten die Prominenten die Maßnahmen, doch dann driften sie ab in absurde Vorschläge und Szenarien, die die Politik der Regierung karikieren. Erzählstränge⁷, die immer wieder in den Videos auftauchen: Die Maßnahmen sind übertrieben, alles Panikmache, und die Medien berichten nur das, was die Regierenden ihnen vorgeben. Wirkliches Mitleid mit den 80 000 Covid-Toten in Deutschland ist dagegen nicht zu finden.

Der Initiator: ein bekannter Corona-Verharmloser⁸

Hinter der Aktion steckt laut dem Impressum der zugehörigen Internetseite die Münchner Firma Wunder Am Werk GmbH, der Spiegel zitiert Geschäftsführer Bernd K. Wunder mit dem Satz: "Das

5 die Häme = der Spott

6 Tatort = berühmte Kriminalfilmreihe im deutschen Fernsehen mit Richy Müller, Ulrich Tukur und Christian Ulmen

7 der Erzählstrang = der rote Faden in einer Erzählung

8 ein Corona-Verharmloser = jemand, der die Gefahr des Corona-Virus herunterspielt.

ist Kunst." Wunder ist von Beginn der Pandemie an als Corona-Verharmloser in Erscheinung getreten, auf seinem Instagram-Account ist zum Beispiel ein Beitrag aus dem vergangenen Mai zu finden, in dem er sich einen zotteligen Hund vors Gesicht hält und sich so über selbst genähte Masken lustig macht. Corona sei nicht schlimmer als eine Grippe.

Dialogangebot von Jens Spahn

Die Videos riefen geteilte Reaktionen in den sozialen Netzwerken hervor, wobei vor allem viele andere bekannte Schauspielkolleginnen und -kollegen und weitere Prominente entsetzt reagierten, während Beifall unter anderem von der AfD kam. "Die Schauspieler*innen von #allesdichtmachen können sich ihre Ironie gerne mal tief ins Beatmungsgerät schieben", twitterte Moderator Tobias Schlegl, der auch Notfallsanitäter ist. Medienjournalist Stefan Niggemeier vom Onlinemagazin uebermedien.de schrieb von "ekkliger Ironie" und einem "Dammbruch", der zugleich der "größte Erfolg der Querdenkerszene⁹ bisher" sei.

Der Grünen-Europaabgeordnete Erik Marquardt kritisierte, er finde die Aktion schlecht und "sehe sie als Ausdruck einer zunehmenden Resignation von eigentlich Vernünftigen". Schauspieler Christian Ulmen fühlte sich sogar an den rechten Verschwörungserzähler Ken Jebsen erinnert: Dieser "hätte es nicht schöner sagen können"[...] Satiriker Jan Böhmermann hielt der Aktion bei Twitter entgegen, das einzige Video, das man sich ansehen solle, "wenn man Probleme mit Corona-Eindämmungsmaßnahmen hat", sei die ARD-Doku aus der Berliner Charité mit den Titel "Station 43 - Sterben". Dazu stellte er den Hashtag #allenichtganzdicht und einen weinenden Smiley.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gab sich ausgleichend und äußerte Verständnis dafür, dass Künstler auf Härten der Krise aufmerksam machten, er könne gut verstehen, dass es wehtue, den Beruf über Monate nicht ausüben zu können, sagte er in Berlin. Er habe sich noch nicht selbst alle Videos anschauen können, fände es aber schade, "wenn der Eindruck da wäre, dass es nicht auch kontroverse, abwägende Diskussionen gibt". Dies habe im Bundestag stattgefunden. Er könne sich gut vorstellen, das Gespräch miteinander zu führen. [...]

Die AfD-Bundestagsabgeordnete Joana Cotar twitterte: "Das ist intelligenter Protest." [...]

Und wie ist das bei Heike Makatsch¹⁰? [...] Die Schauspielerin schrieb auf Instagram, sie bereue es zutiefst, wenn sie "rechten Demagogen in die Hände gespielt" habe. In ihrem Post benutzte sie den Hashtag #womöglichgescheitert.

Die Internetseite der Aktion war am Freitag ebenfalls nicht mehr zu erreichen: Error.

9 der Querdenker = jemand, der anders, ja sogar gegen den Wind denkt.

10 deutsche Schauspielerin

Neue Regierung in Baden-Württemberg : Spaziergang für die Grünen

Ministerpräsident Kretschmann und die Südwest-CDU haben ihren nächsten Koalitionsvertrag vorgestellt. Er liest sich wie ein grünes Grundsatzprogramm.

Von Felix Bohr, Stuttgart

Das Titelbild des neuen Koalitionsvertrags ist Programm. Darauf ist ein sonnendurchfluteter Wald am Morgen zu sehen, wild-schöne baden-württembergische Natur – viel Grün, wenig Schwarz.

Knapp acht Wochen nach der Landtagswahl am 14. März haben sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann und die Südwest-CDU auf eine Marschroute für die kommenden fünf Jahre geeinigt. An diesem Mittwoch wurde der Koalitionsvertrag in Stuttgart vorgestellt.

»Der Koalitionsvertrag ist die Blaupause für die Erneuerung, die wir anstreben«, sagte Kretschmann bei der Präsentation. CDU-Landeschef Thomas Strobl sprach von einer »starken Partnerschaft für Innovation.« Alles neu, das war die Botschaft.

Das Ziel der Koalitionäre ist es, Baden-Württemberg klimaneutral zu machen. Die Landespolitik soll auf das 1,5-Grad-Ziel ausgerichtet werden. Die Regierung will unter anderem eine Solarpflicht für neue Gebäude einführen, 1000 Windkraftanlagen schaffen und die Freiflächen-Fotovoltaikanlagen ausbauen. Die ökologische Landwirtschaft soll bis 2030 auf 40 Prozent ausgebaut werden. Hinzu kommt die Transformation der für das Land so wichtigen Automobilindustrie. Schlüsseltechnologien für das emissionsfreie Fahren sollen konsequent gefördert werden.

Dauerjuniorpartner CDU

Kretschmann hatte schon im Wahlkampf angekündigt, dass der Klimaschutz – neben der Bewältigung der Coronakrise – für ihn oberste Priorität habe. Bei der Landtagswahl im März triumphierten seine Grünen dann mit 32,6 Prozent über die Südwest-CDU, die mit 24,1 Prozent eine historische Niederlage einstecken musste. Danach konnte sich Stimmenkönig Kretschmann seinen Koalitionspartner aussuchen. Der konservative Schwabe setzte auf Altbewährtes und entschied sich gegen eine Ampelkoalition mit SPD und FDP. Damit stieß er weite Teile der eigenen Partei vor den Kopf. Sie wollten die CDU eigentlich loswerden.

Die Christdemokraten hatten dem Ministerpräsidenten nach der Wahl schnell deutlich gemacht, dass sie ihm weit entgegenkommen würden. Aus der einstigen »Baden-Württemberg-Partei« ist ein Dauerjuniorpartner von Kretschmanns Gnaden geworden. CDU-Landeschef Strobl nennt das diplomatisch »Konsenskoalition«.

Der beschworene »Konsens« bestand aber offenbar vor allem darin, dass die CDU bei den Koalitionsverhandlungen kurzerhand wichtige Positionen räumte – sehr zum Unwillen der Basis.

So sperrten sich die Christdemokraten noch im vergangenen Jahr erfolgreich gegen die Solarpflicht auf privaten Neubauten. Diese sei »eine unnötige Bevormundung der Bürger und würde das Bauen und Wohnen noch mehr verteuern«, sagte CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart damals. Seine Partei lehnte auch die Lkw-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen bis zuletzt ab, weil sie die Unternehmen im Ländle belasten könnte. Jetzt wurde das Finanzierungsinstrument im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Politik unter Haushaltsvorbehalt

Geld wird die grün-schwarze Koalition gut gebrauchen können. Wegen der horrenden Ausgaben in der Pandemie ist die Haushaltslage angespannt. Bei vielen Plänen aus dem Koalitionsvertrag ist noch nicht ganz klar, wie sie finanziert werden sollen. Das betrifft auch Projekte zum Klimaschutz. Der gesamte Koalitionsvertrag stehe »unter einem Haushaltsvorbehalt«, hatte Ministerpräsident Kretschmann bereits vergangene Woche angekündigt.

»Der Koalitionsvertrag enthält lauter Ankündigungen, aber kaum konkrete Maßnahmen. Das ist kein Aufbruch, sondern Stillstand«, sagt SPD-Landeschef Andreas Stoch, der selbst gern mitregiert hätte. Kretschmann habe nichts Neues gewagt, sondern die für ihn am wenigsten störende Lösung gesucht, so Stoch. Zudem hätten die Christdemokraten »einen politischen Limbotanz hingelegt. Sie sind in allen Bereichen unter ihrer programmatischen Messlatte geblieben«.

Teilnehmende der Koalitionsverhandlungen berichten tatsächlich von einer augenscheinlichen Ideenlosigkeit der CDU. Klar ist aber auch, dass sich deren Taktik machtpolitisch ausgezahlt hat. Kretschmann behandelt seinen dezimierten Koalitionspartner mehr als fair.

Zwar müssen die Christdemokraten das wichtige Kultusministerium an die Grünen abgeben, doch sie besetzen weiterhin fünf von elf Fachressorts, darunter das

Innenministerium und ein neu geschaffenes Ressort für Bauen, Wohnen und Raumplanung.

Die Südwest-CDU will sich mittelfristig als bürgerlich-ökologische Alternative zu den Grünen positionieren – ein Plan, der womöglich auch im Bund bald zum Tragen kommt. Ob er aufgeht, könnte sich bereits bei der kommenden Bundestagswahl im September zeigen. Die grüne Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner aus Heidelberg sagt: »Baden-Württemberg ist ein wichtiges Signal für den Bund.« Der Koalitionsvertrag zeige noch einmal deutlich, wie wichtig ein hoher Stimmenanteil für die Umsetzung der eigenen Politik sei: »Es lohnt sich an der Spitze zu stehen.« (647 mots)

Bildungspolitik: Der Nachhilfeverein

Endlich kommt der Bildungsrat – er soll die Kultusminister beraten, auch mal triezen¹. Sie werden die Empfehlungen des neuen Gremiums nicht ignorieren können.

Von Martin Spiewak

Schon vor der Pandemie galt der Bildungsföderalismus als schwerfällig, zersplittert und weitgehend dysfunktional. Corona hat die Malaisen nun für jeden offengelegt. Statt vorausschauend zu agieren, hechelte die zuständige Kultusministerkonferenz (KMK) von einer Schulschließung zur nächsten.

Nun sucht sie Hilfe bei der Wissenschaft. An diesem Donnerstag gründet die KMK eine "Ständige wissenschaftliche Kommission". 16 Forscher und Forscherinnen sollen die Kultusminister bei Großthemen wie Digitalisierung, Bildungsgerechtigkeit oder Inklusion von nun an beraten. Das Expertengremium wird, wenn es gut läuft, für mehr Verlässlichkeit und Rationalität in der Schulpolitik sorgen. Gleichzeitig setzt der neue Rat einen Kontrapunkt gegen die föderale Verzweigung in der Schulpolitik und hebt die Bildungsdebatte stärker dorthin, wo sie hingehört: auf die nationale Ebene. Dabei schien das Projekt eigentlich gescheitert. Bereits vor zehn Jahren hatten mehrere große Stiftungen einen "Nationalen Bildungsrat" gefordert. Auf der Basis empirischen Wissens solle der Rat "für mehr Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit" im deutschen Bildungswesen sorgen. Die Länder reagierten abwehrend: Kein Bedarf, hieß es, man wisse selbst, wie Bildungspolitik gehe. 2017 nahm die große Koalition den Vorschlag eines Bildungsrates in ihr Regierungsprogramm auf. Es folgten Polemiken gegen "Vorgaben aus Berlin" (die damalige Kultusministerin Baden-Württembergs, Susanne Eisenmann) und gegen ein "bürokratisches Monstrum", das in die bayerischen Schulstuben hineinregieren wolle (Bayerns Ministerpräsident Markus Söder).

Und als sich die KMK schließlich – der Druck war zu groß geworden – die Idee zu eigen machte und ein Gremium aus 16 Experten ankündigte, ätzten Kritiker: Da werde nun wohl jedes Kultusministerium seinen Hauswissenschaftler entsenden; mehr als Gefälligkeitsgutachten seien bei so einer Konstellation kaum zu erwarten. Tatsächlich könnte es anders kommen. Denn die Findungskommission unter der Leitung des einstigen Pisa-Forschers Manfred Prenzel machte sich ohne jede

¹ Triezen : quälen, peinigen, necken.

Einflussnahme der Politik in deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen auf die Suche. Heraus kam eine Liste aus elf Frauen und fünf Männern, die der ZEIT vorliegt. Wissenschaftlich wie politisch sind sie nur schwer angreifbar. Da sind zum Beispiel die Erziehungswissenschaftler Olaf Köller (Kiel) und Felicitas Thiel (Berlin). Beide gehörten zur Qualitätskommission, die der Berliner Schulpolitik im vergangenen Herbst ein überaus kritisches Zeugnis ausstellte (und etwa "unklare Zuständigkeiten" bemängelte).

Auch andere Namen stehen für fachliche Qualität, Unabhängigkeit und einen weiten Blick. Dazu gehören die Mathematik-Professorin Susanne Prediger (Dortmund), der Deutsch-Didaktiker Michael Becker-Mrotzek (Köln) oder die Expertin für die frühe Kindheit Yvonne Anders (Bamberg).

Den ersten Ratschlag benötigt die Politik schon morgen

Viel Zeit, um sich einzuarbeiten, werden sie alle nicht brauchen – zum Glück. Denn den ersten Ratschlag benötigt die Politik am besten schon morgen: Was machen mit den zwei Milliarden Euro, die Bund und Länder ausgeben wollen, um den Folgen der Corona-Krise für Kinder und Jugendliche zu begegnen? Bei aller Freude über die hohe Summe herrscht bei Experten auch Fassungslosigkeit: Es gibt bislang kein Konzept, wie aus dem Geld etwa sinnvolle Lernhilfen werden. Schon jetzt erhalten Kommissionsmitglieder aus Kultusministerien diesbezügliche Anrufe mit Bitte um Ideen. Spätestens bis zu den Sommerferien müssen erste Vorschläge vorliegen.

Wobei nicht garantiert ist, dass die KMK diese auch übernimmt. Die Bildungswissenschaftler werden die Forschungslage sondieren, sinnvolle von weniger sinnvollen Instrumenten trennen und Vorschläge formulieren. Am Ende aber dürfen die Kultusminister in ihren Ländern machen, was sie wollen – so wie sie es bisher schon getan haben. Denn an Vorschlägen und Empfehlungen für eine bessere Bildung hat es bislang nicht gemangelt.

Etwas Entscheidendes ist jetzt aber anders. Diesmal kommen die Vorschläge nicht ungebeten, wie etwa jene von der Bertelsmann Stiftung, die als "nicht legitimiert" oder "neoliberal" abgetan wurde. Auch kann man die Ratgeber nicht als weltfremde Professoren hinstellen, die sich in ihren Studierstuben eine schöne neue Bildungswelt basteln. Diesmal haben die Kultusminister das Gremium selbst eingesetzt, es sind *ihre* Experten. Sie einfach zu ignorieren dürfte den Ministerinnen und Ministern – angesichts einer bei Schulthemen wachen Öffentlichkeit – schwerfallen. Das gilt besonders, sollten die Bildungswissenschaftler der Politik

demnächst ausdrücklich raten, etwas nicht zu tun: kein G9-G8-G9-Hin-und-Her¹, keine Inklusion ohne ausreichende Vorbereitung, kein Englisch ab Klasse eins – um ein paar Irrwege zu nennen. Darin besteht die Leistung der Kultusminister, die man loben sollte: Sie schränken ihren Handlungsspielraum freiwillig ein – zumindest jenen für schlechte Politik.

Ein paar Geburtsfehler hat die neue Kommission dennoch. Rund eine Million Euro pro Jahr sind als Budget für Studien, Reisen und das Personal der Geschäftsstelle vorgesehen; das wird zu wenig sein angesichts der vielen Themen, die es zu beackern gilt. Der Hauptsitz soll Bonn sein: Dorthin wird man kaum hochkarätige Spezialisten locken können, die so ein Gremium als Unterbau für seine Expertisen braucht. Zudem ist die Kommission ein alleiniges Instrument der Länder. Nur an sie berichten die Wissenschaftler, mit ihnen diskutieren sie die Themen. Den Bund wollte die KMK nicht dabei haben. Dabei trägt Berlin einen wachsenden Teil der Bildungskosten, etwa bei der Digitalausstattung, den Ganztagschulen oder den Folgen der Corona-Krise.

Ein selbstbewusster Rat wird mit diesem Problem aber umzugehen wissen. Wer sollte die Wissenschaftler daran hindern, die Position des Bundes zu berücksichtigen, wenn dieser – etwa bei den Kitas oder der dualen Ausbildung – etwas zu sagen hat?

Politikberatung muss in diesem Fall zweierlei leisten: Die Experten müssen die Kultusminister mit Kritik und konkreten Forderungen triezen, ohne jedoch den Blick für das Machbare zu verlieren. Gerade in den ersten Jahren wird es dabei besonders auf die (Doppel-)Spitze der Ständigen wissenschaftlichen Kommission ankommen. Ihre Wahl erfolgt in der ersten Sitzung in wenigen Wochen. Von da an wird man sich das Kürzel "StäwiKo" merken müssen. Die Bildungsrepublik hat einen neuen Akteur.
(904 mots)

¹ G8-G9 bezeichnet die Frage, ob das Abitur nach 8 (G8) oder 9 (G9) Jahren absolviert wird.

Ursula von der Leyen: "Ich fühlte mich verletzt und alleingelassen"

Im Europaparlament vergleicht die Kommissionschefin den "Sofagate"-Vorfall in der Türkei mit Erfahrungen, die viele Frauen täglich machen. Ratspräsident Michel muss sich scharfe Kritik anhören: "Manspreading auf höchster Ebene".

Von Matthias Kolb, Brüssel

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat als Reaktion auf den Sofagate-Vorfall in der Türkei ein klares Plädoyer für mehr Gleichberechtigung in Europa gehalten. Im Europaparlament beschrieb sie am Montagabend, was ihr durch den Kopf ging, als sie im Präsidentenpalast in Ankara auf ein Sofa platziert wurde, während sich EU-Ratspräsident Charles Michel auf einen Sessel neben Recep Tayyip Erdoğan setzte: "Ich fühlte mich verletzt und alleingelassen. Als Frau und als Europäerin."

Sie sei überzeugt, dass viele Frauen im Plenarsaal des Europäischen Parlaments dieses Gefühl der Diskriminierung genau kennen würden, sagte von der Leyen. Es gehe hier nicht um Protokollfragen, sondern um jene Werte, für welche die EU stehe. Sie hatte erwartet, dass sie als erste Frau an der Spitze der EU-Kommission genauso behandelt werde wie die Männer vor ihr. Früher habe es nie an Möbeln gefehlt, auch in den EU-Verträgen gebe es keine Rechtfertigung, sagte von der Leyen: "Ich kann daraus nur schließen, dass ich so behandelt wurde, weil ich eine Frau bin."

Sie wisse, dass sie privilegiert sei, weil sie einer geachteten Institution vorstehe und sich wehren könne. Zudem habe es in Ankara Kameras gegeben, weshalb das Video weltweit für Schlagzeilen gesorgt habe: "Hier gab es keinen Grund für Untertitel oder Übersetzungen. Die Bilder sprachen für sich." Allerdings würden sich parallel Tausende solcher Vorfälle ereignen, von denen niemand Notiz nehme und die meist sehr viel ernster seien, sagte von der Leyen: "Wir müssen sicherstellen, dass diese Geschichten auch erzählt werden."

Ein Instrument dafür sei die Istanbul-Konvention, die Frauen vor Gewalt schützen soll. Scharf kritisierte die Kommissionspräsidentin die Türkei dafür, diesen Vertrag verlassen zu wollen. Dies sei ein schreckliches Signal von einem Gründungsmitglied des Europarats. Allerdings könnte die EU Werte nur glaubwürdig verteidigen, wenn

man auch zu Hause handele. Es sei inakzeptabel, dass mehrere EU-Mitglieder die Konvention noch nicht ratifiziert hätten, rief von der Leyen: "Gewalt gegen Frauen und Kinder ist ein Verbrechen und muss als solches behandelt werden." Die CDU-Politikerin nannte keine Länder, aber die Ratifizierung steht etwa noch in Ungarn, Lettland, Litauen und der Slowakei aus, während Polens Regierung überlegt, diesen Schritt rückgängig zu machen.

Ratspräsident Michel entschuldigt sich erneut

Von der Leyen beklagte die Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transpersonen in der EU ebenso wie die Behandlung von Sinti und Roma. Sie lobte sich selbst dafür, die erste EU-Kommission anzuführen, in der ebenso viele Frauen wie Männer vertreten seien und nahm US-Vizepräsidentin Kamala Harris als Kronzeugin für die These, dass Frauen "Demokratien stärker machen" würden. Von der Leyen, die wegen der Beschaffung der Corona-Impfstoffe gerade in Deutschland enorm kritisiert wurde, nannte als Beispiel, dass Frauen einer Gesellschaft helfen könnten, "maximal erfolgreich" zu sein, die türkischstämmige Biontech-Mitgründerin Özlem Türeci.

Vor von der Leyen hatte EU-Ratspräsident Michel daran erinnert, dass er sein Bedauern über den "Protokollvorfall" mehrfach geäußert hatte. Er entschuldigte sich erneut bei allen, die dadurch verletzt worden seien. So etwas werde nicht mehr vorkommen. Auf die Kritik, dass er am 6. April anders hätte reagieren sollen, sagte der Belgier, er habe die Arbeit der vergangenen Monate nicht gefährden wollen, um die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU zu verbessern. Michel versicherte, dass die EU-Spitzen die schlechte Menschenrechtsslage und die Gängelung von Opposition und Medien bei Erdoğan angesprochen hätten. Von der Leyen hatte zuvor den Respekt für Frauenrechte als wichtige Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Dialogs und die Ausweitung gemeinsamer Programme genannt. Zudem dürfe Ankara im östlichen Mittelmeer nicht mehr provozieren und müsse die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte achten.

In der Debatte konstatierte EVP-Fraktionschef Manfred Weber (CSU) zunächst, dass die EU in Ankara "keine Botschaft der Schwäche" ausgesandt habe. Es folgte viel Dank für von der Leyens klare Worte und viel Kritik an Michel. Sie sei "enttäuscht" über ihn, sagte die Grünen-Fraktionschefin Ska Keller: Von Erdoğan erwarte sie nicht viel, aber Michel sei seiner Vorbildfunktion nicht gerecht geworden. Die Liberale Sophie in 't Veld klagte, dass es auch in der EU "Manspreading auf höchster Ebene"

gebe, während die österreichische Sozialdemokratin Evelyn Regner über die tägliche Diskriminierung von Frauen sprach: "Wir werden kleingemacht und weggeschoben." Viele Abgeordnete hielten Michel vor, seiner Aufgabe nicht gewachsen zu sein. Während der EU-Ratspräsident von einer "ehrlichen und robusten Debatte" sprach und ankündigte, sich künftig doppelt so stark für Gleichberechtigung einzusetzen, dankte von der Leyen für die Unterstützung und Ermutigung durch viele Rednerinnen und Redner. Sie werde sich "unermüdlich" dafür einsetzen, dass Europa mit einer Stimme spreche, sagte sie in Richtung des heftig nickenden Michel: "Und diese Aufgabe werden wir gemeinsam bewältigen." (769 mots)

Unrecht an Nama und Herero : Deutschland will Völkermord „ohne Beschönigung“ benennen

Deutschland erkennt die Gräueltaten an den Nama und den Herero als Völkermord an. Rechtliche Folgen hat die Einigung mit Namibia aber nicht. Der Außenminister spricht von einem „gemeinsamen Weg zu echter Versöhnung“.

Von Friederike Haupt, Berlin

Deutschland und Namibia haben sich auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, die das von der früheren deutschen Kolonialmacht verursachte Unrecht an den Nama und Herero als Völkermord einstuft. Außenminister Heiko Maas (SPD) sagte am Freitagmorgen, er sei „froh und dankbar“, dass es gelungen sei, eine Einigung über „einen gemeinsamen Umgang mit dem dunkelsten Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte zu erzielen“.

Der Einigung zufolge will Deutschland Namibia in den nächsten 30 Jahren 1,1 Milliarden Euro Aufbauhilfe zahlen. Maas sprach von einer „Geste der Anerkennung des unermesslichen Leids, das den Opfern zugefügt wurde“. Ein entsprechendes Papier wurde von den Verhandlungsführern beider Länder vorläufig unterzeichnet und soll bald von den Außenministern unterschrieben werden. Damit würde ein mehr als sechs Jahre währender Verhandlungsprozess beendet.

Deutschland wird jetzt auch offiziell von einem Völkermord sprechen

„Im Lichte der historischen und moralischen Verantwortung Deutschlands werden wir Namibia und die Nachkommen der Opfer um Vergebung bitten“, sagte Maas. „Unser Ziel war und ist, einen gemeinsamen Weg zu echter Versöhnung im Angedenken der Opfer zu finden“, hob der Außenminister hervor. „Dazu gehört, dass wir die Ereignisse der deutschen Kolonialzeit im heutigen Namibia und insbesondere die Gräueltaten in der Zeit von 1904 bis 1908 ohne Schonung und Beschönigung benennen. Wir werden diese Ereignisse jetzt auch offiziell als das bezeichnen, was sie aus heutiger Perspektive waren: ein Völkermord.“

Namibias Regierung begrüßte die Einigung. „Die Anerkennung von Seiten Deutschlands, dass ein Völkermord begangen wurde, ist der erste Schritt in die richtige Richtung“, sagte der Sprecher von Präsident Hage Geingob, Alfredo Hengari, am Freitag der Nachrichtenagentur AFP.

Von der Opposition kam dagegen Kritik: Eine Vertreterin der größten Oppositionspartei, Popular Democratic Movement (PDM), sprach von einer

„Beleidigung“ Namibias. Deutschlands Vertreter hätten „nicht in gutem Glauben verhandelt“, zitiert die Tageszeitung *The Namibian* die Abgeordnete Inna Hengari. Die Vereinbarung sei zum Nachteil der Nachfahren der Herero und Nama.

„Wenn Namibia Geld von Deutschland erhält, sollte es an die traditionellen Anführer der betroffenen Gemeinschaften gehen statt an die Regierung“, kritisiert eine Vertreterin der Partei Landless People's Movement (LPM). Auch der Oppositionsführer Mike Kavekatora von der Rally for Democracy and Progress (RDP) wirft der Regierung vor, die Nama und Herero in dem Prozess „ausgeschlossen“ zu haben: „Ich denke nicht, dass das Beste ist, was Namibias Regierung von Deutschland hätte bekommen können“.

Steinmeier will im Lauf dieses Jahres nach Namibia reisen

An den Gesprächen hatten Abgesandte der Regierungen beider Länder sowie Vertreter der Nama und Herero teilgenommen. Es ging zum einen um die Frage, wie die Vernichtung und Vertreibung Zehntausender Angehöriger der beiden namibischen Volksgemeinschaften durch Truppen des Deutschen Reiches zu bewerten sei. Die Taten waren zwischen 1904 und 1908 verübt worden, zu einer Zeit also, in der das heute geltende Völkerrecht noch nicht griff. Zum anderen war Thema, was Deutschland finanziell zur Aussöhnung zwischen den beiden Ländern beitragen könne.

Wissen war nie wertvoller

Das Geld soll allerdings besonders den Volksgemeinschaften zugute kommen, denen Anfang des 20. Jahrhunderts besonders großes Unrecht widerfahren ist. Sie sollen insbesondere beim Kauf von Land, in der Landwirtschaft, bei der Versorgung mit Wasser und in der Berufsbildung unterstützt werden.

Geplant ist namibischen Medienberichten zufolge außerdem, dass Bundespräsident Steinmeier im Lauf des Jahres nach Namibia reist, um der deutschen Bitte um Entschuldigung vor Ort Ausdruck zu geben. Geplant ist auch, dass Maas zur Unterzeichnung der Erklärung nach Windhoek¹ reist, wie namibische Teilnehmer an den Verhandlungen der Deutschen Presse-Agentur mitteilten. Mehrfach hatten in den vergangenen Jahren Angehörige der Nama und Herero vergeblich vor Gerichten geklagt, um Deutschland zu finanziellen Entschädigungen zu zwingen. (618 mots)

¹ Namibias Hauptstadt

"Nehmt den Wessis das Kommando"

Wie sich die Linke im Wahlkampf zur Anwältin der Ostdeutschen macht

In Sachsen-Anhalt provoziert die Linke mit einem Plakat zum Ost-West-Verhältnis - und freut sich über die Aufmerksamkeit.

Von Claudia von Salzen

Die Nachricht, die Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow von seinem Amtskollegen Reiner Haseloff erhielt, zeigte ein Wahlplakat der Linken in Sachsen-Anhalt. Auf diesem Plakat ist ein Kind zu sehen, das einen riesigen Hund an der Leine führt, und dazu heißt es: „Nehmt den Wessis das Kommando“.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Haseloff wollte nun von Ramelow wissen, ob dieser der Aufforderung seiner Genossen nicht folgen wolle. Denn der einzige Linken-Ministerpräsident in Deutschland ist selbst ein Wessi, er wurde im niedersächsischen Osterholz-Scharmbeck geboren.

Ramelow, der vor Bekanntwerden des Slogans von den Linken in Sachsen-Anhalt vorgewarnt worden war, nimmt die Sache mit Humor. Über das Plakat habe er gelächelt, sagte er beim digitalen Wahlkampfauftakt der Linken in Sachsen-Anhalt. Ob er es selbst so gestaltet hätte, wisse er nicht. Allerdings gebe ihm das Plakat die Gelegenheit, über ostdeutsche Lebenswirklichkeiten zu sprechen.

Die Linken-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, Eva von Angern, war zwölf Jahre alt, als die Mauer fiel. Dass das Thema Ostdeutschland mehr als drei Jahrzehnte nach der Wende in einem Wahlkampf in den Mittelpunkt rücken könnte, hätte sie nie gedacht, sagt sie im Gespräch mit dem Tagesspiegel. Spitzenpositionen in der Landesregierung, vielen öffentlichen Verwaltungen und Unternehmen seien aber nach wie vor mit Leuten aus westdeutschen Bundesländern besetzt. „Auch diejenigen, die nach 1990 in Ostdeutschland geboren wurden, durchbrechen die gläserne Decke nicht.“ Und leider gelte hier ein Satz, den die Leipziger Universität festgestellt habe: „Wessis ziehen Wessis nach.“

Empörte Reaktionen auf das Plakat

Als Eva von Angern das Motiv mit dem angeleinten Hund zum ersten Mal sah, war sie skeptisch. Es sei klar gewesen, dass dieses Plakat im Wahlkampf nicht gehängt werden soll.

Doch die Linken entschieden sich, es gemeinsam mit den anderen Plakaten der Öffentlichkeit zu präsentieren – empörte Reaktionen aus der Politik waren die Folge. Der Bildungsminister Marco Tullner (CDU) nannte das Plakat „inakzeptabel“, die Grünen-Spitzenkandidatin Cornelia Lüdemann zeigte sich „erschüttert“ und betonte: „Ich dachte, alle Menschen seien grundsätzlich gleich, und es käme auf Wollen und Werte an.“

Aus Sicht der Linken hat das Plakat seinen Zweck erfüllt. „Es ist provokativ, ein Volltreffer. Wir haben damit eine Debatte ausgelöst“, sagt die Fraktionschefin der Linken im Magdeburger Landtag.

„Wir sind die einzige Partei, die den Osten zum Thema macht“

Mit der Aktion hat sich die Partei, die vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt in den Umfragen bei zwölf Prozent liegt, selbst ins Gespräch gebracht – und ein Alleinstellungsmerkmal gesucht. „Wir sind die einzige Partei, die den Osten zum Thema macht“, sagt Eva von Angern.

Auf einem weiteren Plakat, das anders als das umstrittene Motiv im Wahlkampf zum Einsatz kommen soll, heißt es: „Löhne und Renten auf Westniveau“. Auch hier wird eine Benachteiligung der Ostdeutschen angeprangert, allerdings hätte dieses Motiv allein kaum so viel Aufmerksamkeit erregt.

Der Linken-Bundestagsabgeordnete Jan Korte, Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt für die Bundestagswahl und wie Ramelow aus dem Westen, betont, er verstehe die Aufregung um das Plakat nicht. „Die Linke hat es geschafft, in Sachsen-Anhalt auf einen gesellschaftlichen Skandal hinzuweisen.“ Die Menschen im Osten „arbeiten länger und verdienen weniger“, sagte er beim Wahlkampfauftakt in Halle.

Der Slogan „Nehmt den Wessis das Kommando“ ist offenbar eine Anspielung auf „Gebt den Kindern das Kommando“, eine Zeile aus Herbert Grönemeyers Lied „Kinder an die Macht“. Das würde auch erklären, warum auf dem Plakat ein Kind zu sehen ist. Viel westdeutscher als ein Grönemeyer-Lied aus den achtziger Jahren geht es allerdings kaum. (585 mots)

Hohe Hürden für die Kleinen; Parteien wie die ÖDP¹ und die Piraten müssen für die Zulassung ihrer Wahllisten viele Unterschriften sammeln. In Corona-Zeiten aber ist das schwierig.

Berlin - Claudius Moseler ist eigentlich ein zurückhaltender Mensch. Aber darüber kann er sich dann doch gewaltig aufregen. Wegen der leeren Fußgängerzonen gebe es gerade eine gewaltige Wettbewerbsverzerrung zugunsten der großen Parteien, schimpft der Mann. Das deutsche Wahlrecht müsse dringend geändert werden. Denn in der Pandemie seien die Vorschriften für die Bundestagswahl besonders ungerecht. Aber was haben leere Fußgängerzonen mit der Chancengleichheit bei Wahlen zu tun?

Von Robert ROSSMANN

Claudius Moseler ist Generalsekretär der ÖDP. Und er weist auf ein Problem hin, das es tatsächlich gibt. Seit mehr als 30 Jahren tritt die ÖDP bei Wahlen an. Sie stellt eine Europaabgeordnete, ist in Dutzenden Kommunalparlamenten vertreten - in einigen Orten gibt es sogar ÖDP-Bürgermeister. Doch vor Bundestagswahlen muss sie sich immer aufs Neue anstrengen, damit ihre Listen zugelassen werden. Ähnlich ergeht es der Piraten- und der Tierschutzpartei, der Partei von Martin Sonneborn und vielen anderen Gruppierungen.

Denn es gibt eine Hürde, die nicht leicht zu überspringen ist. Das Bundeswahlgesetz schreibt vor, dass die sogenannten „nicht-etablierten Parteien“ Unterschriften von Unterstützern vorlegen müssen. Wer erfolgreich eine Landesliste einreichen will, braucht die Mithilfe von einem Promille der Wahlberechtigten. Im Saarland sind das zum Beispiel 777, in Mecklenburg-Vorpommern 1325 - und in Nordrhein-Westfalen oder Bayern 2000. Letzteres liegt daran, dass die Zahl der nötigen Unterschriften auf 2000 gedeckelt ist. Auch für die Zulassung ihrer Direktkandidaten müssen die Parteien Unterschriften sammeln - und zwar 200 je Wahlkreis. All das summiert sich schnell zu einer großen Zahl.

Diese Unterschriften sammeln die Parteien meistens in Fußgängerzonen, doch die sind wegen der Pandemie derzeit ziemlich leer. Es gibt auch fast keine Veranstaltungen, bei denen man Bürger ansprechen könnte. „Allein in Bayern

¹ Die ÖDP, Ökologisch-Demokratische Partei, ist eine deutsche konservative Kleinpartei.

brauchen wir 2000 Unterschriften für die Landesliste und 46 mal 200, also 9200, für die 46 Direktkandidaten“, sagt ÖDP-Generalsekretär Moseler. Bisher habe man noch in keinem einzigen Bundesland die nötigen Unterschriften zusammen - am weitesten sei man in Rheinland-Pfalz und Berlin. Besonders schlecht sieht es dagegen in Mecklenburg-Vorpommern aus. Dort hat die ÖDP nur 27 Mitglieder. Früher wurden diese beim Unterschriftensammeln durch Parteifreunde aus anderen Bundesländern unterstützt. Aber Einreisebeschränkungen wegen des Coronavirus haben das diesmal erschwert.

Dass all das die kleinen Parteien tatsächlich in ihrem Recht auf Chancengleichheit verletzt, zeigt ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs Baden-Württemberg, das die ÖDP zusammen mit vier anderen Parteien erstritten hat. Die Richter entschieden, dass die Zahl der Unterschriften, die für die Landtagswahl im März nötig ist, deutlich reduziert werden muss. Es sind in Baden-Württemberg jetzt 75 statt 150 je Wahlkreis. Auch in Rheinland-Pfalz - dort wird ebenfalls ein neuer Landtag gewählt - wurden die Vorgaben abgeschwächt. Die ÖDP hat dort 1600 Unterschriften gesammelt. Ursprünglich hätte sie 2080 gebraucht, nach der Änderung des Wahlrechts haben dann aber 520 gereicht.

Jetzt verlangt die ÖDP Entsprechendes auch im Bund. „Aufgrund der Corona-Situation brauchen wir dringend eine Reduzierung der Unterschriftenquoten bei der Bundestagswahl um mindestens 50, besser sogar um 75 Prozent“, sagt Generalsekretär Moseler.

Und inzwischen stößt er damit auch im Bundestag auf offene Ohren. Die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Britta Haßelmann, hat einen Brief an das Bundesinnenministerium geschrieben, in dem sie Änderungen am Wahlrecht verlangt. Kopien des Briefs gingen an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und die parlamentarischen Geschäftsführer der anderen Fraktionen.

In der Pandemie seien „im öffentlichen Raum, dem klassischen Ort für das Sammeln von Unterschriften“, viel weniger Menschen anzutreffen als sonst, schreibt Haßelmann. Es sei unwahrscheinlich, dass sich diese Situation „in der unmittelbar bevorstehenden Zeit deutlich verbessern wird“, das Einsammeln von Unterschriften sei „damit erheblich erschwert“. Sie könne deshalb den Wunsch der kleineren Parteien „auf Absenkung der erforderlichen Anzahl von Unterstützungsunterschriften bzw. adäquate Alternativen sehr gut nachvollziehen und unterstütze ihn nachdrücklich“. Die Hürden sollten „für den aktuellen Pandemiefall deutlich

abgesenkt werden“. Ob Haßelmann damit die Mehrheit im Bundestag überzeugen kann, war am Donnerstag aber noch unklar.

Im Bundestag wird jetzt über eine Änderung des Wahlrechts diskutiert (655 mots)

Wer hat den Mut, für Roma einzustehen?

Im Superwahljahr ringen die Sozialdemokraten mit der Frage: Wie hältst du es mit der Identitätspolitik? Stärkt es die SPD, sich diesen Debatten zu stellen? Dient es der Sache und dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft? Über diese Fragen stritten sich Saskia Esken und Wolfgang Thierse stellvertretend für viele Progressive. Der ehemalige Bundestagspräsident hatte zuvor mit einem streitbaren Essay zum Thema einen Shitstorm ausgelöst - aber auch viel Zuspruch aus seiner Partei erhalten.

Von Zeljko Jovanovic¹

Viele Kritiker der Identitätspolitik beanspruchen für sich beste Absichten. Sie fordern, wir sollten uns auf das konzentrieren, was uns alle verbindet, anstatt die Gesellschaft zu polarisieren. Aber das ist leicht gesagt als "biodeutscher" Mann, der von dem, was uns alle verbindet - man könnte auch sagen, von der vorherrschenden Leitkultur -, regelmäßig begünstigt wurde. Politisch engagierten Roma wie mir geht es nicht um Polarisierung, sondern um Gleichheit und Gerechtigkeit für alle. Die Erfahrung lehrt uns: Dieses Ziel erreichen wir nur, wenn unsere Identität, so, wie wir sie selbst definieren, anerkannt wird - und auch die Ungerechtigkeit, die wir erleben, weil seit Jahrhunderten andere definieren wollen, wer wir sind.

Der Weg dorthin ist weit. Das zeigte uns erst neulich die WDR-Sendung "Die letzte Instanz". Dort kamen bezeichnenderweise fünf weiße Deutsche einhellig zu dem Schluss, das Z-Wort² sei kein Grund, beleidigt zu sein. Diejenigen, die das aus eigener Erfahrung hätten beurteilen können, waren gar nicht erst eingeladen. Die Diskutanten machten ein paar lahme Witze und erklärten die Debatte für beendet. Aber für viele ging die Debatte da erst los. Man muss verstehen: Es geht um mehr als nur ein Wort. Es geht um einen negativen Stempel, der uns von außen aufgedrückt wird. In unserer eigenen Romani-Sprache gibt es das Z-Wort nicht, und wir verwehren uns dagegen seit Jahrzehnten, denn es wurde immer wieder benutzt, um unser Leid zu rechtfertigen und fortzuschreiben. Dennoch wird es weiter verwendet - in Medien, Schulen, Kultur und Politik. Es demütigt uns und löst Scham und Angst aus, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Dabei geht es nicht nur um diffuse Gefühlslagen, sondern um echte soziale Ungleichheit. Erst kürzlich zeigte eine Studie, dass die Chancen für Roma-Kinder

¹ Zeljko Jovanovic ist Direktor der Roma-Initiative der Open Society Foundations.

² Mit dem Z-Wort wird die Bezeichnung « Zigeuner » gemeint. Es gilt als entmenschlichend.

ungleich schlechter sind. Über die Hälfte wird in der Schule gemobbt oder Opfer von Gewalt, ein Viertel der Kinder wird sogar von Lehrern oder anderem Schulpersonal diskriminiert. Unsere Kinder werden um Bildungschancen, um Arbeitschancen, um gesellschaftliche und politische Teilhabe gebracht. Und um Lebensjahre: In Europa ist die Lebenserwartung von Roma im Schnitt zwischen sieben und 20 Jahren geringer als die der Mehrheitsbevölkerung. Noch immer leben in Europa drei von zehn Roma ohne Leitungswasser, acht von zehn Roma sind von Armut bedroht. Auch Covid-19 trifft Roma besonders stark. All dies ist eine Tragödie - nicht nur für Roma, sondern auch für die Mehrheitsgesellschaften, denn ihnen entgeht ein enormes Potenzial. Wir sind eine junge Bevölkerungsgruppe, mehrsprachig, anpassungsfähig, dynamisch. Europa kann eigentlich nur gewinnen, wenn wir unser Potenzial voll ausschöpfen.

Wir möchten für unsere Kinder gleiche Chancen - und dass sie ohne Scham zu ihrer Roma-Identität stehen, denn auf Scham lässt sich keine Zukunft aufbauen. Das wussten schon die Väter und Mütter der modernen Roma-Bewegung, die genau heute vor 50 Jahren den ersten Weltkongress der Roma organisierten. Dort beschlossen sie, die Roma - Identität zu feiern - anstatt sie zu verstecken -, sich zu organisieren und für echte Gleichberechtigung zu kämpfen. 50 Jahre später sind wir nicht am Ziel, aber einen wichtigen Schritt weiter. Viele junge Roma stehen zu ihrer Identität. Sie definieren für sich selbst, was es heißt, Rom zu sein, und verwehren sich dagegen, dass andere ihnen einen negativen Stempel aufdrücken. Das macht mir Mut.

Mut wünsche ich auch unseren Politikerinnen und Politikern im Wahljahr, um uns so anzuerkennen, wie wir uns selber sehen - und um anzuerkennen, dass Roma durch den Rassismus gegen sie tiefergehender strukturell benachteiligt sind als jede andere Gruppe. Und ich wünsche mir, dass die Politik hieraus einen dringenden Handlungsauftrag ableitet. Dann hätten die theoretischen Debatten über Identitätspolitik praktische Wirkung im Alltag. Sie würden mehr Gleichheit schaffen - und so unsere demokratischen Gesellschaften und Europa als Ganzes stärken. (704 mots)

Risikogruppen : Wenn Minderheiten auf der Intensivstation zur Mehrheit werden

Das Coronavirus wird Armen und Zuwanderern besonders gefährlich. Und das keineswegs nur in Deutschland. Woran liegt das?

Von Christina Berndt

Endlich ist das Thema da angekommen, wo es nach Meinung von Felix Römer seit Langem hingehört: weit oben auf der Agenda. Der Historiker von der Humboldt-Universität zu Berlin befasst sich seit Monaten mit der sozialen Ungleichheit in der Pandemie. Aufsätze hat er geschrieben, Interviews gegeben. Aber erst jetzt, da Daten der Stadt Köln unmissverständlich zeigen, dass sich das Coronavirus kaum noch in die Villenviertel verirrt, dafür aber in sozialen Brennpunktvierteln zu Inzidenzen mit explosiver Kraft führt, hat das Thema die Abendnachrichten erreicht. Und tatsächlich passiert nun etwas. In Köln wurden mobile Impfteams losgeschickt, um in den besonders betroffenen Gegenden die Menschen auf die Gefahr durch Sars-CoV-2 hinzuweisen und ihnen eine Immunisierung anzubieten. "Auf diesen Moment habe ich gewartet", sagt Römer. In seinen Augen bestätigt sich wieder einmal: Wissen schafft Bewusstsein, und Bewusstsein schafft Veränderung. "Sobald über ein Thema Wissen produziert wird, geschieht auch etwas."

Doch lange genug gab es kein Wissen, nur Mutmaßungen. Immer wieder war zu hören, oft hinter vorgehaltener Hand, dass Menschen mit Migrationshintergrund besonders oft und schwer von Covid-19 betroffen seien. Da machten Menschen vom Rand der Gesellschaft auf den Intensivstationen längst den Großteil der Patienten aus, die häufig übersehene Minderheit war zur eigentlich unübersehbaren Mehrheit geworden. Doch Daten fehlten. Denn die deutschen Behörden kümmern sich kaum um die sozialen Faktoren von Corona.

In den USA starben im Verhältnis doppelt so viele Schwarze wie Weiße an Covid-19

Ganz anders in den USA. Dort ergaben Analysen schon zu Beginn der Pandemie, dass im Verhältnis etwa doppelt so viele Schwarze wie Weiße an Covid-19 starben. Und in Großbritannien hatten bereits im Frühjahr statistische Daten gezeigt, dass die Sterblichkeit nach einer Corona-Infektion mit der Armut des Viertels stieg, in dem die Menschen lebten. In der Folge wurde in Großbritannien die Forderung laut, Armut

und Migrationsstatus als gleichberechtigte Risikofaktoren neben hohem Alter anzuerkennen - und betroffene Gruppen bevorzugt zu impfen.

"Die angelsächsischen Länder haben das Thema der sozialen und gesundheitlichen Ungleichheit viel mehr auf dem Schirm", sagt Römer, der fast sieben Jahre lang am Deutschen Historischen Institut in London gearbeitet hat. Es gebe dort eine Tradition, solches Wissen zu produzieren. In der Bundesrepublik habe dagegen die Vernachlässigung der ökonomischen Ungleichheit Tradition, sagt Römer. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei das Thema Armut quasi ausgeblendet worden, das Narrativ vom Wirtschaftswunder ließ dafür keinen Platz.

Die wenigen Daten, die es gibt, zeigen aber unmissverständlich: Auch in Deutschland verbreitet sich das Virus nach sozialen Gegebenheiten. So traf Covid-19 in der ersten Welle in Bremen vornehmlich das reiche Schwachhausen - vermutlich, weil sich vor allem Skiurlauber infizierten. Aber danach erfasste es mehr und mehr die ärmeren, dichter besiedelten Stadtteile, in denen Menschen leben, deren Jobs ihnen kein Home-Office ermöglichen und die weniger Zugang zu Gesundheitsinformationen haben. Ähnlich in Berlin. Dort hat die Stadt schon vor Monaten festgestellt, dass nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch niedriges Haushaltseinkommen, enge Wohnverhältnisse, einfache Wohnlage und Migrationshintergrund das Risiko einer Infektion steigen lassen.

Bei Ärmern verläuft die Krankheit häufiger schwer

"Wenn Sie jemanden auf der Straße nach Risikogruppen fragen, wird Ihnen wahrscheinlich jeder sagen: Alte und Vorerkrankte. Wir wissen aber inzwischen, dass es in dieser Aufzählung auch heißen sollte: Arme, weniger gebildete Personen und solche mit benachteiligter beruflicher Position", sagt der Medizinsoziologe Morten Wahrendorf vom Universitätsklinikum Düsseldorf.

Denn die Infektion verläuft auch in Deutschland bei ärmeren Menschen häufiger schwer. Sie haben in der Regel mehr Risikofaktoren wie Vorerkrankungen, sind häufiger übergewichtig und rauchen; noch dazu sind sie im Fall einer Infektion oftmals schlechter versorgt. Armut ist ein Gesundheitsrisiko - auch in Deutschland. Ganz unabhängig von Corona stirbt ein Mann aus der niedrigsten Einkommensgruppe im Durchschnitt etwa acht Jahre früher als ein Mann aus der höchsten, bei Frauen beträgt die Differenz circa vier Jahre. Corona verstärkt diese Lücke zwischen Arm und Reich.

Aber wie groß ist über die Armut hinaus die Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit? Felix Römer warnt davor, das Thema auf den Aspekt Migration zu verengen. "Armut und Migration sind nicht voneinander zu trennen", betont er. So zeigen Zahlen des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung, dass Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig schlecht bezahlte, aber systemrelevante Jobs machen. Die Ungleichheitsfaktoren Armut und Migration wirken somit zusammen, sagt Römer, Fachleute sprechen von Intersektionalität: "Die sozialwissenschaftliche Forschung hat ganz klargemacht, dass verschiedene Ungleichverhältnisse miteinander verschränkt und nicht auflösbar sind." Über die Armut hinaus spielten Sprachbarrieren gewiss eine Rolle, womöglich auch die Lebensart. "Am wichtigsten sind aber die strukturellen Faktoren der Ungleichheit", sagt Römer. Kulturelle Faktoren zu betonen, sei historisch immer ein Mittel gewesen, Einwanderern eine Mitschuld an ihrer Situation zu geben. Dem stimmt die Infektionsepidemiologin Muge Cevik von der St.-Andrews-Universität in Schottland zu: "Wir sehen das in jedem Land - in Frankreich, Finnland, Kanada, Großbritannien, den USA. Menschen, die am meisten betroffen sind, sind Leute, die in bestimmten Jobs arbeiten: in Fabriken. Als Essensauslieferer. In Putzkolonnen", sagt sie. Das Risiko liege "aber natürlich nicht im ethnischen Hintergrund, sondern in den Lebens- und Arbeitsbedingungen".

Auch wenn die Zahlen aus Köln, Berlin und Bremen ein erster Schritt sind - nach Römers Ansicht werden in Deutschland immer noch zu wenig Daten erhoben und genutzt. "Die Behörden scheuen sich häufig davor und verstecken sich hinter einem angeblichen Datenschutzproblem", kritisiert er. Doch vieles ließe sich trotz der hohen Datenschutzstandards erforschen. Römer sagt: "Wissen über Ungleichheit ist nicht per se diskriminierend, es ist ein sozialpolitisches Instrument, es kann helfen, etwas gegen diese Ungleichheit zu tun." (916 mots)

„Mehr über Wettbewerb reden“ : Laschet gibt Baerbock Kontra

Weniger staatliche Eingriffe, mehr Markt: Armin Laschet skizzierte auf einer Wirtschaftstagung eine Politik, die das genaue Gegenteil der Vorstellungen der Grünen ist.

Besser hätte das Timing aus Sicht der Familienunternehmer nicht sein können: Die jährliche Tagung des Verbands fand ausgerechnet in der Woche statt, in der sowohl die Grünen als auch die Union ihre Kanzlerkandidaten festgelegt haben.

Von Julia Löhr , Wirtschaftskorrespondentin in Berlin.

Und so hing über den Auftritten von Annalena Baerbock und Armin Laschet in den Berliner Bolle-Sälen auch die große Frage, was die Kandidaten der Parteien im Fall eines Wahlsiegs wirtschaftspolitisch vorhaben. Und: Würde das in einer Koalition zusammenpassen?

Nach der Rede von Armin Laschet am Freitag zeichnet sich ab: nicht so wirklich. Der CDU-Chef sprach sich darin gegen eine Politik aus, die den Klimaschutz über alles stellt. „Ja, wir wollen die Klimaschutzziele einhalten, aber wir müssen auch über Industriearbeitsplätze in Deutschland reden.“ Das werde, so ein Eindruck, manchmal etwas vergessen. „Es wird die Aufgabe einer neuen Bundesregierung sein, wieder mehr über Wettbewerbsfähigkeit zu sprechen.“

Es brauche ein „Entfesselungspaket“

Laschet machte denn auch keinen Hehl daraus, wer für ihn der bevorzugte Koalitionspartner wäre: die FDP. In Richtung der Grünen sagte er dann noch: Dass Deutschland ein Industrieland bleibe, sei für ihn „unverrückbar“.

Auch bei konkreten inhaltlichen Punkten wurden die Unterschiede zwischen den beiden Parteien offensichtlich. Während sich Annalena Baerbock am Vortag noch klar für einen „regelnden Staat“ ausgesprochen hatte – nicht die Zahl der Vorgaben für Unternehmen sei entscheidend, sondern dass sie gut ineinander greifen würden -, schlug Laschet zurückhaltendere Töne an.

Nach Bewältigung der aktuellen Krise müsse sich der Staat wieder zurücknehmen, mehr noch: Es brauche ein „Entfesselungspaket“. Die Forderung von vielen Grünen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen lehnte er als unvereinbar mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ab.

Eine Vermögensteuer in Bayern? „Never“!

Auch eine Vermögensteuer werde es mit ihm nicht geben. Seit Jahrzehnten werde an dieser Steuer „herumgedoktert“, funktioniert habe sie noch nie. „Wir können nur durch wirtschaftliche Stärke die Steuereinnahmen erhöhen“, so Laschet und war damit wieder bei seinem Thema, der Industrie.

Der im Anschluss an Laschet aus München zugeschaltete bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) konnte sich eine kleine Spitze an den siegreichen Rivalen um die Kanzlerkandidatur nicht verkneifen. Auf die Frage eines Unternehmers, wie die Union mehr junge Wähler gewinnen könne, antwortete er: indem sie nicht nur über Stahl- und Kohleunternehmen rede, sondern mehr über die Digitalisierung.

„Ich hätte mir auf jeden Fall zugetraut, dass mit einem sehr modernen und jungen Konzept zu tun“, sagte Söder. Kritik an seinem Verhalten und dem seiner Parteikollegen in den vergangenen Tagen wies er zurück. Die CSU habe Anstand und Charakter gezeigt.“

Indirekt verwies Söder mehrmals auf die aktuellen – für die Union wenig schmeichelhaften – Umfragen. „So ein richtiger Start nach vorne ist es noch nicht.“ Aber das werde sicherlich noch kommen. Welche Rolle er im anstehenden Wahlkampf spielen will, ließ Söder offen. Zumindest inhaltlich zeigte er sich aber durchaus auf einer Linie mit Armin Laschet. Statt Steuererhöhungen müsse es Steuersenkungen geben. Eine Vermögensteuer in Bayern? „Never“, so seine knappe Antwort. (583 mots)

Jan Josef Liefers über #allesdichtmachen »In der DDR wäre ich für so ein Video wahrscheinlich in den Knast gekommen«

In einem Streitgespräch mit Gesundheitsminister Jens Spahn hat sich der Schauspieler Jan Josef Liefers zur umstrittenen Videoaktion #allesdichtmachen geäußert – und dabei auch auf seine Jugend in der SED-Diktatur verwiesen.

Von sak (Kürzel, Name unbekannt)

Für die Aktion #allesdichtmachen hagelte es Kritik. Einige Mitwirkende ruderten seither zurück, andere bleiben bei ihren kritischen Anmerkungen zur Coronapolitik. Jan Josef Liefers, der an der umstrittenen Kampagne mit einem Video beteiligt war, sieht sich offenbar irgendwo dazwischen: »Ich will die Form dieser Kampagne gar nicht so verbissen verteidigen. Mir ist total klar, dass man sie vollkommen daneben finden kann«, sagte der Schauspieler der »Zeit«: »Aber eins lässt sich auch nicht von der Hand weisen: Irgendeinen neuralgischen Punkt haben wir berührt.«

In der DDR sei er damit aufgewachsen, dass es Gegenwind gebe, wenn man sich zu Politik und Gesellschaft äußert, so Liefers. »In der DDR wäre ich für so ein Video wahrscheinlich in den Knast gekommen. Aber auch das, was wir hier erleben, ist nicht schön«, sagte der 56-Jährige.

Unter dem Hashtag #allesdichtmachen hatten 53 Schauspielerinnen und Schauspieler in der vergangenen Woche Videoclips veröffentlicht, in denen sie auf zumeist sarkastische Weise die Coronapolitik der Bundesregierung kommentiert hatten. Ulrich Tukur etwa forderte die Schließung ausnahmslos aller Lebensmittelgeschäfte, Meret Becker betete von einem überdimensionalen Zettel einen Text über Schutzmasken herunter, Richy Müller atmete abwechselnd in zwei Tüten, und Liefers bedankte sich in seinem Clip mit ironischem Unterton »bei allen Medien unseres Landes, die seit über einem Jahr unermüdlich verantwortungsvoll und mit klarer Haltung dafür sorgen, dass der Alarm genau da bleibt, wo er hingehört, nämlich ganz, ganz oben.« Müller, Becker und andere zogen ihre Videos nach den Reaktionen zurück.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte kurz nach Erscheinen der Kampagne beteiligte Künstler zu einem Dialog eingeladen. Mit Liefers führte er nun in der »Zeit« ein Streitgespräch. »Es ist ja nicht so, dass ich alles, was wir machen,

für perfekt halte«, sagt Spahn darin: »Was mich allerdings wirklich stört, ist die vielfach behauptete These, wir hätten in unserem Land gleichgeschaltete Medien, die nur die Regierung beklatschen. Das hat mich auch in Ihrem Video geärgert, Herr Liefers.«

Der Schauspieler erwidert: »Natürlich sind die Videos in ihrer Verkürzung undifferenziert. Und damit natürlich auch zum Teil ungerecht.« Das sei aber in diesen kurzen Clips und auf der Ebene von Satire gar nicht anders möglich, so Liefers. Natürlich wisse er, dass sich viele Journalisten in diesem Land um Neutralität bemühen.

Liefers hatte das Projekt bereits zuvor verteidigt, sich aber nachdenklich über das gewählte Mittel geäußert. »Ich finde auch den Punkt interessant, dass vielleicht Ironie wirklich ein ungeeignetes Mittel ist«, sagte er etwa in der Radio-Bremen-Talkshow »3nach9«.

Keine Medien mehr seit Weihnachten

Der »Zeit« sagte er nun unter Verweis auf sein Aufwachsen in der DDR: »Heute erklärt nicht mehr der gute alte Klassenkampf die Welt – sondern heute gibt es einen Bubble-Kampf, zwischen Angehörigen verschiedener Meinungsblasen.« Jene, die tief in solchen Blasen sitzen, hätten keinen Schimmer mehr von der Welt ihrer Nachbarbubble. »Das führt zu einer nahezu totalitären Argumentation, bei der es ums Rechthaben, auch ums Zerstören des anderen Standpunkts geht.«

Angesprochen auf seine pauschale Medienkritik erklärte Liefers, er habe zu Beginn der Pandemie alles gehört, geschaut, abonniert und gelesen, sei davon aber »immer meschuggener« geworden. Vor Weihnachten habe er dann »alles abbestellt, einfach nichts mehr angeguckt oder gelesen«. Sofort ging es ihm besser, sagte er: »Da dachte ich: Was ist das? Wir sind mitten in einer Pandemie. Aber fast krank geworden bin ich nicht von diesem tückischen Virus – sondern vom medialen Dauerfeuer deswegen.«

Als Reaktion auf #allesdichtmachen hat die Notfallmedizinerin Carola Holzner die Kampagne »alle mal ne Schicht machen« ins Leben gerufen: eine Aufforderung, sich in ihrer Klinik auf der Intensivstation anzuschauen, wie die Mediziner und Pflegekräfte dort arbeiten. »Ich habe mich schon angemeldet«, sagt Liefers in dem Gespräch. (636 mots)